

- Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur
- Europäische Wirtschaftspolitik 2025
- Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben
- Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat

# WIFO ■ MONATSBERICHTE

## Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

## Editorial Board

**Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma**, Wirtschaftsuniversität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

**Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD**, Universität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber**, Central European University

## Impressum

**Herausgeber:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:**

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung  
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,  
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

**Satz:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Druck:** Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

**Chefredakteur:** apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

**Lektorat:** Mag. Christoph Lorenz, BA •

**Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

**Kontakt:** [redaktion@wifo.ac.at](mailto:redaktion@wifo.ac.at)

## Preise 2026

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

## Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

**Medieninhaber (Verleger):** Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2026 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



## 99. Jahrgang, Heft 3/2026

### 99-106 ■ **Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur**

Marcus Scheiblecker

Die Konjunktur in Österreich ist anhaltend schwach. Der WIFO-Konjunkturtest vom Februar ergab sogar eine leichte Verschlechterung der Unternehmensstimmung gegenüber dem Vormonat. Die Hoffnung auf einen von der Industrie ausgehenden Aufschwung wurde bisher enttäuscht. Die geopolitische Unsicherheit lähmt die Investitionstätigkeit im Euro-Raum. Dies dämpft auch die Nachfrage nach österreichischen Industriegütern. Der Iran-Krieg trübt die Stimmung zusätzlich.

**Geopolitical Uncertainty Weighs on Economic Activity**

### 107 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

### 109-119 ■ **Europäische Wirtschaftspolitik 2025. Auf der Suche nach Lösungen für langfristige Strukturprobleme**

Atanas Pekanov

Das Jahr 2025 war in der EU und im Euro-Raum von einem moderaten Wirtschaftswachstum von 1,5% geprägt. Der Arbeitsmarkt blieb robust und die Arbeitslosenquote sehr niedrig. Die Inflationsrate im Euro-Raum erreichte beinahe den Zielwert von 2% und stabilisierte sich, weshalb die Europäische Zentralbank die Leitzinsen ab der Jahresmitte unverändert ließ. Abgesehen vom Handelskonflikt mit den USA bestimmten 2025 langfristige strukturelle Herausforderungen die Diskussionen über die EU-Wirtschaftspolitik. Sie kreisten demnach um die Spar- und Investitionsunion (SIU), die Stärkung der internationalen Rolle des Euro sowie die Vorschläge für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen. Die hohe Abhängigkeit europäischer Anleger:innen von amerikanischen Vermögenswerten und der Wechselkursentwicklung unterstreicht die Dringlichkeit der Vollendung der SIU.

**European Economic Policy 2025. In Search of Solutions to Long-term Structural Problems**

### 121-133 ■ **Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben**

Agnes Kügler, Nicole Schmidt-Padickakudy

Das Umfeld für die österreichische Sachgütererzeugung blieb auch 2025 von Konjunkturschwäche, hoher Unsicherheit und verhaltener Investitionsneigung geprägt. Die Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen lagen im Aggregat zwar nahe am langjährigen Durchschnitt, entwickelten sich aber wenig dynamisch. Zugleich planten die befragten Unternehmen für 2026 eine Ausweitung der Innovationsausgaben, was vermehrten Optimismus signalisierte. Der Anteil der Unternehmen mit Produkt- oder Dienstleistungsneueinführungen erreichte mit 26,6% den höchsten Wert seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie, blieb jedoch klar unter dem Niveau von 2016. Die Kreditaufnahmen stiegen 2025 leicht. Im längerfristigen Vergleich gehen sie mit einer höheren Ausgabendynamik für Neueinführungen einher, während der rückläufige Anteil kreditbeschränkter Unternehmen tendenziell eine Vergrößerung der Finanzierungsspielräume anzeigt.

**Gradual Increase in Product Launches and Higher Innovation Expenditure**

135-147 ■ **Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat**

Hans Pitlik

Österreichs öffentliche Haushalte stehen unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Eine erfolgreiche Budgetsanierung im Bundesstaat erfordert das strategische Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen. Die Aufteilung von Aufgaben und Ausgaben sowie die Zuordnung von Einnahmenkompetenzen bestimmen maßgeblich, über welche Handlungsspielräume Bund, Länder und Gemeinden bei der Budgetkonsolidierung verfügen. Eine statistische Analyse vergangener Konsolidierungsepisoden zeigt einen tendenziell einkommenbasierten Schwerpunkt auf Bundesebene, während die subnationalen Gebietskörperschaften vorrangig auf ausgabenseitige Maßnahmen setzten.

**Fiscal Consolidation in Austria's Federal System**

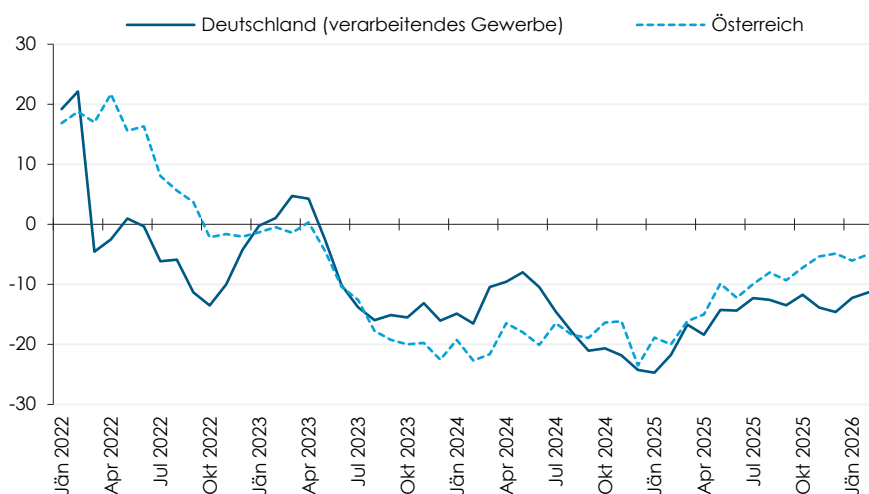
**Redaktionsschluss für das vorliegende Heft:** 19. 3. 2026 • Die einzelnen Beiträge berücksichtigen Informationen und Rahmenbedingungen bis zu dem jeweils angegebenen Datum.

# Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur

Marcus Scheiblecker

- Gemäß der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) stagnierte Österreichs Wirtschaftsleistung im IV. Quartal 2025. Laut WIFO-Konjunkturtest vom Februar 2026 dürfte sich die schleppende Konjunkturentwicklung vorerst fortsetzen. Diese Umfrageergebnisse berücksichtigen allerdings noch nicht den Kriegsausbruch im Iran.
- Unternehmensumfragen für Deutschland und den Euro-Raum deuten ebenfalls auf eine Fortsetzung der Konjunkturflaute hin.
- Österreichs Bauwirtschaft ist nach wie vor ein Sorgenkind. Um den Jahreswechsel beeinträchtigte auch die widrige Witterung die Bauproduktion.
- Die Inflationsrate stieg im Februar leicht auf 2,2% (laut Schnellschätzung), nachdem sie sich im Vormonat beinahe halbiert hatte. Angesichts der Verteuerung fossiler Energieträger auf dem Weltmarkt ist ein erneuter Anstieg möglich.

## Konjunkturklima in der Sachgütererzeugung



**"Sowohl in Deutschland als auch in Österreich zeigen die Konjunkturumfragen in der Sachgütererzeugung seit Anfang 2025 Besserungstendenzen an. Die Erholung dieser konjunktursensiblen Branche verläuft allerdings sehr schleppend."**

Die Abbildung zeigt den ifo-Geschäftsklimaindex für das verarbeitende Gewerbe und den entsprechenden Indikator des WIFO für die Sachgütererzeugung. In den österreichischen Unternehmen besserte sich die Stimmung ab der Jahresmitte 2025 rascher als in Deutschland. Im Jänner und Februar 2026 verringerte sich der Abstand wieder etwas (Q: ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), WIFO-Konjunkturtest, Macrobond. Angaben in Indexpunkten zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen eine insgesamt positive Einschätzung, Werte unter Null eine insgesamt negative Einschätzung an. Saisonbereinigt).

# Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur

Marcus Scheiblecker

## Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur

Die Konjunktur in Österreich ist anhaltend schwach. Der WIFO-Konjunkturtest vom Februar ergab sogar eine leichte Verschlechterung der Unternehmensstimmung gegenüber dem Vormonat. Die Hoffnung auf einen von der Industrie ausgehenden Aufschwung wurde bisher enttäuscht. Die geopolitische Unsicherheit lähmt die Investitionstätigkeit im Euro-Raum. Dies dämpft auch die Nachfrage nach österreichischen Industriegütern. Der Iran-Krieg trübt die Stimmung zusätzlich.

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun ([astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at)), Ursula Glauninger ([ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 6. 3. 2026

**Kontakt:** Marcus Scheiblecker ([marcus.scheiblecker@wifo.ac.at](mailto:marcus.scheiblecker@wifo.ac.at))

## Geopolitical Uncertainty Weighs on Economic Activity

The economy in Austria remains weak. The WIFO-Konjunkturtest (business cycle survey) for February even showed a slight deterioration in business sentiment compared with the previous month. Hopes for an industry-led upturn have so far been disappointed. Geopolitical uncertainty is paralysing investment activity in the euro area. This is also dampening demand for Austrian industrial goods. The war in Iran weighs additionally on sentiment.

Die österreichische Wirtschaft kommt nicht in Schwung. Die erhoffte Erholung der Industriekonjunktur ist bislang ausgeblieben. Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Februar 2026 unterstreichen die anhaltend getrübt Stimmung in den Unternehmen. Die Industrie leidet unter der persistent schwachen Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern. In der Bauwirtschaft überwiegen ebenso die negativen Einschätzungen.

Im Euro-Raum setzte sich die Flaute im IV. Quartal 2025 fort (BIP real +0,2% gegenüber dem Vorquartal). Belastend wirkte nicht nur die schleppende Binnennachfrage, sondern auch der merkliche Nachfragerückgang aus den USA. Zudem verringert die ausgeprägte geopolitische Unsicherheit, die mit Ausbruch des Iran-Krieges nochmals zugenommen hat, die Investitionsbereitschaft. Die Verteuerung fossiler Energieträger hat auch den Kostendruck wieder verstärkt. Beides schmälert die Wahrscheinlichkeit einer dynamischeren Konjunkturbelebung in Österreich und dem Euro-Raum.

Die Blockade der Straße von Hormus ließ den Rohölpreis binnen weniger Tage um mehr als 15% ansteigen, womit er wieder das Niveau von Mitte 2024 erreichte. Auch der Erdgaspreis zog deutlich an. Der niederländische TTFI-Preisindex notierte am 4. März bereits um rund 60% über dem niedrigen Wert

von Anfang 2026, allerdings noch weit unter dem Vorjahresniveau.

In Österreich stagnierte die Wirtschaftsleistung im IV. Quartal 2025. Die Exportnachfrage legte nicht zu und enttäuschte ebenso wie die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, die nach dem Rückgang um 0,6% im III. Quartal lediglich um 0,2% anstieg. Neben dem Export dämpfte zu Jahresende vor allem die zögerliche Investitionsnachfrage das BIP. Sie ging nach deutlichen Steigerungen in den Vorquartalen um über 2% zurück. Ursächlich war die schwache Nachfrage nach Bauten, Fahrzeugen und Maschinen.

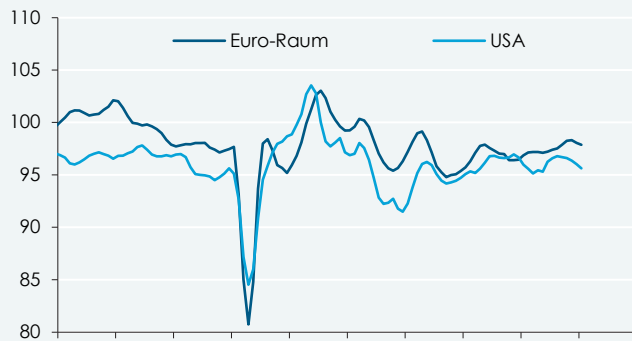
Die Inflationsrate erhöhte sich im Februar leicht auf voraussichtlich 2,2% (laut Schnellschätzung), nachdem sie sich im Vormonat beinahe halbiert hatte (Jänner 2026: 2,0%). Energie dürfte sich infolge der Preisanstiege bei Rohöl und Erdgas wieder verteuern und damit die Inflation nicht weiter dämpfen.

Die schwierige Wirtschaftslage ließ im Februar die Beschäftigung im Vormonatsvergleich schrumpfen, während die Arbeitslosigkeit stieg. Die Arbeitslosenquote (nationale Berechnung) war mit 8,3% um 0,2 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Die Zahl der offenen Stellen nahm weiter ab.

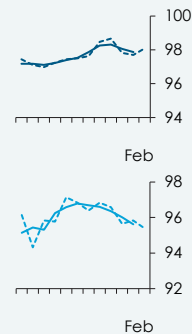
## Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2021 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

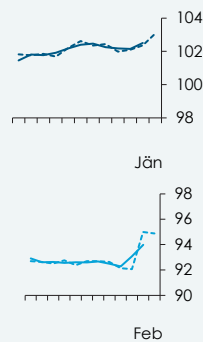
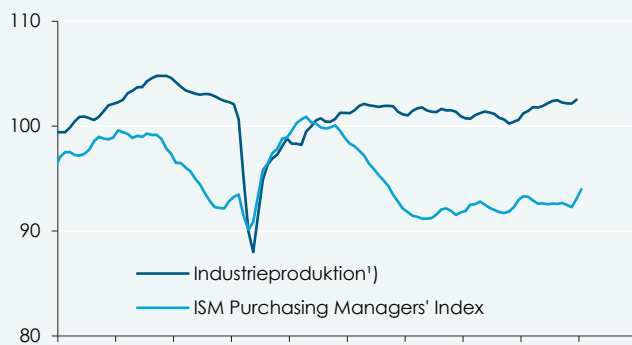
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



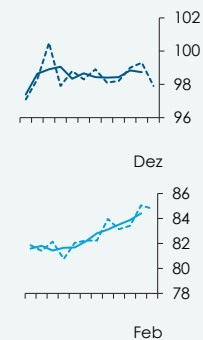
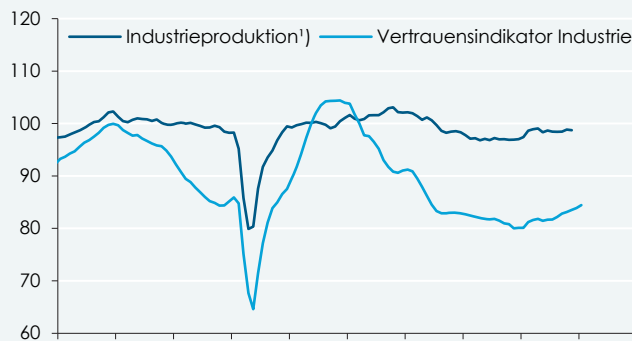
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



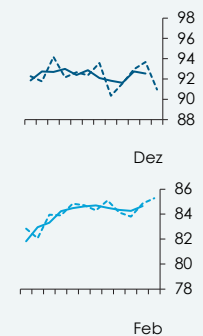
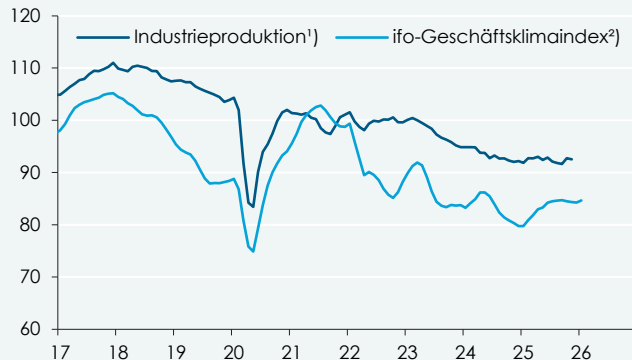
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management<sup>TM</sup>), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – <sup>1)</sup> NACE 2008, Abschnitte B, C und D. – <sup>2)</sup> Verarbeitendes Gewerbe.

## 1. USA: Wachstumsknick zum Jahresausklang

Die Wirtschaft der USA wuchs im IV. Quartal 2025 nach vorläufigen Schätzungen mit +0,4% gegenüber der Vorperiode deutlich langsamer als in den beiden Vorquartalen (jeweils rund +1%). Die Abschwächung zeigte sich vor allem im öffentlichen Konsum, der von vorübergehenden Schließungen in der öffentlichen Verwaltung ("Shutdown") in Mitleidenschaft gezogen wurde. Auch vom Export gingen zum Jahresende keinerlei Wachstumsimpulse aus. Damit legte die Wirtschaftsleistung der USA im Gesamtjahr 2025 um voraussichtlich 2,2% zu (2024 +2,8%).

Der Konsum der privaten Haushalte und die Investitionsnachfrage expandierten hingegen weiterhin schwungvoll und stützten das Wachstum im IV. Quartal. Letztere profitierte laut dem Bureau of Economic Analysis von der Dynamik im Bereich Künstliche Intelligenz (KI).

Die außenwirtschaftliche Entwicklung in den USA ist nach wie vor von hoher Unsicherheit geprägt. Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat im Februar weite Teile der Zollpolitik Donald Trumps für rechtswidrig erklärt. In Reaktion auf die Aufhebung der

mit einzelnen Ländern getroffenen Zollvereinbarungen führte die Regierung der USA mittels einer zeitlich begrenzten Verordnung einen generellen Zollsatz von 10% für alle Handelspartner ein.

Bislang beeinträchtigt die erratische Wirtschaftspolitik der Regierung die industrielle Entwicklung nicht. Die Industrieproduktion befindet sich seit Herbst 2024 im Aufwind und konnte zu Jahresbeginn 2026 weiter gesteigert werden. Die jüngsten Erhebungen zur Stimmung in den amerikanischen Industrieunternehmen weisen auf eine anhaltende Expansion hin.

Trotz fortdauernden Inflationsdrucks dürfte sich auch die für die USA wichtige Konsumnachfrage weiterhin stabil entwickeln, zumal auch die Arbeitslosigkeit anhaltend niedrig ist. Die beiden Indizes zum Verbrauchervertrauen, der Consumer Confidence Index und der Consumer Sentiment Index, zeigen zwar schon seit zwei Jahren eine trendmäßige Abschwächung, deuten jedoch am aktuellen Rand nicht auf einen Einbruch der Konsumnachfrage hin.

Die unstete Zollpolitik der USA ist nach wie vor eine Quelle von Unsicherheit.

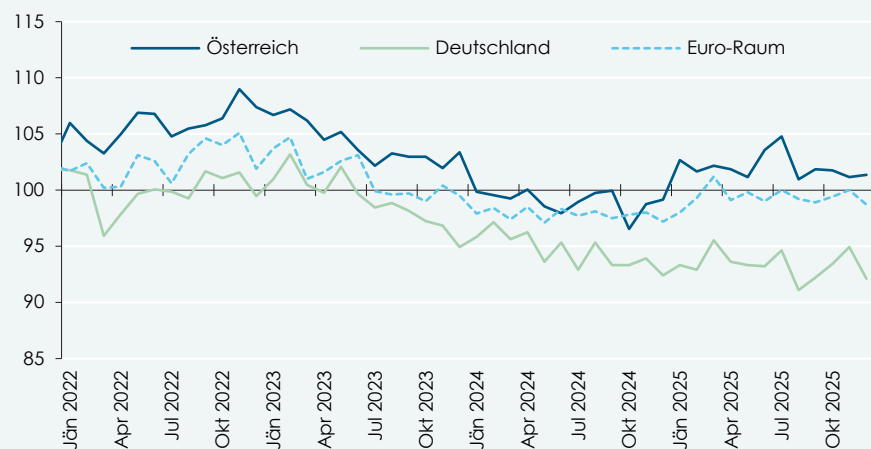
## 2. Weiterhin geringes Wachstum im Euro-Raum

Im Euro-Raum hatte sich das Wirtschaftswachstum nach der deutlichen Verlangsamung im II. Quartal 2025 (+0,1% nach +0,6% im I. Quartal) leicht auf +0,3% beschleunigt, gewann jedoch im IV. Quartal nicht weiter an Schwung. Die Konjunkturschwäche spiegelt sich vor allem in der Industrieproduktion: Der Industrieproduktionsindex war im März 2025 kurzzeitig angestiegen, verlor allerdings in den beiden Folgemonaten wieder an Boden und stagniert seither.

Ihren Niederschlag findet die Konjunkturfalte auch in den Unternehmensumfragen. Während der Einkaufsmanagerindex (PMI) im Februar 2026 unverändert auf ein leichtes Wirtschaftswachstum hindeutete, verschlechterte sich die Stimmung laut Economic Sentiment Indicator (ESI) geringfügig. Laut PMI war sie im Dienstleistungsbereich etwas besser als in der Industrie.

Abbildung 2: Produktionsindex in der Sachgütererzeugung

2021 = 100, saisonbereinigt



Q: Eurostat, Macrobond.

Die Inflationsrate für den Euro-Raum lag im Februar mit 1,9% (Schnellschätzung) knapp unter der Zielmarke der EZB von 2%, nachdem sie im Jänner auf 1,7% gesunken war.

Deutschland, Österreichs wichtigster Handelspartner, verzeichnete 2025 nach einem hoffnungsvollen Jahresbeginn (BIP real, I. Quartal 2025 +0,4%) zwei schwache Quartale, expandierte allerdings zum Jahresausklang wieder um 0,3%. Die Industrieproduktion dürfte sich hingegen noch nicht stabilisiert haben und war im 2. Halbjahr 2025 weiter leicht rückläufig. Damit schnitt sie im Vergleich zum Euro-Raum insgesamt und zu Österreich weiterhin schlechter ab.

Im Gegensatz dazu entwickelten sich die Einzelhandelsumsätze in Deutschland anhaltend dynamisch. Nach der deutlichen Erholung zur Jahresmitte 2024 hielt der Aufwärtstrend auch 2025 in abgeschwächter Form an. Dies stabilisierte die Gesamtwirtschaft, glich die Industrieschwäche jedoch nicht ganz aus.

Die Inflationsrate schwankt in Deutschland seit Dezember 2025 um die 2%-Marke (laut HVPI). Die Entwicklung der Energiepreise dämpfte zuletzt den Preisauftrieb.

### 3. Österreich: Wirtschaft schwächelte Ende 2025 neuerlich

In Österreich stagnierte das BIP gemäß den jüngsten VGR-Daten von Statistik Austria im IV. Quartal 2025, nach einem kleinen Anstieg in der Vorperiode (+0,3%). Damit war über das Jahr gesehen kein einheitliches Konjunkturbild auszumachen, Phasen geringen Wachstums und Stagnation wechselten sich ab.

Der Konsum der privaten Haushalte ist nach wie vor von Schwäche gekennzeichnet. Zwar stieg er im IV. Quartal 2025 um real 0,2% gegenüber der Vorperiode und damit stärker als das BIP, allerdings konnte dies den Einbruch um 0,6% im III. Quartal nicht ausgleichen. Im Vergleich zum IV. Quartal 2024 schrumpfte der private Konsum sogar um 0,4% (preisbereinigt). Auch der öffentliche Konsum, der 2024 die Konjunktur gestützt und auch noch in den ersten drei Quartalen 2025 zugelegt hatte, verlor gegen Jahresende an Zugkraft und schrumpfte gegenüber dem Vorquartal um 0,4%.

Die Bruttoanlageinvestitionen hatten sich um die Jahresmitte 2025 günstig entwickelt, gingen allerdings im IV. Quartal deutlich zurück (-2,1%). Bis auf Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzungen sowie geistiges Eigentum waren sämtliche Komponenten rückläufig, insbesondere die Investitionen in Fahrzeuge (-1,2%) und Maschinen (-3,1%). Bei den Bauinvestitionen hielt der bereits seit dem II. Quartal 2022 beobachtete Rückgang an. Die Wohnbauinvestitionen schrumpften in sämtlichen Quartalen des Vorjahres, während im Nichtwohnbau zumindest im II. Quartal 2025 ein Anstieg vermeldet werden konnte.

Der Außenhandel stagnierte – nach einem vorübergehenden Aufleben um die Jahresmitte – gegen Jahresende 2025 neuerlich. Betroffen waren sowohl der Güter- als auch der Dienstleistungsexport. Die verhaltene Inlandsnachfrage nach Fahrzeugen und Maschinen führte im IV. Quartal 2025 zu einem Rückgang des Güterimportes um 1,2%. Da

der Import von Dienstleistungen um 0,3% zunahm, verringerten sich die Einfuhren insgesamt um 0,7% gegenüber der Vorperiode.

Entsprechend der schwachen Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen und der Warenexporte sank die reale Wertschöpfung der heimischen Warenherstellung (ÖNACE 2008, Abschnitt C) im IV. Quartal um 0,8%, nachdem sie in den drei Vorperioden noch zugelegt hatte. Auch die Bauwirtschaft (-0,8%) und der Handel (-0,5%) büßten an Wertschöpfung ein. Nennenswerte Zuwächse meldeten demgegenüber der Verkehrssektor (+0,6%), die Beherbergung und Gastronomie (+3,3%) sowie die Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (+1,7%).

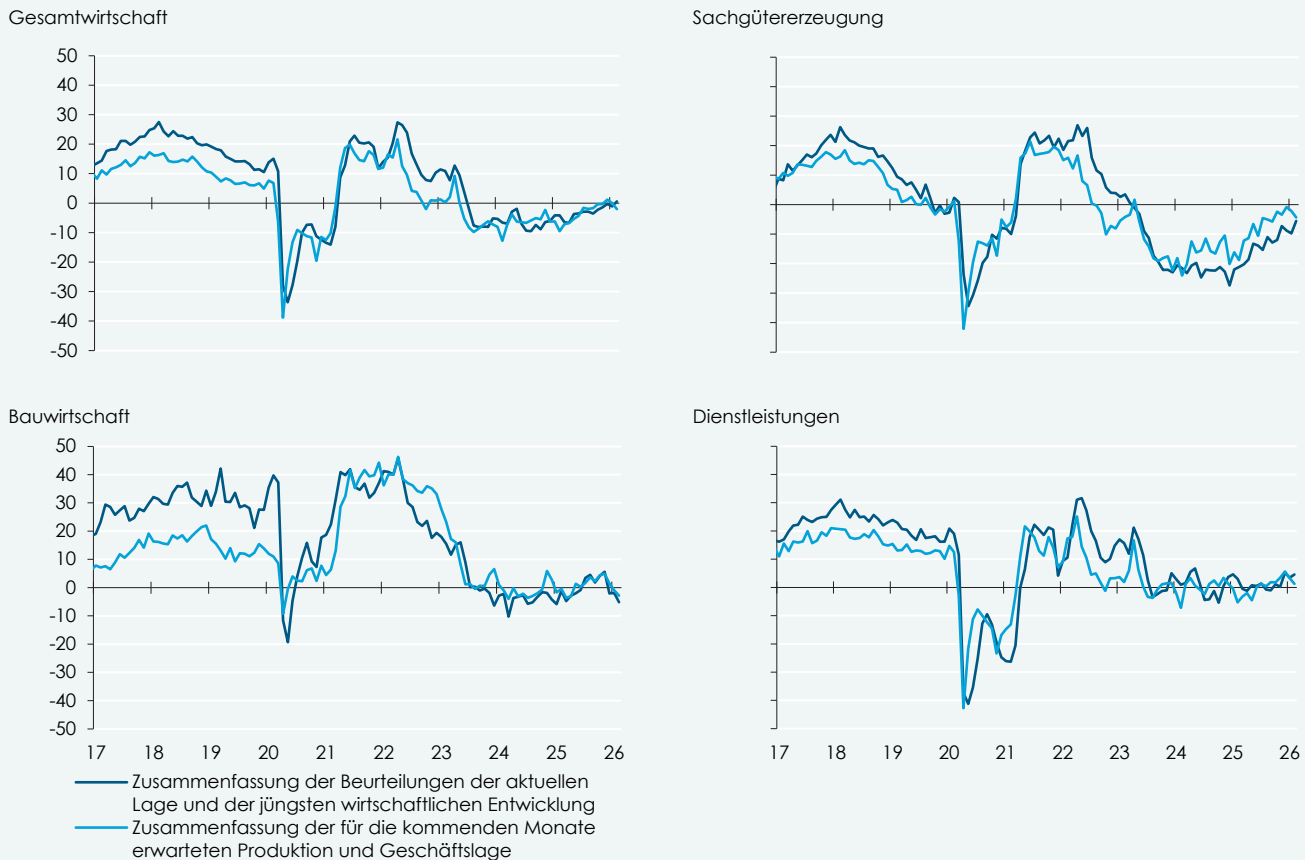
#### 3.1 Stimmung in der Warenherstellung anhaltend gedämpft

Auf Basis der Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests ist in der heimischen Sachgütererzeugung kein baldiger Aufschwung zu erwarten. Im Februar 2026 beurteilten die Unternehmen ihre aktuelle Lage zwar etwas optimistischer als zuletzt, per Saldo blieb der Index allerdings im skeptischen Bereich. Zudem trübten sich die Erwartungen weiter ein. Während die befragten Sachgütererzeuger mehrheitlich mit einer leichten Ausweitung ihrer Produktionstätigkeit rechneten, blieben die Beschäftigungserwartungen per Saldo skeptisch.

In den verschiedenen Industriezweigen entwickelte sich die Konjunkturstimmung im Februar unterschiedlich: In den Investitions- und Konsumgüterbranchen verbesserten sich die Lageeinschätzungen deutlich, in den Vorproduktbranchen blieben sie stabil. Hinsichtlich ihrer Erwartungen waren Erzeuger von Vorprodukten etwas optimistischer als zuletzt, Hersteller von Konsumgütern und insbesondere jene von Investitionsgütern dagegen pessimistischer.

**Wie im Euro-Raum bleiben auch in der heimischen Sachgütererzeugung die Konjunktureinschätzungen von Skepsis geprägt.**

Abbildung 3: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest, Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex stieg im Februar nach zweimaligem Rückgang wieder an und setzte seine träge Aufwärtsentwicklung fort. Wie in den beiden Vormonaten blieb der Index jedoch unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten.

Auch in der Bauwirtschaft hielt die triste Stimmung laut WIFO-Konjunkturtest an. Sowohl die Lageeinschätzungen als auch die Erwartungen für die nahe Zukunft gaben nach. Allerdings beklagten die befragten Bauunternehmen neben der Nachfrageschwäche auch die ungünstige Witterung. Dies erschwert die Interpretation der Ergebnisse.

### 3.2 Inflation dürfte sich wieder beschleunigen

Nachdem sich die Inflationsrate zu Jahresbeginn nahezu halbiert hatte, erhöhte sie sich im Februar nach ersten Berechnungen von Statistik Austria wieder leicht auf 2,2% (Jänner 2,0%). Energie war um 4,1% billiger

als im Vorjahr. Dies dämpfte die Inflationsrate um 0,4 Prozentpunkte. Angesichts der rezenten Preisanstiege bei Rohöl und Erdgas dürfte der dämpfende Effekt der Energiepreise bald abnehmen.

Der wichtigste Preistreiber waren laut Statistik Austria auch im Februar die Dienstleistungspreise, die mit einem Anstieg von 4% knapp 2 Prozentpunkte zur Inflation beitrugen. Auch die Preise für Nahrungsmittel, Tabak und Alkohol stiegen mit 3% im Vorjahresvergleich anhaltend kräftig und trugen fast 0,5 Prozentpunkte zur Teuerung bei.

### 3.3 Arbeitsmarktdaten für Februar schwach

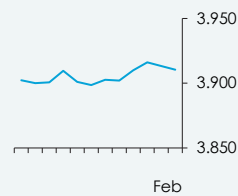
Die träge Konjunktur belastet weiterhin den Arbeitsmarkt. Auf Basis saisonbereinigter Daten sank die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten auch im Februar 2026 leicht gegenüber dem Vormonat. Im Vorjahresvergleich war sowohl im Jänner (+4.900) als auch im Februar (+2.000, vorläufig) ein Anstieg zu beobachten.

Abbildung 4: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

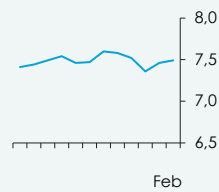
Unselbständig aktiv Beschäftigte<sup>1)</sup>, in 1.000, saisonbereinigt



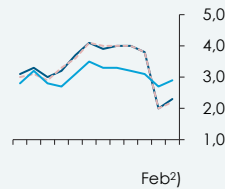
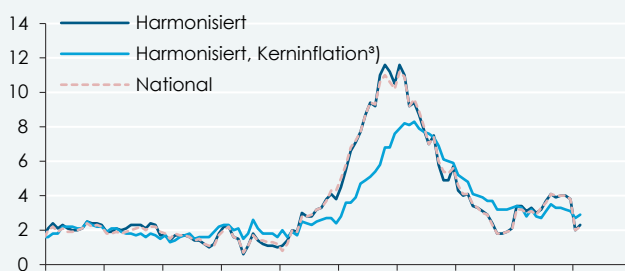
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



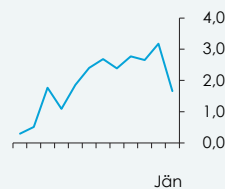
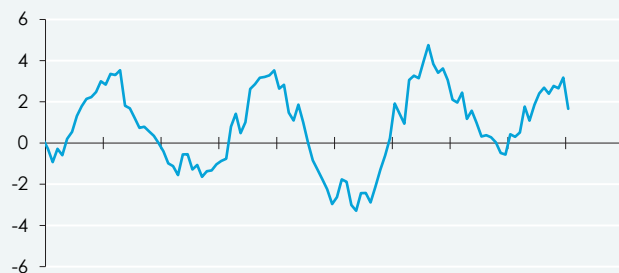
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



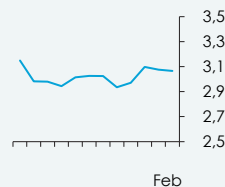
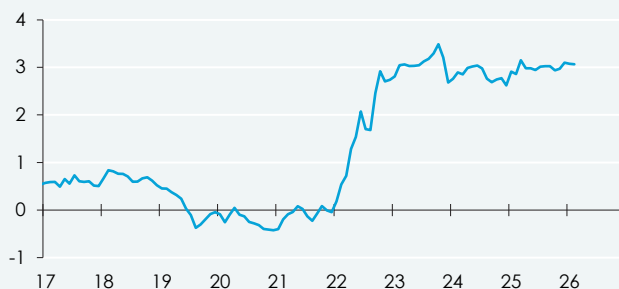
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarkttrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – <sup>2)</sup> Schnellschätzung von Statistik Austria. – <sup>3)</sup> Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

**In den Wintermonaten stieg die Arbeitslosigkeit in Österreich an. Hierzu könnten auch die schwierigen Witterungsbedingungen beigetragen haben, die die Bauwirtschaft belasteten.**

Die Zahl der beim Arbeitsmarktservice vorgezeichneten Arbeitslosen war im Februar um gut 10.000 höher als im Vorjahr, nach +14.000 im Jänner. Auch auf Basis saisonbereinigter Daten kam es in beiden Monaten zu Anstiegen.

Die Konjunkturflaute spiegelt sich auch in einem anhaltenden Rückgang der Zahl der offenen Stellen. Im Jänner und Februar 2026 waren um rund 8.000 Stellen weniger vakant als Anfang 2025.

Die erweiterte Arbeitslosenquote (nationale Berechnung, einschließlich Personen in Schulung) lag im Februar 2026 bei 10% und damit um 0,1 Prozentpunkt über dem Vergleichswert des Vorjahres. Im Jänner hatte der Abstand noch 0,2 Prozentpunkte betragen.

## Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

**Rückfragen:** [astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at), [ursula.glauning@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauning@wifo.ac.at), [victoria.ploechl@wifo.ac.at](mailto:victoria.ploechl@wifo.ac.at), [martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)

### Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

### Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres ( $t_0$ ) auf die Veränderungsrate des Folgejahres ( $t_1$ ). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres  $t_1$ , wenn das BIP im Jahr  $t_1$  auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres  $t_0$  (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

### Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

### Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

### Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

### WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

### Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbstständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbstständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbstständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

### Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbstständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbstständig aktiv Beschäftigten".

# Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl



Der Konjunkturreport Einzelhandel stellt einmal pro Quartal wesentliche Konjunkturinformationen für den Einzelhandel bzw. Handel insgesamt zusammen. Eine laufende Konjunkturbeobachtung und -berichterstattung ist von hoher Relevanz, um den Handelsbetrieben sowie der interessierten Öffentlichkeit aktuelle Daten und Analysen liefern zu können. Der aktuelle Bericht zeigt, dass die heimische Konjunktur im IV. Quartal 2025 erneut moderat verlief. Die Umsatzentwicklung im Einzelhandel (ohne Kfz) fiel kalenderbereinigt im Dezember 2025 träge aus, nachdem im November ein merklicher Rückgang zu beobachten war. Insgesamt stiegen die Umsätze unbereinigt im Einzelhandel (ohne Kfz und Tankstellen) im Jahr 2025 um nominell 2,9% (real +0,7%) gegenüber 2024. Das Stimmungsbild der heimischen Händler:innen verbesserte sich zuletzt. Unter den heimischen Konsument:innen trübte sich die Stimmung hingegen zuletzt ein.

Im Auftrag des Handelsverbandes Österreich • Februar 2026 • 29 Seiten • Kostenloser Download:  
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66835881>

# Europäische Wirtschaftspolitik 2025

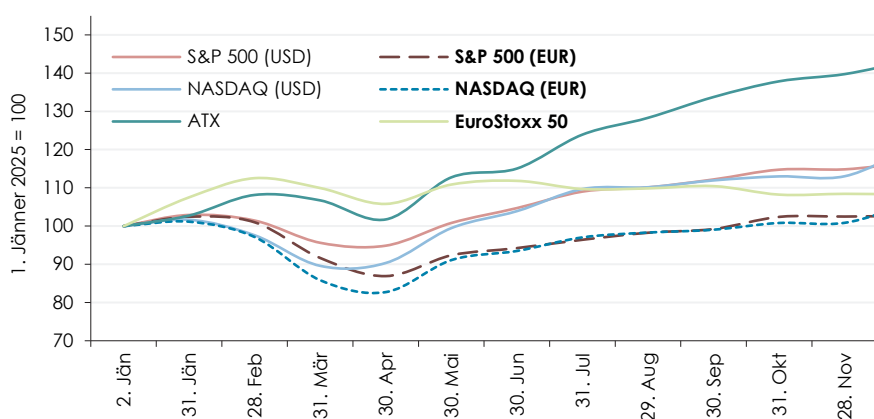
## Auf der Suche nach Lösungen für langfristige Strukturprobleme

Atanas Pekanov

- Das Jahr 2025 war in der EU und dem Euro-Raum von einem moderaten Wirtschaftswachstum von rund 1,5% geprägt. Der Arbeitsmarkt blieb robust und die Arbeitslosenquote sehr niedrig.
- Die Inflationsrate im Euro-Raum stabilisierte sich nahe am Zielwert von 2%, weshalb die Europäische Zentralbank ab der Jahresmitte keine Leitzinsänderung mehr vornahm.
- Außenpolitisch war der Handelskonflikt zwischen den USA und der EU bestimmend. Im August erzielten die Europäische Kommission und die USA eine vorübergehende Einigung. Die USA heben dennoch weiterhin höhere Zölle auf Importe aus der EU ein.
- Anfang 2026 ist der Euro-Raum mit Bulgarien um ein weiteres Mitglied gewachsen.
- Bisher legen europäische Privathaushalte einen beträchtlichen Anteil ihrer Ersparnisse in amerikanischen Vermögenswerten an. Dies impliziert nicht nur ausgeprägte Abhängigkeiten und Risiken durch Wechselkursschwankungen, sondern unterstreicht auch die Dringlichkeit, die Spar- und Investitionsunion zu vollenden.

### Entwicklung der Aktienmarkttrenditen im Jahresverlauf 2025

In Dollar bzw. Euro



**"Die hohe Abhängigkeit europäischer Anleger:innen von amerikanischen Vermögenswerten und der Wechselkursentwicklung unterstreicht einmal mehr die Dringlichkeit der Vollendung der Spar- und Investitionsunion."**

Eine am 1. Jänner 2025 getätigte Investition in den S&P 500 oder den NASDAQ hätte zum Jahresende eine Nettorendite von 16,6% bzw. 20,4% erzielt – allerdings nur in Dollar. In Euro, der für europäische Anleger:innen maßgeblichen Währung, wurden die Bewertungsgewinne fast vollständig durch Wechselkursverluste aufgezehrt. Im Falle des S&P 500 verblieb eine Nettorendite von 2,7%, im Fall des NASDAQ von 5,9%. Ein Investment in den EuroStoxx hätte 8,2% Rendite abgeworfen (Q: FRED, Wiener Börse, STOXX, WIFO-Berechnungen. Durchgezogene Linien . . . Rendite in Originalwährung, gestrichelte Linien . . . Rendite in Euro).

# Europäische Wirtschaftspolitik 2025

## Auf der Suche nach Lösungen für langfristige Strukturprobleme

Atanas Pekanov

### Europäische Wirtschaftspolitik 2025. Auf der Suche nach Lösungen für langfristige Strukturprobleme

Das Jahr 2025 war in der EU und im Euro-Raum von einem moderaten Wirtschaftswachstum von 1,5% geprägt. Der Arbeitsmarkt blieb robust und die Arbeitslosenquote sehr niedrig. Die Inflationsrate im Euro-Raum erreichte beinahe den Zielwert von 2% und stabilisierte sich, weshalb die Europäische Zentralbank die Leitzinsen ab der Jahresmitte unverändert ließ. Abgesehen vom Handelskonflikt mit den USA bestimmten 2025 langfristige strukturelle Herausforderungen die Diskussionen über die EU-Wirtschaftspolitik. Sie kreisten demnach um die Spar- und Investitionsunion (SIU), die Stärkung der internationalen Rolle des Euro sowie die Vorschläge für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen. Die hohe Abhängigkeit europäischer Anleger:innen von amerikanischen Vermögenswerten und der Wechselkursentwicklung unterstreicht die Dringlichkeit der Vollendung der SIU.

**JEL-Codes:** E60, F01, G01, H12 • **Keywords:** Fiskalpolitik, Geldpolitik, Aufbau- und Resilienzfähigkeit, Stabilitäts- und Wachstumspakt

**Begutachtung:** Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nathalie Fischer ([nathalie.fischer@wifo.ac.at](mailto:nathalie.fischer@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 18. 3. 2026

**Kontakt:** Atanas Pekanov ([atanas.pekanov@wifo.ac.at](mailto:atanas.pekanov@wifo.ac.at))

### European Economic Policy 2025. In Search of Solutions to Long-term Structural Problems

The year 2025 was characterised by moderate economic growth of 1.5 percent in the EU and the euro-area. The labour market remained robust and the unemployment rate very low. The inflation rate in the euro-area almost reached the target of 2 percent and stabilised, prompting the European Central Bank to leave key interest rates unchanged from mid-year onwards. Apart from the trade conflict with the USA, long-term structural challenges dominated discussions on EU economic policy in 2025. These centred on the Savings and Investment Union (SIU), strengthening the international role of the euro, and proposals for the next Multi-annual Financial Framework. The high dependence of European investors on US assets and exchange rate movements underscores the urgency of completing the SIU.

**2025 wuchs die Wirtschaft in der EU und im Euro-Raum mit +1,5% wieder stärker als im Vorjahr.**

**Die Arbeitslosenquote im Euro-Raum erreichte zuletzt einen historischen Tiefstand.**

## 1. Wirtschaft wächst moderat, Inflation stabilisiert sich nahe bei 2%

Das Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union und im Euro-Raum zog 2025 weiter auf 1,5% an. Im Vorjahr hatte es lediglich 1,0% bzw. 0,9% betragen. Die Konjunktur gewann im Jahresverlauf an Schwung, im IV. Quartal legte das BIP gegenüber dem Vorquartal um 0,3% zu. Die Erholung stützte sich auf mehrere Säulen: Der private Konsum profitierte vom Anstieg der Reallöhne, die staatlichen Ausgaben wurden durch Mittel aus dem Aufbauplan NextGenerationEU und erhöhte Militärbudgets gestärkt, und die früheren Zinssenkungen entfalteten ihre stimulierende Wirkung. Demgegenüber bremsen anhaltende Handelsunsicherheiten den Export und die privaten Investitionen.

Für 2026 wird ein etwas höheres Wirtschaftswachstum erwartet, jedoch könnten die Prognosen angesichts der enormen geopolitischen Unsicherheit und eines möglicherweise länger anhaltenden Ölpreisschocks noch deutlich nach unten korrigiert werden.

Die Wachstumsdifferenzen zwischen den EU-Mitgliedsländern blieben auch 2025 ausgeprägt. Polen (3,6%) und Spanien (2,8%) erwiesen sich, begünstigt durch kräftigen Konsum und lebhaft Investitionen, als Spitzenreiter, während Deutschland (0,2%), Frankreich (0,8%) und Italien (0,5%) in realer Rechnung magere BIP-Zuwächse von unter 1% verzeichneten.

Der europäische Arbeitsmarkt blieb auch 2025 bemerkenswert widerstandsfähig. Im Euro-Raum schwankte die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf nur geringfügig zwischen 6,3% im Jänner und 6,4% im Oktober, und betrug im Dezember neuerlich 6,3%. Anfang 2026 wurde erneut der historische Tiefstand von 6,2% erreicht, der zuletzt im Jahr 2024 gemessen wurde (Abbildung 1). In der EU lag die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2025 stabil bei 6% und sank im Jänner 2026 auf 5,8%. Die Beschäftigung blieb somit trotz des nur moderaten Wirtschaftswachstums und der ausgeprägten wirtschaftspoli-

tischen Unsicherheit sehr resilient. Die Unterschiede zwischen den Euro-Ländern waren dennoch erheblich: Während Malta (3,2%), Deutschland und die Niederlande (jeweils 4%) Ende 2025 die niedrigsten Arbeitslosenquoten verzeichneten, lagen Griechenland (7,9%), Spanien (10,0%) und Finnland (10,3%) deutlich darüber.

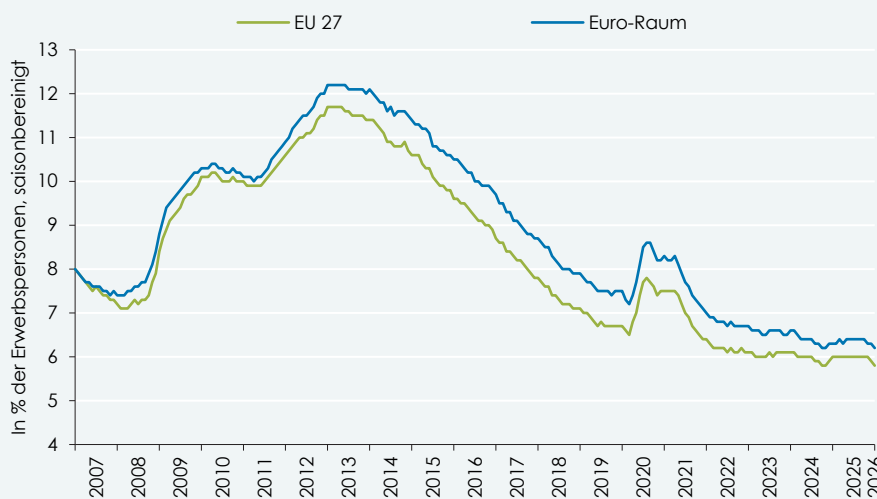
Die Inflationsrate im Euro-Raum, gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), setzte 2025 ihren Rückgang fort und näherte sich dem 2%-Ziel der EZB an. Im Jahresdurchschnitt lag sie im Euro-Raum bei 2,1% (EU: 2,5%), nach 2,4% im Jahr 2024 (Abbildung 2). Im Jänner 2026 unterschritt die Inflationsrate mit 1,7% sogar den Zielwert und

erreichte das niedrigste Niveau seit September 2024. Die Kerninflation sank im Jahresverlauf 2025 ebenfalls und betrug im Dezember 2,3% (Euro-Raum) bzw. 2,5% (EU).

Die Dienstleistungsinflation blieb zwar der wesentliche Preistreiber (Euro-Raum, Dezember 2025 +3,4%), war jedoch rückläufig. Lebensmittel, Alkohol und Tabak verteuerten sich um 2,5%, Industriegüter ohne Energie lediglich um 0,4%. Die Energiepreise wirkten mit -1,9% im Dezember 2025 dämpfend auf das Gesamtniveau. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) sank im Jänner 2026 auf 2,2% – den tiefsten Stand seit Oktober 2021.

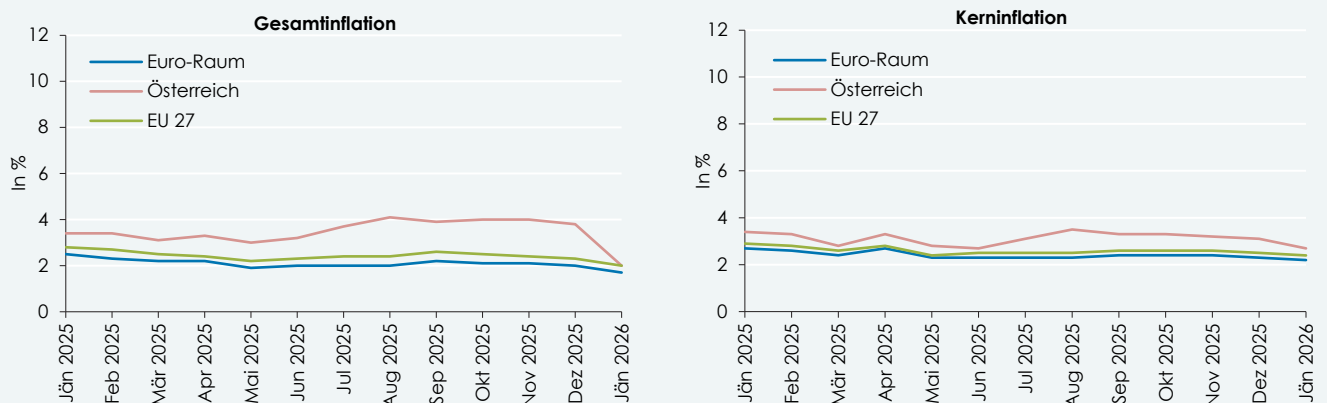
**Im Jahresdurchschnitt 2025 lag die Inflationsrate im Euro-Raum mit 2,1% sehr nahe am Inflationsziel. Anfang 2026 unterschritt sie sogar die 2%-Marke.**

Abbildung 1: Arbeitslosenquote in der EU 27 und im Euro-Raum



Q: Eurostat, Macrobond.

Abbildung 2: Inflation bzw. Kerninflation im internationalen Vergleich



Q: Eurostat, Macrobond.

In Österreich blieb die Inflation hingegen hartnäckiger, deutlich lebhafter als im Durchschnitt des Euro-Raumes und somit weit über dem Zielwert der EZB (Abbil-

dung 2). Dieser wurde hierzulande erst im Jänner 2026 erreicht, als der Basiseffekt des Auslaufens der Energiepreisbremse vom Jänner 2025 wieder entfiel.

## 2. Geld- und Fiskalpolitik

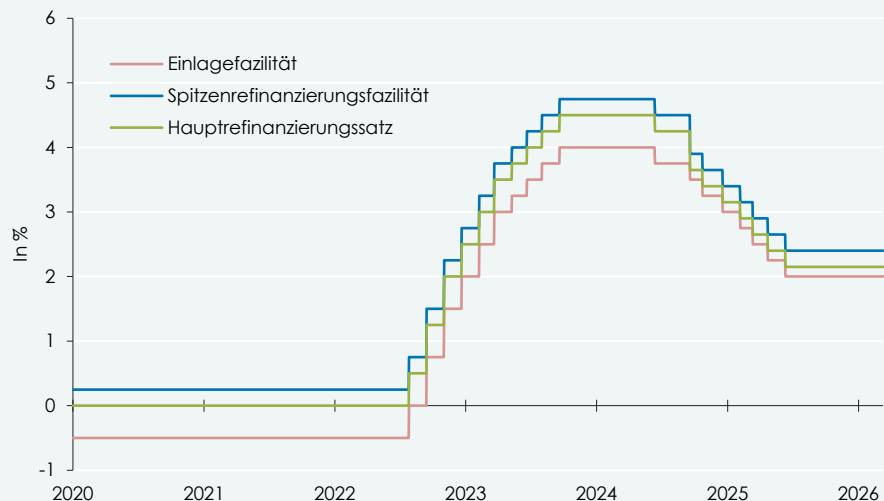
Die EZB setzte ab Mitte 2025 die Leitzinssenkungen aus und hat somit das Ende des Zinszyklus erreicht, bedingt durch ein stabilisiertes Inflationsniveau nahe am 2%-Ziel.

Im 1. Halbjahr 2025 nahm die EZB vier weitere Leitzinssenkungen zu je 25 Basispunkten vor, die letzte im Juni. Ab diesem Zeitpunkt setzte die EZB weitere Zinsschritte aus, da sie ein baldiges Erreichen des Inflationszieles erwartete. Somit lagen ab Mitte 2025 der Einlagensatz bei 2%, der Hauptrefinanzierungssatz bei 2,15% und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 2,4% (Abbildung 3).

Für das Jahr 2026 hatten Beobachter:innen eigentlich eine weitere Zinspause erwartet, der Rohöl- und Flüssiggaspreisschock im

Gefolge des Iran-Krieges lässt diese Erwartung allerdings zunehmend bröckeln. Die EZB wird in den kommenden Sitzungen schwierige Debatten führen müssen. Einerseits führt ein anhaltender Angebotsschock zu der bekannten negativen Kombination aus höherer Inflation und niedrigerer Wirtschaftsaktivität, andererseits haben die Folgen der Energiekrise die "Schmerzgrenze" für Zinserhöhungen gesenkt. Die EZB wird daher deutlich unter Druck stehen, rascher zu reagieren als in der Energiepreiskrise und der darauffolgenden Inflationskrise im Jahr 2022.

Abbildung 3: Leitzinssätze der EZB



Q: EZB, Macrobond.

Die Schuldenstände im Euro-Raum und der EU blieben 2025 stabil.

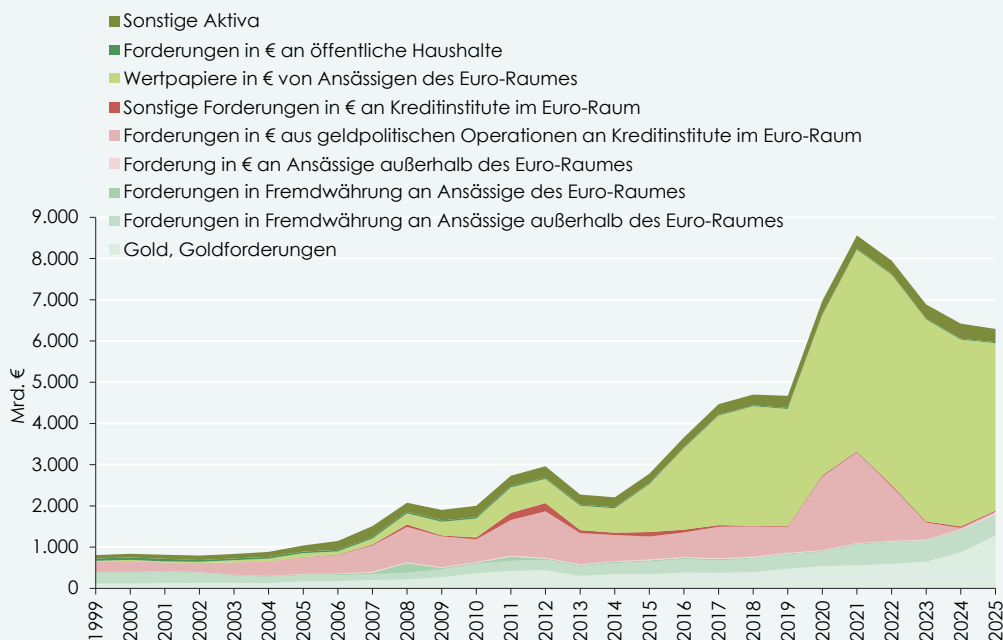
Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems reduzierte sich 2025 weiter durch die Implementierung des "Quantitative Tightening" (Abbildung 4). Im Gesamtjahr 2025 verringerte sich die Bilanzsumme der EZB im Vergleich zum Vorjahresendwert um 2,0%, aber langsamer als im Vorjahr (-6,8%). Ende 2025 lag sie bei 6,29 Bio. €, nach 6,42 Bio. € Ende 2024 und 6,89 Bio. € Ende 2023. Getrieben wurde die Bilanzreduzierung durch das Auslaufen der Wertpapierankaufprogramme – des Asset Purchase Programme (APP) und mit Ende 2024 auch des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP). Tilgungszahlungen aus auslaufenden Wertpapieren, die im Rahmen des PEPP erworben worden waren, wurden in der ersten Jahreshälfte 2024 noch vollständig reinvestiert. Im 2. Halbjahr 2024 wurde das PEPP-Portfolio dann um durchschnittlich 7,5 Mrd. € pro Monat verkleinert.

Im Euro-Raum lag das Wachstum der Geldmenge M3 im Dezember 2025 bei 2,8% gegenüber dem Vorjahr. Im Jahresdurchschnitt 2025 wuchs die Geldmenge M3 um 3,3%.

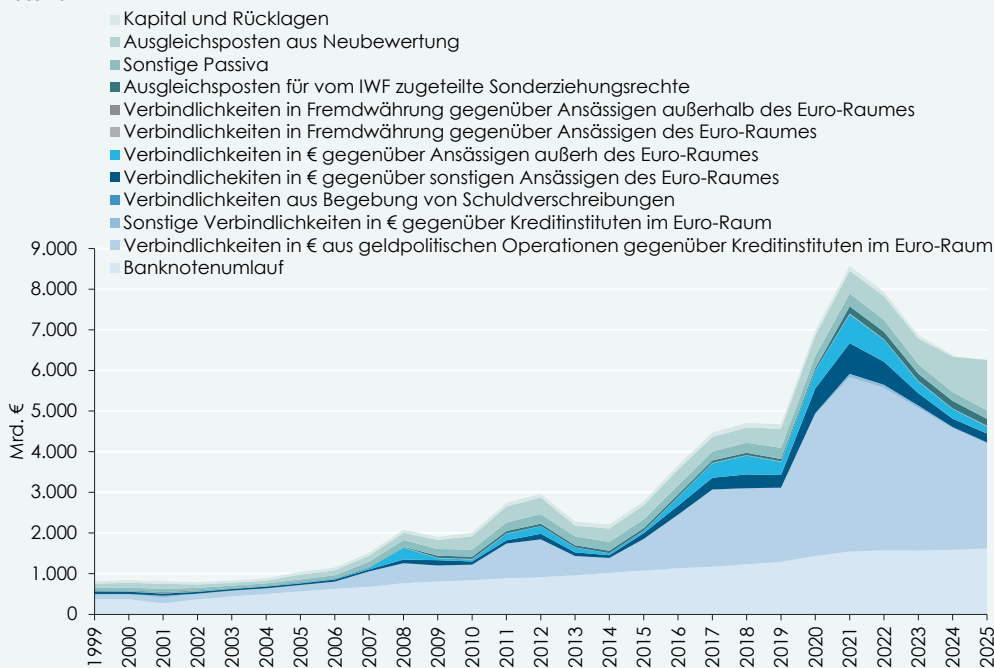
Die meisten EU-Länder setzten 2025 Budgetkonsolidierungsmaßnahmen um, die teilweise auch durch die reformierten Fiskalregeln erforderlich geworden waren. Einige wenige Länder, darunter auch Österreich, haben jedoch im Rahmen eines Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizites die Budgetkonsolidierung zeitlich etwas gestreckt, um deren negative makroökonomische Konsequenzen zu dämpfen. Somit blieb die durchschnittliche Staatsverschuldung in der EU und im Euro-Raum 2025 fast stabil. Wie im Vorjahr lag die durchschnittliche Schuldenquote gemessen am BIP um etwa 5 Prozentpunkte über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie. Wenn das Tempo der Budgetkonsolidierung beibehalten wird, dürfte die Erreichung des Niveaus von 2019 demnach 3 bis 4 Jahre dauern. Wie Abbildung 5 zeigt, wurden die wegen der Pandemie empfindlich gestiegenen Schuldenstände vor allem in den starken Wachstums- (sowie Inflations-) Jahren 2022 und 2023 rückgeführt und weniger in den Jahren 2024 und 2025, als die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen gesetzt wurden.

Abbildung 4: **Konsolidierte Bilanz des Eurosystems**

#### Aktiva



#### Passiva



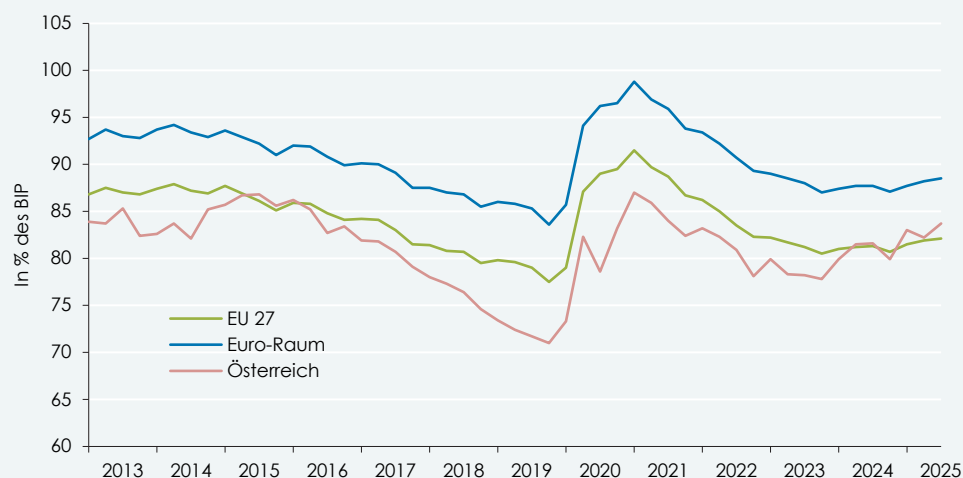
Q: EZB.

### 3. Zollkonflikt mit den USA und makroökonomische Ungleichgewichte

Außenpolitisch war das Jahr 2025 maßgeblich vom eskalierenden Handelskonflikt zwischen den USA und ihren globalen Handelspartnern, einschließlich der EU, geprägt. Am 2. April 2025, dem sogenannten "Liberation Day", kündigte Präsident Trump neue Handelszölle an, deren Höhe sich am bilateralen Handelsdefizit mit den jeweiligen Ländern orientieren sollte. Die Wochen nach der

Ankündigung waren von erheblicher Unsicherheit und häufigen Änderungen der Zollpolitik gekennzeichnet. Entgegen der theoretischen Erwartung, die amerikanischen Importzölle würden den Dollar stärken, wertete dieser in den Wochen und Monaten nach dem "Liberation Day" kräftig ab. Der Euro stieg Ende Jänner 2026 auf knapp 1,20 \$ – den höchsten Stand seit über vier Jahren.

Abbildung 5: Konsolidierte Staatsschuld



Q: Macrobond, Eurostat.

Am 27. Juli 2025 trafen sich EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen und Präsident Trump in Turnberry, Schottland, und verkündeten eine Einigung. Am 21. August wurde ein "Framework Agreement on Reciprocal, Fair, and Balanced Trade" veröffentlicht, das die Details der Vereinbarung festlegte: Die USA verpflichteten sich, einen einheitlichen Zollsatz von 15% auf die meisten EU-Exportgüter, einschließlich Kfz, Autoteile, Pharmazeutika und Halbleiter, anzuwenden. Die 15% stellen eine "All-inclusive"-Obergrenze dar. Für bestimmte Produktgruppen wie Flugzeuge und Flugzeugteile, generische Pharmazeutika und nicht verfügbare natürliche Ressourcen gelten nur die MFN-Zölle (Most Favoured Nation). Für Stahl, Aluminium und Kupfer bleibt der Zollsatz von 50% bestehen.

Im Gegenzug verpflichtete sich die EU zur Aufhebung aller Zölle auf Industriegüter aus den USA und dazu, amerikanischen Agrar- und Meeresfrüchteproduzenten einen bevorzugten Marktzugang zu gewähren. Die EU sagte außerdem zu, über drei Jahre zusätzlich 750 Mrd. \$ in Energieträger aus den USA und bis 2029 weitere 600 Mrd. \$ in Übersee zu investieren.

Der anhaltende Leistungsbilanzüberschuss der EU ist makroökonomisch eng mit einem persistenten Kapitalbilanzsaldo verknüpft und zeigt, dass die Ersparnisse in der EU dauerhaft die hier getätigten Investitionen übersteigen. Der Letta- und insbesondere der Draghi-Bericht haben die Nachteile dieses Umstands deutlich herausgearbeitet: Aus makroökonomischer Sicht investieren Europäer:innen zu wenig in Innovation und produktives Kapital, wodurch ihre Volkswirtschaften langsamer wachsen als möglich. Gleichzeitig sparen sie mehr als Bürger:innen anderer entwickelter Volkswirtschaften, erzielen mit diesen Ersparnissen jedoch nur geringe Renditen. Im Ergebnis sind EU-Bür-

ger:innen deutlich weniger wohlhabend, als sie sein könnten, und die Wettbewerbsfähigkeit sowie das Innovationspotenzial der EU werden geschwächt (Letta, 2024; Draghi, 2024).

In der EU fließt ein Großteil der privaten Ersparnisse in renditeschwache Finanzinstrumente. Im Jahr 2023 sparten private Haushalte in der EU 14,8% ihres verfügbaren Einkommens – mehr als dreimal so viel wie in den USA (4,7%). Von rund 33 Bio. € an Finanzanlagen entfielen 31% (11,63 Bio. €) auf Bargeld und Einlagen mit begrenzten Renditen und weitere 27% (10,06 Bio. €) auf Versicherungen, Altersvorsorge und standardisierte Garantien. Die entsprechenden Anteile in den Portfolios amerikanischer Haushalte belaufen sich auf 12,1% bzw. 27,5%. Trotz höherer Sparquote dämpfen die geringen Renditen den Wohlstand: Seit 2009 ist das Haushaltsvermögen in den USA im Durchschnitt etwa dreimal so schnell gewachsen wie in der EU (Draghi, 2024).

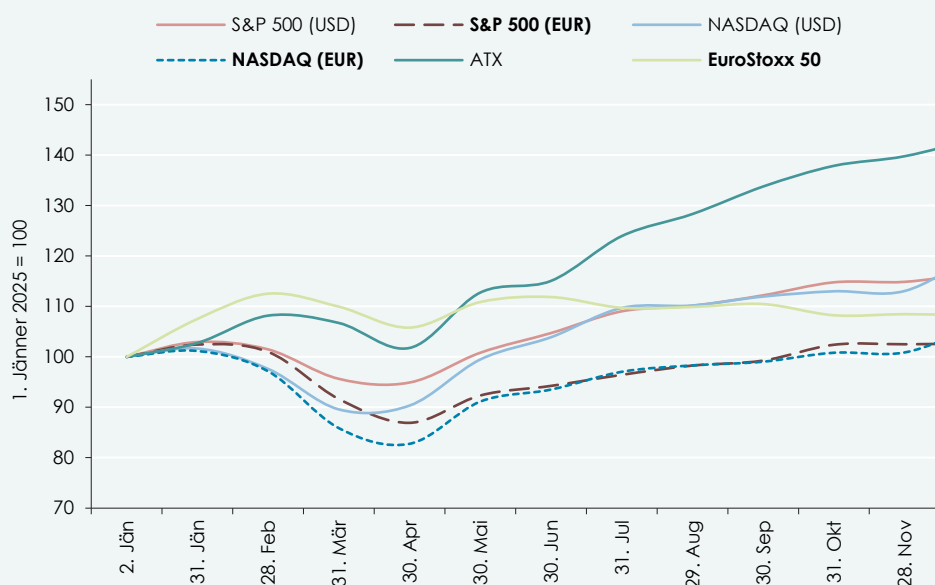
Insgesamt belaufen sich die aggregierten Ersparnisse in der EU auf über 1.200 Mrd. € pro Jahr (Europäische Kommission, 2025). Allerdings fließt ein erheblicher Teil aus der EU ab – seit 2015 im Durchschnitt rund 25% oder etwa 300 Mrd. € pro Jahr. 2024 erreichte der Abfluss 437 Mrd. € (Europäische Kommission, 2025). Den Löwenanteil bilden dabei Ersparnisse privater Haushalte, die von Finanzintermediären in ausländische Direktinvestitionen, Anleihen und Aktien umgeleitet werden. Der Leistungsbilanzüberschuss der EU statet damit andere Länder – vorwiegend die USA – in erheblichem Umfang mit Kapital aus. Dieses Kapital hilft amerikanischen Unternehmen, ihre Produktivität zu steigern und in Innovation zu investieren, während es gleichzeitig zur Finanzierung des hohen Haushaltsdefizites der USA und der hohen privaten Verschuldung beiträgt.

Die Verringerung des Ungleichgewichtes zwischen Ersparnis und Investition in der EU sowie eine verbesserte Kapitalallokation stehen im Mittelpunkt der aktuellen europäischen Reformagenda, insbesondere der geplanten Vollendung der Spar- und Investitionsunion (SIU; siehe auch Kapitel 4). Die SIU bietet die Chance, interne strukturelle Ziele der EU neu auszurichten und zugleich den anhaltenden Leistungsbilanzüberschuss zu adressieren, der aus dem persistenten Überschuss der Ersparnisse über die Investitionen folgt. Er spiegelt sowohl unzureichende Investitionsmöglichkeiten innerhalb der EU als auch eine fragmentierte Finanzintermediation wider. Indem sie die Allokation von Ersparnissen verbessern und die Kapitalmarktintegration in der EU vertiefen will, zielt die SIU genau auf diese Herausforderungen ab. Aus globaler Perspektive würde die Neu-

ausrichtung zu einem schrittweisen und geordneten Abbau des Leistungsbilanzüberschusses von rund 2,5% des EU-BIP beitragen (Europäische Kommission, 2025).

Der gegenwärtige Status quo führt nicht nur zu Fehlallokationen und entgangenen Wachstumschancen für europäische Unternehmen, sondern setzt auch europäische Sparer:innen in Zeiten geopolitischer Turbulenzen erheblichen Risiken aus. Die EU hat gegenüber den USA schrittweise eine beachtliche Nettogläubigerposition aufgebaut, die das europäische Vermögen einem beträchtlichen Wechselkursrisiko aussetzt. Währungsbewegungen verlaufen in der Regel entgegengesetzt zu den Aktienrenditen in Dollar – mitunter gleichen sie Verluste aus, wie in den Jahren 2018 und 2022, mitunter schmälern sie Gewinne, wie 2017 und 2020.

Abbildung 6: **Entwicklung der nominellen Aktienmarktrenditen im Jahresverlauf 2025**  
In Dollar bzw. Euro



Q: FRED, Wiener Börse, STOXX, WIFO-Berechnungen. Durchgezogene Linien . . . Rendite in Originalwährung, gestrichelte Linien . . . Rendite in Euro (einschließlich Wechselkurseffekt). Im Jahresverlauf 2025 wertete der Euro gegenüber dem Dollar um 13,6% auf. ATX und EuroStoxx 50 sind in Euro notiert, weshalb sie keinen Wechselkursrisiken unterliegen.

Besonders deutlich wurde dies im Jahr 2025: Die Dollar-Abwertung nach dem "Liberation Day" kostete Anleger:innen aus dem Euro-Raum, die in amerikanische Aktien investiert hatten, nahezu 500 Mrd. €. Der Wechselkurseffekt zehrte die Bewertungsgewinne, die sie 2025 auf ihre Aktienpositionen akkumuliert hatten, fast vollständig auf. Zur Veranschaulichung zeigt Abbildung 6 die unterschiedlichen Renditen, die europäische Anleger:innen durch verschiedene Investments erzielt hätten. So hätte eine am 1. Jänner 2025 getätigte Investition in den S&P 500 oder den NASDAQ zum Jahresende eine Nettorendite von 16,6% bzw. 20,4% erbracht – allerdings

nur in Dollar. In Euro, der für europäische Anleger:innen maßgeblichen Währung, wurden die Bewertungsgewinne fast vollständig durch Wechselkursverluste aufgezehrt. Im Falle des S&P 500 verblieb eine Nettorendite von 2,7%, im Fall des NASDAQ von 5,9%. Ein Investment in den EuroStoxx hätte eine höhere Rendite von 8,2% abgeworfen, eine entsprechende Investition in den ATX sogar 43,3%, was die außergewöhnliche Entwicklung des ATX im Jahr 2025 widerspiegelt. Der Vergleich veranschaulicht eindringlich die potenziellen Risiken für europäische Anleger:innen, die in Zeiten zunehmender Instrumentalisierung geopolitischer Ungleichge-

wichte über die Kapitalbilanz externen Schocks ausgesetzt sind. Die hohe Abhängigkeit europäischer Investor:innen von amerikanischen Vermögenswerten und der Wechselkursentwicklung unterstreicht einmal

mehr die Dringlichkeit der Vollendung der SIU, um die Verwundbarkeit der EU gegenüber externen – vornehmlich geopolitischen – Schocks über den Finanzkanal zu verringern.

## 4. Weitere Entwicklungen und Prioritäten der europäischen Wirtschaftspolitik

Abgesehen vom Handelskonflikt mit den USA adressierte die EU-Wirtschaftspolitik 2025 langfristige strukturelle Herausforderungen: die Spar- und Investitionsunion, die Stärkung der internationalen Rolle des Euro sowie den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen.

### 4.1 Spar- und Investitionsunion

Um die aktuellen geopolitischen Herausforderungen zu meistern und die Mittel für notwendige produktivitätssteigernde Investitionen bereitzustellen, muss die EU private Gelder mobilisieren (siehe Letta, 2024). So müssen vor allem die privaten Ersparnisse, die bisher oft auf Girokonten mit niedrigen Renditen geparkt sind oder in die USA abfließen, wieder in die europäische Wirtschaft gelenkt werden. In der EU liegen gut 10 Bio. € an privatem Kapital als niedrig verzinsten Einlagen auf Bankkonten und könnten stattdessen auf den Kapitalmärkten mit höheren Renditen investiert werden.

Die Mobilisierung privater Ersparnisse soll durch die Vollendung der Kapitalmarktunion gefördert werden. Das Konzept dazu wurde inzwischen im Rahmen der SIU-Initiative weiterentwickelt. Die im März 2025 präsentierte SIU-Strategie der Europäischen Kommission fokussiert auf vier Handlungsfelder:

- Die bessere Nutzung privater Ersparnisse durch verbesserte Möglichkeiten für Privatanleger zur Kapitalmarktinvestition, insbesondere in der Altersvorsorge,
- die Verbesserung der Kapitalverfügbarkeit für Unternehmen, einschließlich KMU,
- den Abbau regulatorischer und aufsichtsrechtlicher Hindernisse für grenzüberschreitende Operationen sowie
- die effiziente Aufsicht über den Binnenmarkt durch eine vollständig einheitliche Behandlung aller Finanzmarktteilnehmer:innen und die mögliche Konsolidierung von Aufsichtstätigkeiten auf EU-Ebene.

Im Juni 2025 legte die Europäische Kommission Vorschläge zur Reform des EU-Verbriefungsrahmens vor, um den Verbriefungsrahmen zu beleben. Am 17. Dezember 2025 einigte sich der Europäische Rat auf eine Verhandlungsposition zu diesem ersten wichtigen SIU-Paket. Die Änderungen zielen darauf ab, mehr Investitionen in die Realwirtschaft zu lenken, einschließlich Kredite an KMU und Infrastrukturprojekte.

### 4.2 Stärkung der internationalen Rolle des Euro

Im Juni 2025 beauftragten die EU-Staats- und Regierungschefs den Rat, die Kommission und die EZB, unter Einbeziehung der Euro-Gruppe, Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro voranzutreiben. Auf dem Euro-Gipfel am 23. Oktober bekräftigten sie dieses Ziel, einschließlich der Funktion des Euro als Reserve- und Transaktionswährung, und verankerten es als Priorität der aktuellen Europäischen Kommission. Die Stärkung des Euro wird als Eckpfeiler einer umfassenderen Risikominderungsstrategie betrachtet, welche die wirtschaftliche Resilienz der Euro-Länder erhöhen und sie vor möglichen Verwerfungen im internationalen Währungs- und Finanzsystem schützen soll. Ein stärkerer Euro würde auch zur weltweiten Finanzmarktstabilität beitragen, den Ausbau der Handels- und Finanzbeziehungen der EU erleichtern und ihre Wirtschaft vor externem Druck schützen.

Anfang Februar 2026 diskutierte die Euro-Gruppe ein Papier der Europäischen Kommission zur Stärkung des Euro<sup>1)</sup>. Es beinhaltet einige konkrete Empfehlungen für weitere Schritte auf EU-Ebene. Als wesentlich gilt die Verbesserung der fiskalischen und institutionellen Grundlage durch die Integration des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in den EU-Rechtsrahmen und die Etablierung eines einheitlichen Emittenten für supranationale Anleihen. Die Fortführung der gemeinsamen EU-Anleiheemissionen zur Finanzierung von Projekten mit klarem europäischem Mehrwert – aufbauend auf den Erfahrungen mit NextGenerationEU – bewertet die Kommission als wirtschaftlich effizient und förderlich für die Euro-Internationalisierung. Die Schaffung eines europäischen "Safe Asset" wird als besonders bedeutende Anforderung hervorgehoben, da internationale Investor:innen liquide Märkte mit schnellen Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten benötigen, auch wenn solche "sicheren Anlagen" mit der politisch heiklen Frage der gemeinsamen Verschuldung verbunden sind. Als unverzichtbar für die Stärkung des Euro gilt weiters die Vollendung der Kapitalmarktunion.

<sup>1)</sup> <https://www.consilium.europa.eu/media/buspxaax/strengthening-the-international-role-of-the-euro-note-for-the-eurogroup.pdf>.

Gefordert wird auch eine intensivere Veranlagung auf den heimischen Aktienmärkten, um die beträchtlichen privaten Sparrücklagen für europäische Investitionen zu mobilisieren. Der digitale Euro kann ebenfalls die internationale Bedeutung des Euro erhöhen. In die gleiche Richtung wirkt die Stärkung der globalen Rolle der EU, vor allem durch eine Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit sowie die Entwicklung neuer Technologien im Zahlungsverkehr.

### 4.3 Bulgarien 21. Euro-Land

Anfang 2026 ist der Euro-Raum weiter gewachsen – Bulgarien wurde mit seinem Eintritt das 21. Mitglied des Währungsraumes. Er markiert einen historischen Meilenstein für das Land, das 2007 der EU beitrug und sich damit zur späteren Euro-Einführung verpflichtete. Diese war ursprünglich für Jänner 2024 geplant, musste aber verschoben werden, da Bulgarien nach der Energiekrise 2022 zunächst das Inflationskriterium verfehlte. Im Februar 2025 beantragte Bulgarien einen außerplanmäßigen Konvergenzbericht, also die offizielle Einschätzung der Europäischen Kommission und der EZB, ob das Land die Konvergenzkriterien, die den Weg zur Euro-Einführung ebnen, erfüllt. Der am 4. Juni 2025 veröffentlichte Bericht bestätigte die Erfüllung aller Kriterien. Preisstabilität war mit einer durchschnittlichen Inflation von 2,7% und gut verankerten langfristigen Zinssätzen von 3,9% gewährleistet. Der Lew-Wechselkurs war seit der Einführung des Währungsrates im Jahr 1997 praktisch nicht mehr volatil gewesen. Zudem zeichnet sich Bulgarien durch eine sehr niedrige Staatsschuldenquote von 24,1% des BIP aus – die niedrigste in der EU nach Estland. 2025 wurde ein Defizit von 3% und somit die Einhaltung der Maastricht-Kriterien erreicht.

Am 8. Juli 2025 billigte das Europäische Parlament den Euro-Beitritt Bulgariens und der Rat setzte die drei erforderlichen Rechtsakte, darunter die Festlegung des unwiderruflichen Umrechnungskurses von 1,95583 Lew je Euro (der bisherige ERM-II-Kurs). Die öffentliche Meinung in Bulgarien blieb gespalten: Laut einer Euro-Barometer-Umfrage vom Frühjahr 2025 waren etwa 49% der Bulgari:innen gegen die Euro-Einführung und 43% dafür. Dennoch hielten 68% der Befragten die EU für einen Ort der Stabilität in einer unsicheren Welt. Am 1. Jänner 2026 führte Bulgarien den Euro als offizielle Währung ein.

Mit dem Beitritt zum Euro-Raum sind positive Effekte verbunden, darunter der Entfall von Umrechnungs- und Transaktionskosten und die vollständige Beseitigung von Wechselkursrisiken. Dies dürfte zu einer Verbesserung des Ratings für bulgarische Staatsanleihen beitragen, die Finanzierungskosten senken, die Unternehmenstätigkeit erleichtern und die internationale Reputation Bulgariens heben. Im Zuge der Vorbereitungen auf den

Euro-Beitritt trat Bulgarien der Bankenunion bei und führte eine umfassende Überprüfung der Qualität der Aktiva des Bankensektors (Asset Quality Review) durch. Dadurch wurde die Stabilität des Finanzsystems weiter gestärkt.

Mit der Mitgliedschaft im Euro-Raum wird Bulgarien zudem im EZB-Rat vertreten sein. Seit der Bindung des Lew an den Euro in den 1990er-Jahren war die Bulgarische Nationalbank verpflichtet, geldpolitische Entscheidungen des EZB-Rates umzusetzen, ohne an der Beschlussfassung beteiligt gewesen zu sein. Der Beitritt zum Euro-Raum geht demnach mit einer besseren institutionellen Repräsentation einher und ermöglicht Bulgarien eine aktive Mitwirkung an der Festlegung der EZB-Leitzinssätze.

### 4.4 Mehrjähriger Finanzrahmen 2028 bis 2034

Am 16. Juli 2025 präsentierte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 bis 2034 (Europäische Kommission, 2025). Das vorgeschlagene Budget beläuft sich auf fast 2 Bio. € über sieben Jahre und beträgt somit 1,26% des durchschnittlichen EU-Bruttonationaleinkommens (EU-BNE), was einem nominellen Anstieg um 367,2 Mrd. € gegenüber dem aktuellen MFR 2021 bis 2027 entspricht. Preisbereinigt beträgt der Anstieg jedoch nur 0,14%, wobei 0,11 Prozentpunkte auf den Schuldendienst für NextGeneration-EU entfallen. Das tatsächlich zusätzlich verfügbare Ausgabenvolumen beträgt damit lediglich 0,03% des EU-BNE.

Die Diskussion über die Notwendigkeit eines größeren EU-Haushaltes hat sich in den letzten Jahren intensiviert, eine politische Mehrheit für eine Ausweitung gibt es aber weiterhin nicht. Ein deutlich höheres EU-Budget würde die Finanzierung zentraler grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte und Forschungsaktivitäten ermöglichen sowie Spielraum für neue Prioritäten wie Sicherheit und Aufrüstung schaffen. Der Draghi-Bericht schätzt den zusätzlich erforderlichen Investitions- und Nachholbedarf der EU bezüglich Innovation und Produktivität bis zum Jahr 2030 auf jährlich 750 bis 800 Mrd. € (Draghi, 2024). Felbermayr und Pekanov (2024) kommen zu einer ähnlichen Schlussfolgerung und empfehlen eine langfristige Erhöhung des EU-Haushaltes auf bis zu 4% des EU-BIP. Die Mitberichterstatte:innen des Europäischen Parlamentes forderten einen deutlich höheren MFR von 1,38% des EU-BNE. Die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament werden voraussichtlich bis 2027 andauern.

Der MFR-Vorschlag der Europäischen Kommission impliziert eine deutliche Anpassung der Struktur des EU-Haushaltes sowie eine Vereinfachung und Konsolidierung der unterschiedlichen Programme – aus 52 sollen

**Der Euro-Raum ist um ein weiteres Mitglied gewachsen – Bulgarien hat mit 1. Jänner 2026 den Euro als Zahlungsmittel eingeführt.**

**Die Europäische Kommission präsentierte im Juli 2025 den ersten Vorschlag für das nächste EU-Budget – ein zentrales Verhandlungsthema für 2026.**

**Die Aufbau- und Resilienzfazilität schafft in einigen Mitgliedsländern wichtigen Spielraum für Investitionen.**

16 Programme mit harmonisierten Regeln werden. Bemerkenswert sind die vorgeschlagene Verdreifachung der Mittel für Migration, Grenzverwaltung und innere Sicherheit auf 34 Mrd. € sowie eine kräftige Erhöhung der Verteidigungsausgaben und der Mittel für Horizon Europe, die fast verdoppelt werden sollen. Die Mittel für die Gemeinsame Agrarpolitik sollen hingegen um etwa 30% gekürzt werden.

Ein weiterer wichtiger Streitpunkt ist der Vorschlag der sogenannten Nationalen Partnerschaftspläne. Nach dem Vorbild der Aufbau- und Resilienzpläne innerhalb von NextGenerationEU handelt es sich dabei um strukturierte Pläne, die die Mitgliedsländer zusammen mit der Europäischen Kommission entwickeln und ausverhandeln sollen. Diese Pläne sollen wichtige Investitionsprojekte enthalten, die durch EU-Mittel zu finanzieren sind. Die Mitgliedsländer würden die Mittel aber nur unter der Bedingung erhalten, dass sie auch die ausverhandelten Reformen implementieren, die basierend auf den länderspezifischen Empfehlungen der Kommission innerhalb des Europäischen Semesters umzusetzen wären.

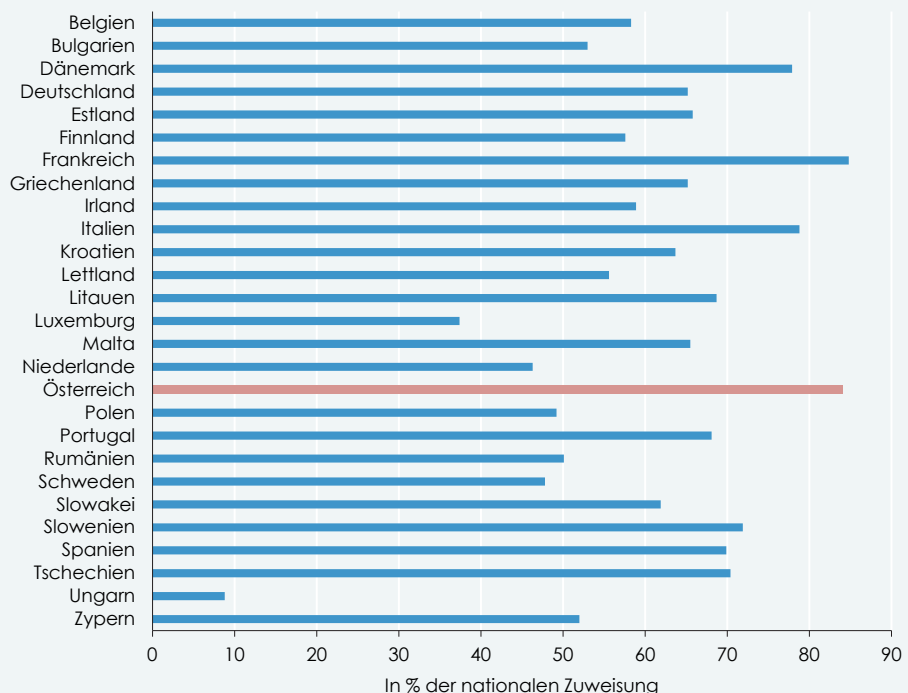
#### 4.5 Aufbau- und Resilienzfazilität

Die Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF) nähert sich ihrem Abschluss Ende 2026. Bis Ende Februar 2026 wurden mit rund 395 Mrd. € erst gut 60% der gesamten Mittel von 650 Mrd. € ausbezahlt, was die erfolgreiche vollständige Umsetzung des Instrumentes gefährdet.

Mit NextGenerationEU und seiner Hauptkomponente, der RRF, hatte die EU 2020 ein neues Instrument zur Krisenbekämpfung, zur Begrenzung des Marktstresses auf den Finanzmärkten und zur Finanzierung von öffentlichen Investitionen eingeführt (Pekanov, 2025). Den finalen Zeitplan zur Implementierung der RRF legte die Europäische Kommission in einer Mitteilung vom 4. Juni 2025 fest: die Mitgliedsländer müssen alle Reformen und Investitionen bis zum 31. August 2026 abschließen, finale Zahlungsanträge bis zum 30. September 2026 stellen, und alle Auszahlungen durch die Kommission müssen bis zum 31. Dezember 2026 erfolgen – ohne Möglichkeit zur Verlängerung.

**Abbildung 7: Im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität ausgezahlte Zuschüsse (und Darlehen)**

2021/2025



Q: Europäische Union.

Die Umsetzung ist in den Mitgliedsländern unterschiedlich weit gediehen. Abbildung 7 zeigt die bisher ausgezahlten Zuschüsse und Darlehen in Prozent der nationalen Zuwei-

sung. Zum Stand Ende Februar 2026 haben Frankreich (84,8%), Österreich (84,1%) und Italien (78,8%) die höchsten Anteile ihrer Gesamtzuweisungen erhalten. In absoluten

Zahlen erhielten Italien (153,2 Mrd. €), Spanien (71,7 Mrd. €) und Frankreich (34,1 Mrd. €) die größten Summen. Jedoch haben viele Mitgliedsländer erst rund 50% ihrer Mittel erhalten, etwa Ungarn, Luxemburg, die Niederlande, Schweden, Polen und Rumänien. Wegen eines Streits mit der Europäischen Kommission und der Nichterfüllung der Vorgaben im Bereich der Rechtstaatlichkeit wurden Ungarn bisher lediglich 8,8% der verfügbaren Mittel ausbezahlt. Das Land riskiert somit, den Großteil zu verlieren.

In Österreich schreitet die Umsetzung des Aufbau- und Resilienzplans weiterhin zügig

voran. Es hat bisher 3.330,5 Mio. € erhalten und zählt damit wie erwähnt zu den drei Ländern mit dem höchsten Mittelabruf. Erreicht wurde dies durch die Auszahlung der zweiten und dritten Tranche in Höhe von insgesamt 1.622,9 Mio. € im September 2025 sowie der vierten Tranche in Höhe von 515,5 Mio. € im November 2025. Die anfängliche Verzögerung in der Umsetzung des Plans wurde somit aufgeholt<sup>2)</sup>. Nach der Überarbeitung des Aufbau- und Resilienzplans im Jahr 2023, einschließlich eines neuen REPowerEU-Kapitels, liegt die mögliche Gesamtallokation Österreichs bei 3.961,2 Mio. €.

## 5. Literaturhinweise

Draghi, M. (2024, 16. April). Radical Change – Is What Is Needed. *Groupe d'études Géopolitiques*. <https://geopolitique.eu/en/2024/04/16/radical-change-is-what-is-needed/>.

Europäische Kommission (2024). *Recovery and Resilience Scoreboard*. [https://ec.europa.eu/economy\\_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/index.html](https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/index.html).

Europäische Kommission (2025). *A Competitiveness Compass for the EU*. COM(2025) 30 final. [https://commission.europa.eu/document/download/10017eb1-4722-4333-add2-e0ed18105a34\\_en](https://commission.europa.eu/document/download/10017eb1-4722-4333-add2-e0ed18105a34_en).

Felbermayr, G., & Pekanov, A. (2024). *Pan-European Public Goods: Rationale, Financing and Governance*. EGOV Economic Governance, Europäisches Parlament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/755726/IPOL\\_STU\(2024\)755726\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2024/755726/IPOL_STU(2024)755726_EN.pdf).

Letta, E. (2024). *Much More Than a Market. Speed, Security, Solidarity. Empowering the Single Market to Deliver a Sustainable Future and Prosperity for All Eu Citizens*. Europäische Union. <https://www.consilium.europa.eu/media/nv3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf>.

Pekanov, A. (2019). *Policy Brief: Past and Present of EMU Reform. Reforming the Euro Area – The Road Not (Yet) Taken*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4142862>.

Pekanov, A. (2025). *Lessons Learned from the Recovery and Resilience Facility for a Future European Fiscal Capacity*. FEPS Policy Brief. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60078297>.

<sup>2)</sup> <https://www.bmf.gv.at/services/startseite-budget/Monatliche-Berichterstattung/rf.html>.

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autori:nnen wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 726/2026**    **Evolution of European Industrial Policy: Past, Present and Perspective**  
Michael Peneder
- 725/2026**    **A Market Design Proposal for Decoupling Carbon and Electricity Prices**  
Simon Finster, Bernhard Kasberger, Simon Rütten
- 724/2026**    **Sectoral and Aggregate Effects of Supply Chain Disruptions in a Small Open Economy**  
Klaus Friesenbichler, Christian Glocker, Werner Hölzl, Philipp Piribauer (WIFO, ASCII)
- 723/2026**    **Evaluating Tariff Shock Propagation in an Integrated Demand System-MRIO Framework**  
Asjad Naqvi
- 722/2026**    **estimateW: An R Package for Bayesian Estimation of Weight Matrices in Spatial Econometric Panels**  
Tamás Krisztin (IIASA), Philipp Piribauer (WIFO)
- 721/2026**    **Counterfactual Impact Evaluation of Cohesion Policy 2014-2020: Regression Discontinuity Design**  
Alexander Daminger, Peter Huber, Klaus Nowotny
- 720/2026**    **Counterfactual Impact Evaluation of Cohesion Policy 2014-2020: Impact on Enterprises**  
Alexander Daminger, Peter Huber, Klaus Nowotny
- 719/2026**    **Ein-Monats-Experience-Rating in der Arbeitslosenversicherung: ein Modellvorschlag**  
Rainer Eppel, Helmut Mahringer
- 718/2025**    **The Vienna Initiative as a Signaling Mechanism to Disrupt the Banking Doom Loop**  
Christian Glocker, Thomas Url
- 717/2025**    **Predicting the Emergence of the EV Industry: A Product Space Analysis Across Regions and Firms**  
Katharina Ledebur (ASCII, CSH Vienna), Ladislav Bartuska (ASCII, FH OÖ), Klaus Friesenbichler (WIFO, ASCII), Peter Klimek (ASCII, CSH Vienna)
- 716/2025**    **The Supply Chain Disruption Survey: A New Survey on Knowledge Flows in Global Supply Chains**  
Márta Bisztray (CERS HAS), Gábor Békés (CEU), Alexandros Charos, Klaus Friesenbichler (WIFO), Miklós Koren (CEU, HUN-REN CERS), Agnes Kügler (WIFO), Balázs Lengyel, Amanda De Pirro (HUN-REN CERS), Birgit Meyer (WIFO)
- 715/2025**    **The EU Services Directive: Untapped Potentials of Trade in Services**  
Michael Pfaffermayr, Yvonne Wolfmayr
- 714/2025**    **Coarsened Bayesian VARs. Correcting BVARs for Incorrect Specification**  
Florian Huber (University of Salzburg), Massimiliano Marcellino (Bocconi University), Tobias Sheckel (WIFO)
- 713/2025**    **The Role of Labor Market Institutions in Shaping Euro Area Monetary Policy Transmission**  
Maximilian Boeck (FAU), Christian Glocker (WIFO)
- 712/2025**    **Time Off to Upgrade Skills: The Labour Market Effects of a Large-Scale Educational Leave Programme**  
Benjamin Bittschi, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Helmut Mahringer, Christine Zulehner

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/>

## Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben

Agnes Kügler, Nicole Schmidt-Padickakudy

- Auch 2025 blieb das Umfeld für die Sachgütererzeugung schwierig und geprägt von schwacher Konjunktur, hoher Unsicherheit und geringen Investitionen.
- Die Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen lagen insgesamt nahe am langjährigen Durchschnitt und entwickelten sich wenig dynamisch.
- Für 2026 planten die Unternehmen wieder verstärkte Investitionen in Produkt- und Dienstleistungsneueinführungen. Die Befragung fand allerdings im Dezember 2025 vor Ausbruch des Iran-Krieges statt.
- Der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte oder Dienstleistungen einführten, erreichte 2025 mit 26,6% den höchsten Wert seit der COVID-19-Krise, blieb aber deutlich unter dem Niveau von 2015/16.
- Die Kreditaufnahmen stiegen 2025 leicht und gehen im längerfristigen Vergleich mit einer höheren Ausgabendynamik für Neueinführungen einher.

### Anteil der Unternehmen mit neuen Produkten und Dienstleistungen



**"2025 erreichte der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte oder Dienstleistungen eingeführt haben, das höchste Niveau seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie (26,6%, +0,7 Prozentpunkte gegenüber 2024)."**

Die Abbildung zeigt den Anteil der Unternehmen, die nach eigenen Angaben neue Produkte oder Dienstleistungen eingeführt haben (Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. 6.194 Beobachtungen).

# Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben

Agnes Kügler, Nicole Schmidt-Padickakudy

## Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben

Das Umfeld für die österreichische Sachgütererzeugung blieb auch 2025 von Konjunkturschwäche, hoher Unsicherheit und verhaltener Investitionsneigung geprägt. Die Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen lagen im Aggregat zwar nahe am langjährigen Durchschnitt, entwickelten sich aber wenig dynamisch. Zugleich planten die befragten Unternehmen für 2026 eine Ausweitung der Innovationsausgaben, was vermehrten Optimismus signalisierte. Der Anteil der Unternehmen mit Produkt- oder Dienstleistungsneueinführungen erreichte mit 26,6% den höchsten Wert seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie, blieb jedoch klar unter dem Niveau von 2016. Die Kreditaufnahmen stiegen 2025 leicht. Im längerfristigen Vergleich gehen sie mit einer höheren Ausgabendynamik für Neueinführungen einher, während der rückläufige Anteil kreditbeschränkter Unternehmen tendenziell eine Vergrößerung der Finanzierungsspielräume anzeigt.

**JEL-Codes:** O31, D22, E32 • **Keywords:** Produktneueinführungen, Konjunkturschwankungen, Konjunkturtest

**Begutachtung:** Werner Hölzl • Abgeschlossen am 16. 2. 2026

**Kontakt:** Agnes Kügler ([agnes.kuegler@wifo.ac.at](mailto:agnes.kuegler@wifo.ac.at)), Nicole Schmidt-Padickakudy ([nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at](mailto:nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at))

## Gradual Increase in Product Launches and Higher Innovation Expenditure

In 2025, the environment for Austrian manufacturing remained characterised by economic weakness, high uncertainty, and a cautious investment climate. Although aggregate spending on new products and services was close to the long-term average, it showed little momentum. At the same time, planned expenditure for 2026 increased significantly, signalling a cautious return to optimism. The proportion of companies launching new products or services rose further to 26,6 percent, reaching its highest level since the outbreak of the COVID-19 pandemic, but remained well below the 2015 level. Borrowing increased slightly in 2025 and, in a longer-term comparison, is accompanied by higher spending momentum for new launches, while the declining proportion of credit-constrained companies tends to signal improved financing scope.

## 1. Einleitung

Die Einführung neuer oder wesentlich verbesserter Produkte und Dienstleistungen ist ein zentraler Mechanismus, über den Unternehmen ihre Wettbewerbsposition absichern und sich an veränderte Marktbedingungen anpassen. Produkt- und Dienstleistungsinnovationen können etwa dazu beitragen, neue Kundensegmente zu erschließen, Qualität und Funktionalität bestehender Angebote zu erhöhen oder ergänzende Servicekomponenten aufzubauen. Gerade für die österreichische Sachgütererzeugung, die stark in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden ist, hängt die Fähigkeit zur kontinuierlichen Erneuerung des Angebotes eng mit wirtschaftlichem Erfolg, Produktivität und Exportleistung zusammen.

Angesichts der Konjunkturschwäche und der erhöhten internationalen Unsicherheit war das Jahr 2025 für viele heimische Industrieunternehmen herausfordernd. Auf wichtigen europäischen Absatzmärkten, insbesondere im industriellen Kernraum, stabilisierte sich die Lage nur zögerlich und der Wettbewerbsdruck in der Sachgütererzeugung

blieb hoch (Scheiblecker, 2026). In solchen Phasen wird die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen für Unternehmen zu einer schwierigen Abwägung: Einerseits steigt die strategische Bedeutung von Differenzierung und Effizienzsteigerung, andererseits erschweren unsichere Absatzperspektiven und volatile Rahmenbedingungen die Planung und Finanzierung von Vorlaufkosten (z. B. für Entwicklung, Produktionsanpassungen, Markteintritt). Die Fachliteratur hebt allerdings hervor, dass unternehmensinternes Wissenskapital, insbesondere Forschung und Entwicklung, im Allgemeinen die Fähigkeit stärkt, auf Veränderungen im Wettbewerbs- und Technologieumfeld zu reagieren, und damit die Krisenfestigkeit der Unternehmen erhöht (Bristow & Healy, 2018; Cefis & Marsili, 2019; Friesenbichler et al., 2020; Gorodnyi, 2025). Innovationsaktivität kann daher gerade in Phasen erhöhter Unsicherheit auch als Anpassungsstrategie verstanden werden, bei der Unternehmen ihre Mittel gezielt auf Vorhaben konzentrieren, die Marktpositionen stabilisieren, Kosten senken oder neue Erlösquellen erschließen (z. B. inkrementelle

Verbesserungen, servicebasierte Ergänzungen). Laut aktuellen Ergebnissen der WIFO-Investitionsbefragung hat allerdings die Investitionsneigung zuletzt deutlich abgenommen, insbesondere in der exportorientierten Sachgütererzeugung (Friesenbichler & Hölzl, 2026). Diese Befunde sind auch für innovationsbezogene Aufwendungen relevant, weil sie die Budgetierung und Projektselektion beeinflussen und damit den Spielraum für Markteinführungen und Entwicklungsaktivitäten mitbestimmen.

Der vorliegende Beitrag präsentiert die Ergebnisse der Sonderbefragung zu Produkt-

und Dienstleistungsneueinführungen im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests. Die aktuelle Erhebung wurde im Dezember 2025 durchgeführt und bezieht sich damit auf das Meldejahr 2025 sowie auf das Planungsjahr 2026. Zur Einordnung werden die Resultate der Vorjahreserhebung (Dezember 2024) sowie die Durchschnittswerte der Jahre 2020 bis 2024 herangezogen. Somit kann die Veränderung der Innovationsaktivität bzw. der Planungen im Lichte der Konjunktüreinschätzungen vom Jahresbeginn 2026 nachvollzogen werden.

## 2. Datengrundlage

Seit 2011 wird der monatliche WIFO-Konjunkturtest einmal jährlich um Fragen zur Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen erweitert<sup>1)</sup>. Die Ergebnisse vermitteln ein erstes Stimmungsbild zum Innovationsverhalten österreichischer Sachgütererzeuger. In der aktuellen Befragungswelle vom Dezember 2025 beantworteten 446 Unternehmen die

Sonderfragen zu den Produktneueinführungen. Bezogen auf die zur Teilnahme am WIFO-Konjunkturtest eingeladenen Industrieunternehmen betrug die Rücklaufquote rund 57%. Die Indikatoren, die den Auswertungen zugrunde liegen, sind im folgenden Textkasten zusammengefasst.

### Verwendete Indikatoren

**Veränderung der Aufwendungen für Produktneueinführungen im Meldejahr im Vergleich zum Vorjahr:** Die Unternehmen melden, ob derartige Aufwendungen getätigt wurden und ob diese gegenüber dem Vorjahr höher, niedriger oder gleich hoch ausgefallen sind. Die Meldungen gehen beschäftigungsgewichtet in die Berechnung des Indikators für die Gesamtwirtschaft ein. Bei einem Indikatorwert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Meldungen der Unternehmen, die eine Ausweitung der Aufwendungen planen, die Meldungen der Unternehmen, die ihre Ausgaben kürzen dürften. Bei einem Indikatorwert von null halten sich positive und negative Meldungen die Waage. Darüber hinaus werden auch die (ungegewichteten) Anteile der Unternehmen, die ihre Ausgaben gesteigert, gleich gehalten bzw. gesenkt haben, nach Größenklassen und Branchen berechnet.

**Geplante Aufwendungen für Produktneueinführungen im Folgejahr im Vergleich zum Meldejahr:** Berechnung analog zum vorigen Indikator.

**Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen:** Anteil aller positiven Meldungen zur Frage, ob im abgelaufenen Jahr neue Produkte oder Dienstleistungen eingeführt wurden, an allen befragten Unternehmen.

**Indikator der künftigen Lagebeurteilung:** Der Indikator setzt sich aus monatlichen Meldungen zur erwarteten Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in den kommenden drei Monaten sowie zur erwarteten Entwicklung der Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten zusammen. Die Meldungen zu diesen Fragen wurden für jedes Unternehmen zuerst über die monatlichen Meldungen der drei Indikatoren saldiert und daraus ein (beschäftigungsgewichteter) Jahresdurchschnitt über alle Meldungen in einem Jahr berechnet.

**Anteil der Unternehmen mit neuen Kreditverträgen im Meldejahr:** Der Anteil wird aus monatlichen Meldungen zu Fragen zur Kreditvergabe berechnet. Die Unternehmen melden, ob sie in den letzten drei Monaten vor der Befragung einen oder mehrere Kreditverträge (z. B. Neukredit, Ausweitung eines bestehenden Kredites oder eines Überziehungsrahmens usw.) mit Banken abgeschlossen haben.

**Anteil der Unternehmen mit Beschränkungen bei Kreditvorhaben:** Die Berechnung basiert auf demselben Fragenkatalog wie der vorherige Indikator. Beschränkungen umfassen sowohl eine Abweichung in der erwarteten Kredithöhe bzw. den Bedingungen als auch ein Nichtzustandekommen eines Kredites aufgrund der Ablehnung durch die Bank. Sollte ein Unternehmen gar nicht erst um einen Kredit angesucht haben, da es keine realistische Chance darauf sah, gilt auch dieser Umstand als Beschränkung.

## 3. Geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen folgen den Konjunkturerwartungen

Für die Sachgütererzeugung blieb das internationale Umfeld auch 2025 herausfordernd. Österreichs exportorientierte Industrie litt besonders unter der Nachfrageschwäche im

Euro-Raum. Zentrale Absatzmärkte – allen voran Deutschland – standen weiter unter Druck (Scheiblecker, 2026). Durch neue handels- und geopolitische Risikofaktoren sind

<sup>1)</sup> Siehe Reinstaller (2019) für eine detaillierte Beschreibung der Teilerhebung zur Einführung neuer Produkte

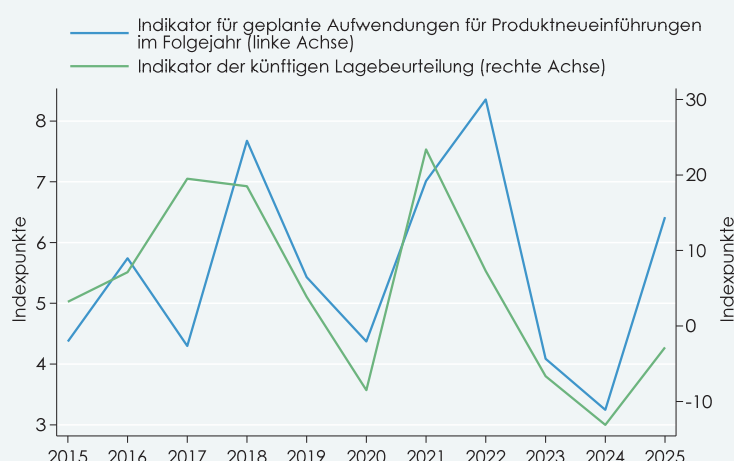
bzw. Hölzl und Schwarz (2014) für eine Beschreibung des WIFO-Konjunkturtests.

insbesondere Investitionen in neue Produkte und Dienstleistungen riskanter geworden. Eine Quelle von Unsicherheit ist laut WIFO-Investitionsbefragung die schwer vorhersehbare Zollpolitik der USA; sie dürfte auch in den kommenden Jahren die Investitionsbereitschaft dämpfen (Friesenbichler & Hölzl, 2026).

Angesichts der Kombination aus schwacher Auslandsnachfrage und erhöhten Risiken setzen Unternehmen vermehrt auf ein vorsichtiges "Sequenzieren" von Ausgaben. Entwicklungs- und Markteinführungskosten werden stärker an kurzfristige Nachfrageindika-

toren gekoppelt oder auf Vorhaben konzentriert, die rasch zur Kostenreduktion, Qualitätssteigerung oder Absicherung von Marktpositionen beitragen (z. B. servicebasierte Erweiterungen, Effizienzverbesserungen in energieintensiven Prozessen oder Diversifizierung von Zulieferbeziehungen). Dass Vorsicht weiterhin handlungsleitend ist, zeigte auch die Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026. Gegenüber dem Herbst war eine leichte Stimmungsaufhellung erkennbar und die unternehmerischen Erwartungen verbesserten sich, insgesamt blieben die Einschätzungen allerdings gedämpft (Hölzl et al., 2026).

Abbildung 1: **Geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen sowie künftige Lagebeurteilung**



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die Stichprobengröße des WIFO-Konjunkturtests liegt bei jährlich rund 1.500 Unternehmen (2025: 1.701), davon beantworteten im Dezember 2025 345 Unternehmen die Frage zu den geplanten Aufwendungen für die Neueinführung von Produkten und Dienstleistungen. Der Indikator für die Veränderung der geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen wurde als beschäftigungsgewichteter Überhang berechnet. Bei einem Wert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die eine Ausweitung der Aufwendungen planen, die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die ihre Ausgaben kürzen dürften. Der Indikator der künftigen Lagebeurteilung zeigt den (beschäftigungsgewichteten) Durchschnitt der unternehmerischen Erwartungen der befragten Unternehmen.

Übersicht 1: **Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr sowie geplante Aufwendungen im Folgejahr**

|                                                                              | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|------------------------------------------------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Indikator der Aufwendungen für Produktneueinführungen im Meldejahr           | 5,7  | 6,6  | 6,2  | 8,5  | 7,0  | 3,8  | 12,5 | 7,2  | 7,7  | 3,8  | 6,8  |
| Indikator der geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen im Folgejahr | 4,4  | 5,7  | 4,3  | 7,7  | 5,4  | 4,4  | 7,0  | 8,4  | 4,1  | 3,2  | 6,4  |

Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die Indikatoren für die Veränderung der getätigten bzw. geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen im Melde- bzw. im Folgejahr wurden als beschäftigungsgewichtete Überhänge berechnet. Bei einem Wert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die ihre Aufwendungen ausweiten wollen bzw. bereits ausgeweitet haben, die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die Ausgabenkürzungen planen bzw. durchgeführt haben.

Vor diesem von Konjunktur und Unsicherheit geprägten Hintergrund sind auch die Zeitreihenbefunde zu den Aufwendungen einzuordnen. In Österreich zeigen die geplanten Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen einen prozyklischen Verlauf

(Abbildung 1): So ging der Einbruch der Konjunkturerwartungen der Unternehmen im Jahr 2020 mit einer restriktiveren Ausgabenplanung einher. Der Aufschwung ab 2021 spiegelte sich wiederum in einer expansiveren Planung, die in den Folgejahren durch

Unsicherheit, Kostenimpulse (u. a. bei Energie) und eine insgesamt fragile internationale Konjunktur gedämpft wurde. In diesem Kontext sind auch die Meldungen zum Planungsjahr 2026 zu interpretieren, die im Vorjahresvergleich weitaus positiver ausfielen als die künftige Lagebeurteilung.

Übersicht 1 unterscheidet zwei Indikatoren der Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen; der erste bezieht sich auf das Meldejahr (Rückblick), der zweite auf das Folgejahr (Planung). Der beschäftigungsgewichtete Indikator zu den vergangenen Aufwendungen stieg nach dem Tiefstand im COVID-19-Krisenjahr 2020 wieder deutlich an. Auch 2022 (7,2 Punkte) und 2023 (7,7 Punkte) blieb er weiter über dem Zehnjahresdurchschnitt, fiel 2024 aber wieder auf das Niveau von 2020 zurück. Für 2025 entspricht der Indikator nahezu dem langfristigen Durchschnittswert (Ø 2015/2024: 6,9 Punkte).

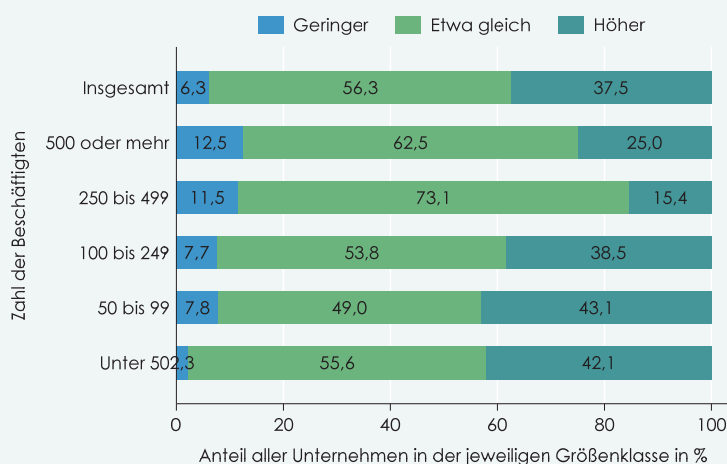
Der zweite beschäftigungsgewichtete Indikator bildet die Planungsunsicherheit der Unternehmen ab und ist entsprechend stark

von der laufenden Konjunktureinschätzung bzw. den Erwartungen geprägt. 2024 erreichte er mit 3,2 Punkten den Tiefstand der letzten 10 Jahre. Eine erhöhte Unsicherheit wirkt sich typischerweise dämpfend auf Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen aus und dürfte auch die Bereitschaft verringern, Vorlaufkosten für Markteinführungen rasch auszuweiten (Glocker & Hölzl, 2022). Laut WIFO-Konjunkturtest vom Jänner 2026 war die Unsicherheit in den meisten Sektoren etwas geringer als im Vorquartal und lag mit 59,4 Punkten nahe am langfristigen Durchschnitt (60,6 Punkte; Hölzl et al., 2026). In Übereinstimmung damit zeugt auch der Indikator für die geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen wieder von einem zunehmenden Optimismus und liegt bei überdurchschnittlichen 6,4 Punkten (Ø 2015/2024: 5,5 Punkte). 2026 wären damit wieder spürbare Zuwächse an Aufwendungen zu erwarten, die sowohl die zaghaft optimistischen Konjunkturerwartungen der Unternehmen als auch die Normalisierung der Unsicherheitseinschätzungen widerspiegeln. Die Befragung fand allerdings vor Ausbruch des Iran-Krieges statt.

**Die Aufwendungen für Produktneueinführungen fielen 2025 durchschnittlich aus.**

**Anfang 2026 fielen die Konjunkturerwartungen noch zuversichtlich aus. Österreichs Unternehmen planen, ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen im Jahresverlauf auszuweiten.**

Abbildung 2: **Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr nach Unternehmensgrößenklassen 2025**



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Die Gesamtzahl unserer Beschäftigten (Arbeiter und Angestellte) in Österreich beträgt rund ...". "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". 2025: 320 Beobachtungen.

Im Rückblick auf 2025 meldeten 37,5% der befragten Unternehmen, ihre Ausgaben für Produktneueinführungen im Vergleich zum Vorjahr erhöht zu haben<sup>2)</sup>. In mittelgroßen und insbesondere in kleinen Unternehmen nahm die Investitionsbereitschaft zu (Abbil-

dung 2): Letztere weiteten ihre Ausgaben deutlich öfter aus (+6,3 Prozentpunkte gegenüber 2024). Auch mittelgroße Unternehmen meldeten etwas häufiger eine Erhöhung ihrer Aufwendungen als im Vorjahr (50 bis 99 Beschäftigte +3,1 Prozentpunkte, 100

<sup>2)</sup> Die Frage erlaubt keinen Rückschluss darauf, ob es sich um nominelle oder reale Ausgabenveränderungen handelt. In Anbetracht der hohen Inflation der

vergangenen Jahre dürfte der ausgewiesene Wert eine Obergrenze für den Anteil der Unternehmen darstellen, die ihre Ausgaben real erhöht haben.

**Die Aufwendungen für Produktneueinführungen blieben 2025 stabil, Zuwächse meldeten vor allem kleinere bis mittelgroße Unternehmen.**

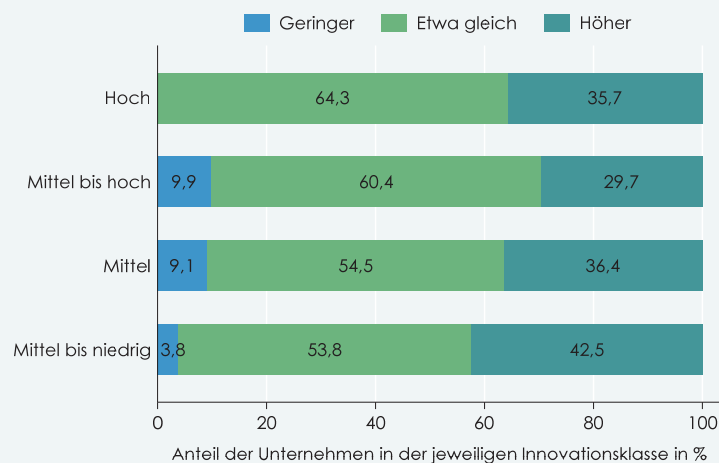
bis 249 Beschäftigte +0,8 Prozentpunkte). Der Anteil der größeren Unternehmen ab 250 Beschäftigten, die im Vergleich zum Vorjahr eine Ausweitung meldeten, sank hingegen bereits zum zweiten Mal in Folge (250 bis 499 Beschäftigte –6 Prozentpunkte, mehr als 500 Beschäftigte –3 Prozentpunkte).

6,3% aller befragten Unternehmen gaben an, ihre Ausgaben für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Jahr 2025 gesenkt zu haben (–2,6 Prozentpunkte gegenüber 2024). Spürbar größer als im Vorjahr war dieser Anteil in Unternehmen ab 500 Be-

schäftigten (+4,5 Prozentpunkte). Aber auch mittelgroße Unternehmen mit 100 bis 249 Mitarbeiter:innen (+2,8 Prozentpunkte) bzw. 50 bis 99 Beschäftigten (+1,1 Prozentpunkt) gaben häufiger an, ihre Ausgaben gekürzt zu haben.

Eine knappe Mehrheit der Unternehmen (insgesamt 56,2%) meldete 2025 ein Gleichbleiben ihrer Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr. Damit blieb der Anteil gegenüber 2024 annähernd konstant. In Unternehmen ab 250 Beschäftigten lag er 2025 sogar bei rund 73%.

**Abbildung 3: Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr nach der Innovationsintensität der Branche**  
2025



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?", "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". 2025: 320 Beobachtungen. 2025 wurde diese Frage von keinem Unternehmen in einer Branche mit "niedriger" Innovationsintensität beantwortet.

In einem nächsten Schritt wurden die befragten Unternehmen gemäß der F&E-Intensität ihrer Branche in fünf Subgruppen eingeteilt (vgl. Galindo-Rueda & Verger, 2016; Abbildung 3). 2025 war der Anteil der Unternehmen, die ihre Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen erhöhten, in Branchen mit niedriger bis mittlerer F&E-In-

tensität (42,5%) am höchsten, gefolgt von Branchen mit mittlerer (36,4%) und hoher F&E-Intensität (35,7%). Am geringsten war er in Bereichen mit mittlerer bis hoher F&E-Intensität (29,7%). Im Gegensatz dazu hatten 2024 am häufigsten Unternehmen mit hoher F&E-Intensität ihre Ausgaben ausgeweitet (38,5%).

#### 4. Unternehmen hielten ihre Aufwendungen 2025 häufig konstant

Abbildung 4 setzt die Veränderung der Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen in den Meldejahren 2024 und 2025 zueinander in Beziehung. Sie berücksichtigt daher nur jene Unternehmen, welche die entsprechenden Fragen in beiden Jahren beantwortet haben. Die farbliche Kennzeichnung erlaubt eine Einordnung, ob Unternehmen ihre Aufwendungen im Jahr 2025 überwiegend stabil gehalten

(grün) oder eher ausgeweitet (türkis) bzw. reduziert (blau) haben. Zudem entspricht die Fläche der Rechtecke in Abbildung 4 den Zellprozenten – je größer der Anteil, desto größer die Rechtecke. So zeigt sich, wie sehr die Ausgabenmuster von der Vorjahresentwicklung geprägt sind, also ob das Ausgabenverhalten in den letzten beiden Jahren eher gleichgeblieben ist oder ob Anpassungen dominieren.

Die Mehrheit der Unternehmen hielt ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen 2025 konstant. 39,2% der Unternehmen ließen ihre Ausgaben sogar bereits zwei Jahre in Folge unverändert. Deutlich weniger froren sie nach einer Erhöhung (18,1%) bzw. Senkung (5,2%) im Jahr 2024 ein.

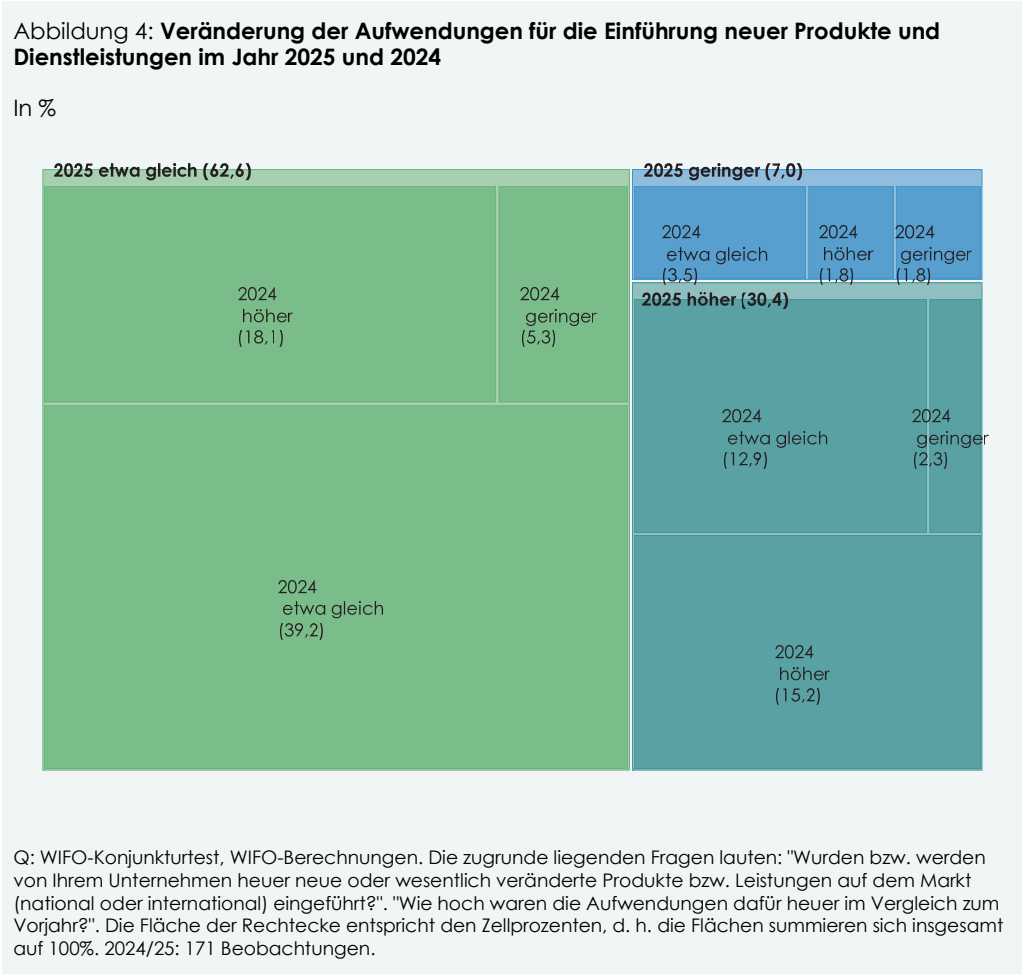
Die zweitgrößte Gruppe sind jene Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2025 erhöhten. Aber nicht einmal jedes 6. Unternehmen (15,2%) steigerte seine Aufwendungen für Produkte und Dienstleistungen bereits zwei Jahre in Folge. 12,9% hielten ihre Ausgaben 2024 konstant und erhöhten diese im Folgejahr, 2,3% hoben sie nach einer Senkung wieder an.

Die Gruppe jener Unternehmen, die ihre Aufwendungen zurückschrauben, ist üblicher-

weise die kleinste. Zweimal in Folge senkten nur 1,8% der befragten Unternehmen ihre Ausgaben für Produktneueinführungen. Ebenso klein ist der Anteil der Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2024 erhöhten und im Folgejahr wieder reduzierten. 3,5% froren sie 2024 ein und senkten sie 2025.

Im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2020/2024 war 2025 der Anteil der Unternehmen, die ihre Aufwendungen für Produktneueinführungen zwei Jahre in Folge einfroren, größer (Ø 2020/2024: 34,3%), der Anteil jener, die ihre Ausgaben zweimal in Folge erhöhten, hingegen merklich kleiner (Ø 2020/2024: 19,9%). Das deutet darauf hin, dass das Ausgabenverhalten der Unternehmen 2025 spürbar vorsichtiger war als in den Jahren zuvor.

Nur 15,2% der befragten Unternehmen steigerten ihre Ausgaben zwei Jahre in Folge, während 39,2% ihre Innovationsausgaben seit zwei Jahren eingefroren haben.



Für 2026 planen insgesamt 37,1% der Unternehmen eine Ausweitung ihrer Aufwendungen für Produktneueinführungen im Vergleich zu 2025, weitere 56,5% wollten sie konstant halten. 6,4% der Unternehmen gaben an, ihre Ausgaben im Jahr 2026 reduzieren zu müssen (Übersicht 2).

Abbildung 5 setzt die für 2026 geplanten Ausgaben und das Ausgabenverhalten im Jahr 2025 zueinander in Beziehung. Je höher

die Anteile in der Hauptdiagonale (links oben nach rechts unten) sind, desto stabiler sind die Verhaltensmuster der Unternehmen über die Zeit. Grundsätzlich erweisen sie sich als beständig, die Hauptdiagonale bildet tendenziell die dominante Strategie der Unternehmen ab. 77,5% der Unternehmen, die ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen 2025 konstant gehalten hatten, planten dies auch für 2026. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zu-

nahme um 3,6 Prozentpunkte (2024: 73,9%). Ebenso beabsichtigten 54,7% der Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2025 erhöht hatten, auch für 2026 eine Anhebung (2024: 52,1%). In der Gruppe der Unternehmen, die ihre Ausgaben 2025 verringern mussten, ist die Persistenz weiterhin am geringsten: 35% gaben an, ihre Aufwendungen 2026 weiter zu reduzieren, deutlich weniger als im Vor-

jahr (2024: 41,7%). Dagegen planten 50% ihr Ausgabeniveau beizubehalten und weitere 15% eine Aufstockung. Umgekehrt beabsichtigten nur 5,1% der Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2025 gesteigert hatten, eine Senkung im Jahr 2026. Solche Werte abseits der Hauptdiagonalen spiegeln geplante Verhaltensänderungen wider.

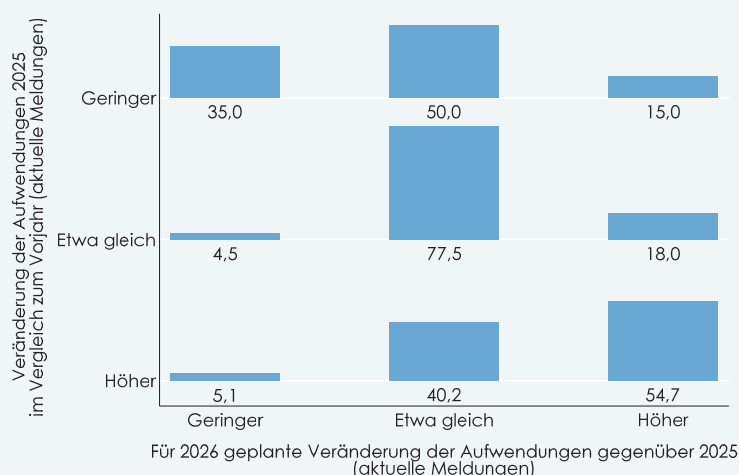
## Übersicht 2: Für 2026 geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen im Vergleich zu 2025

|                           | Unternehmen  |            |
|---------------------------|--------------|------------|
|                           | In %         | Anzahl     |
| <b>Insgesamt</b>          | <b>100,0</b> | <b>315</b> |
| Geringer als 2025         | 6,4          | 20         |
| Etwa gleich hoch wie 2025 | 56,5         | 178        |
| Höher als 2025            | 37,1         | 117        |

Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen.

## Abbildung 5: Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen 2025 und geplante Veränderung 2026

Anteil der Unternehmen in % der Meldungen je Antwortkategorie (zu den Aufwendungen im Meldejahr)



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". "Wie schätzen Sie die Aufwendungen dafür im nächsten Jahr im Vergleich zu heuer ein?". 315 Beobachtungen.

## 5. Anteil der Unternehmen mit Produkt- und Dienstleistungsneueinführungen entwickelt sich zufriedenstellend

Im Jahr 2025 führte gut jedes vierte heimische Industrieunternehmen neue Produkte oder Dienstleistungen ein. Dieser Anteil liegt jedoch deutlich unter dem Niveau von 2016.

Der Anteil der Unternehmen, die im WIFO-Konjunkturtest eine Einführung neuer Produkte oder Dienstleistungen meldeten, sank von 2019 bis 2023 kontinuierlich von 28,5% auf 20,6%, insgesamt also um rund 8 Prozentpunkte (Abbildung 6). In den Folgejahren begann sich der Anteil der innovierenden Unternehmen wieder zu erholen und erreichte 2025 mit 26,6% den höchsten Wert

seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie (+0,7 Prozentpunkte gegenüber 2024). Trotzdem liegt er noch immer deutlich unter dem Niveau von vor zehn Jahren (2016: 34,9%). Die große Mehrheit der Unternehmen (73,4%) gab an, 2025 keine neuen Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt gebracht zu haben.

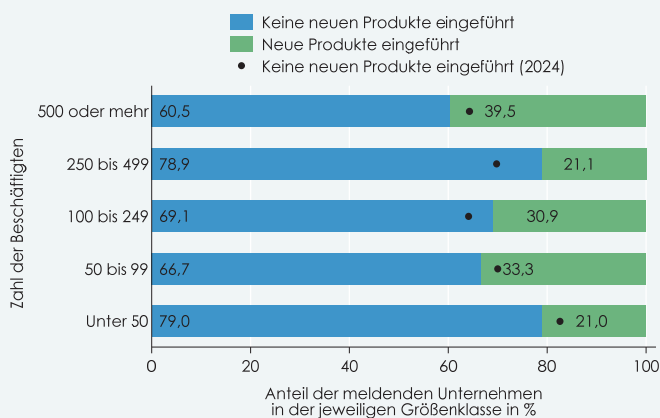
Abbildung 6: Anteil der Unternehmen mit neuen Produkten und Dienstleistungen



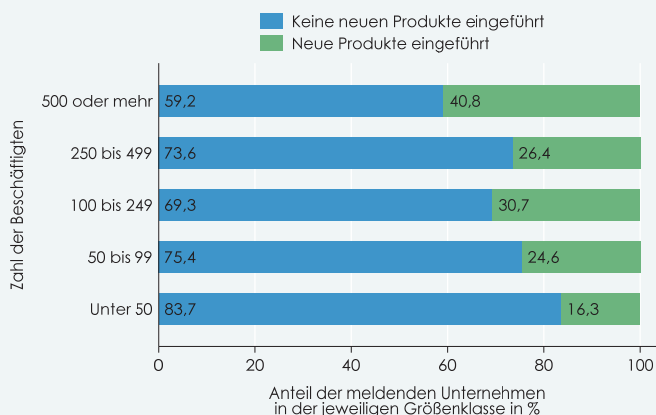
Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegende Frage lautet: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". 6.194 Beobachtungen.

Abbildung 7: Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen im Meldejahr nach Unternehmensgrößenklassen

2025



Ø 2020/2024



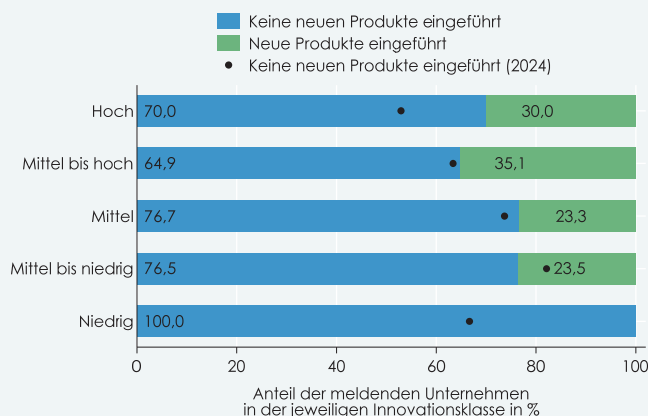
Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegende Frage lautet: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". 2025: 444 Beobachtungen, 2020/2024: 2.121 Beobachtungen.

Abbildung 7 (obere Grafik) zeigt den Anteil der Unternehmen, die im Jahr 2025 neue Produkte oder Dienstleistungen einführten, nach Unternehmensgröße sowie die Veränderung zum Vorjahr. Die untere Grafik ermöglicht einen Vergleich mit dem Fünfjahresdurchschnitt 2020/2024. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich 2025 der Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen in drei von fünf Gruppen, wenn auch nur

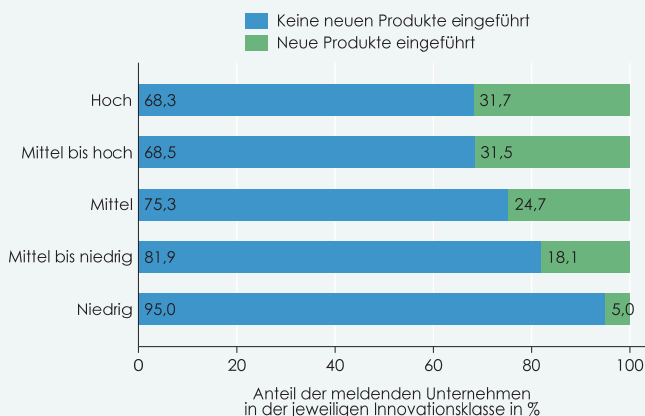
geringfügig. Mit rund 4 Prozentpunkten fiel die Steigerung in Großunternehmen ab 500 Beschäftigten am stärksten und in Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten (rund +3 Prozentpunkte) am schwächsten aus. In Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten verringerte sich der Anteil um 9,1 Prozentpunkte, in jenen mit 100 bis 249 Beschäftigten um 5 Prozentpunkte.

Abbildung 8: Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen nach Innovationsintensität der Branche

2025



Ø 2020/2024



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegende Frage lautet: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". 2025: 444 Beobachtungen, 2020/2024: 2.121 Beobachtungen.

**Der Zuwachs an Produktneueinführungen wurde 2025 vor allem von KMU und Unternehmen in Branchen mit mittlerer bis niedriger Innovationsintensität getragen.**

Im Vergleich mit den Durchschnittswerten 2020/2024 war im Jahr 2025 der Anteil innovierender Unternehmen in den unteren Größenklassen deutlich höher (unter 50 Beschäftigte: 21%, Ø 2020/2024: 16,3%, 50 bis 99 Beschäftigte: 33,3% versus 24,6%). In den übrigen Größenklassen war er im Jahr 2025 hingegen (geringfügig) niedriger als in den fünf Jahren davor. Insbesondere Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten kamen mit 21,1% nicht an den Fünfjahresdurchschnitt von 26,4% heran.

Nach der Innovationsintensität der Branche (Abbildung 8) waren Unternehmen im Jahr 2025 in fast allen Branchengruppen zurückhaltender bei der Einführung von neuen Produkten als im Vorjahr. Höher und zugleich höher als im Fünfjahresdurchschnitt war der Anteil ausschließlich in Unternehmen mit mittlerer bis niedriger Innovationsintensität (+5,6 Prozentpunkte gegenüber 2024). In hoch innovationsintensiven Branchen lag er mit 30% zwar deutlich unter dem des Vorjahres, aber dennoch nahe am Durchschnitt der letzten fünf Jahre (31,5%).

## 6. Kreditaufnahmen 2025 wieder etwas häufiger, einhergehend mit höherer Ausgabendynamik

Seit Beginn der multiplen Krisen ab 2020 konnte ein kräftiger Rückgang der abgeschlossenen Kreditverträge beobachtet werden. 2025 schlossen insgesamt 27,7% der befragten Unternehmen einen oder mehrere Kreditverträge mit einer Bank ab. Damit stieg der Anteil im Vorjahresvergleich etwas an (+2,3 Prozentpunkte) und entsprach nahezu dem Fünfjahresdurchschnitt ( $\bar{x}$  2020/2024: 27,6%).

Die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen erfordert einerseits zusätzliche Mittel (z. B. für Entwicklung, Umstellungen und Markteinführung), andererseits aber auch Zeit für Planung und Umsetzung. Ein Zusammenhang zwischen Finanzierung und Ausgabenverhalten zeigt sich daher am ehesten mit einem zeitlichen Vorlauf. Betrachtet man die Kreditabschlüsse im Vorjahr (2024) und die tatsächlichen Aufwendungen im Meldejahr 2025, weisen Unternehmen mit einem Kreditneuabschluss deutlich häufiger Ausgabensteigerungen (37,5%) aus als Unternehmen ohne Kreditneuabschluss (31,2%). Umgekehrt ist der Anteil der Unternehmen mit unveränderten Aufwendungen in der Teilmenge ohne Kreditneuabschluss höher (60,4% gegenüber 50%). Insgesamt spricht dieses Muster für eine lebhaftere Ausgabendynamik in Unternehmen mit Kreditaufnahme<sup>3)</sup>.

Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich bei den geplanten Aufwendungen für 2026 und den Kreditabschlüssen im Jahr 2025: Unternehmen mit Kreditneuabschluss planen häufiger eine Ausweitung ihrer Aufwendungen (42,4% gegenüber 32,5%) – und zugleich etwas häufiger eine Reduktion (3,5% gegenüber 2,6%) –, während Unternehmen ohne Kreditneuabschluss eher ein konstantes Ausgabenniveau angeben (64,9% gegenüber 55,2%)<sup>4)</sup>.

Ein Konnex zwischen der Kreditaufnahme und der Einführung neuer Produkte bzw. Dienstleistungen ist insbesondere in der längerfristigen Betrachtung erkennbar. Im Fünfjahreszeitraum (2020 bis 2024) meldeten Unternehmen mit neuen Kreditverträgen häufiger Neueinführungen als Unternehmen ohne Kreditabschluss: In der Gruppe mit Kreditabschluss lag der Anteil der innovierenden Unternehmen bei 26,2%, in der Gruppe ohne Kreditabschluss bei 20,3%. Der Unterschied ist statistisch signifikant (Pearson- $\chi^2$ -

Test:  $p = 0,025$ ). Für das Meldejahr 2025 ist das Muster zwar ebenfalls erkennbar (mit Kreditneuabschluss 32,8%, ohne Kreditneuabschluss 25,0%), jedoch nicht statistisch signifikant ( $p = 0,228$ ). Nichtsdestotrotz gehen Kreditneuaufnahmen im längerfristigen Vergleich mit einer höheren Wahrscheinlichkeit von Produktneueinführungen einher.

Der Anteil der Unternehmen, die bei Kreditvorhaben mit Beschränkungen konfrontiert waren, sank 2025 etwas im Vergleich zum Vorjahr. Diese Beschränkungen können vielfältig sein: So können etwa die Höhe des Kredites geringer oder die Kreditbedingungen ungünstiger ausfallen als erwartet. Als Beschränkungen gelten auch eine Ablehnung des Kreditantrages durch die Banken oder der Fall, dass Unternehmen gar nicht erst einen Kredit beantragen, da sie ihre Erfolgchancen als zu gering einschätzen.

Jedes fünfte Unternehmen (20,3%) meldete, 2025 mit solchen Beschränkungen konfrontiert gewesen zu sein. Bei den übrigen 79,7% fielen die Höhe und die Bedingungen des Kredites entweder wie erwartet aus, oder die Unternehmen hatten 2025 keinen Bedarf an neuen Krediten. Unternehmen ohne Kreditbeschränkungen in der Vorperiode führten 2025 etwas häufiger neue Produkte oder Dienstleistungen ein als Unternehmen, die 2024 mit Kreditbeschränkungen konfrontiert waren (28,5% gegenüber 20,9%)<sup>5)</sup>.

Der Anteil der Unternehmen mit Kreditbeschränkung fällt deutlich geringer aus, wenn man ihn beschäftigungsgewichtet berechnet. Das lässt darauf schließen, dass insbesondere kleinere Unternehmen mit weniger Beschäftigten von Kreditbeschränkungen betroffen sind. Abbildung 9 stellt die Veränderung der geplanten Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen den gemeldeten Kreditbeschränkungen gegenüber. Die beiden Indikatoren entwickeln sich üblicherweise gegenläufig. In Jahren, in denen viele Unternehmen mit Kreditbeschränkungen konfrontiert sind, sinkt der Anteil derer, die beabsichtigten, ihre Aufwendungen für Produktneueinführungen im Folgejahr zu erhöhen, und umgekehrt. Auch zuletzt spiegelte sich der Rückgang der (beschäftigungsgewichteten) Kreditbeschränkungen im Jahr 2025 in einer erhöhten Ausgabenbereitschaft für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Jahr 2026.

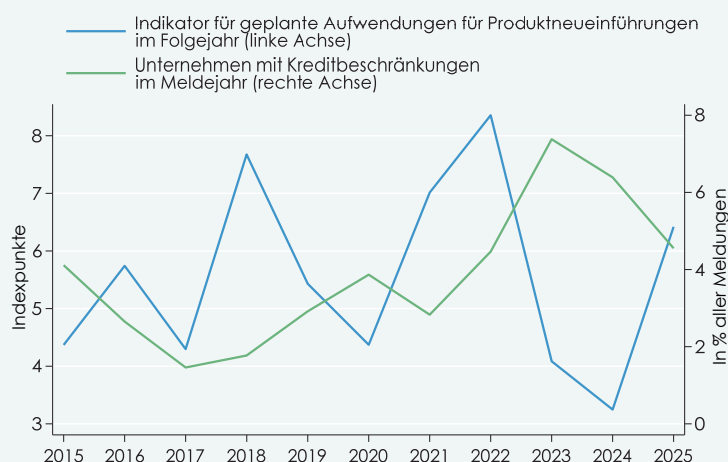
**Unternehmen mit Kreditabschlüssen führten tendenziell häufiger neue Produkte und Dienstleistungen in den Markt ein.**

<sup>3)</sup> Der Zusammenhang war im Jahr 2025 allerdings nicht statistisch signifikant. In der Stichprobe der Jahre 2020/2024 war er noch deutlich ausgeprägter und signifikant (Pearson- $\chi^2$ -Test:  $p = 0,000$ ). Damit ist der Befund zwar in der Gesamtschau der letzten Jahre sichtbar, für die aktuelle Befragungswelle sollte er aber vorsichtig interpretiert werden.

<sup>4)</sup> Auch hier ist der Zusammenhang in der Fünfjahresstichprobe statistisch signifikant. Für das Jahr 2025 allein sind die Unterschiede zwischen Unternehmen mit und ohne Kreditabschluss hinsichtlich der Planungen für 2026 dagegen klein und ein Pearson- $\chi^2$ -Test nicht statistisch signifikant.

<sup>5)</sup> Der Zusammenhang ist für 2025 allerdings nicht statistisch signifikant (Pearson- $\chi^2$ -Test:  $p = 0,318$ ).

Abbildung 9: Kreditbeschränkungen und geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die Stichprobengröße des WIFO-Konjunkturtests liegt bei jährlich über 1.500 Unternehmen (2025: 1.701). Davon beantworteten im Dezember 2025 345 Unternehmen die Frage zu geplanten Aufwendungen für die Neueinführung von Produkten und Dienstleistungen und 516 Unternehmen die Fragen zur Kreditvergabe. Der Indikator für die Veränderung der geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen wurde als beschäftigungsgewichteter Überhang berechnet. Bei einem Wert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die eine Ausweitung der Aufwendungen planen, die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die ihre Ausgaben kürzen dürften. Der (beschäftigungsgewichtete) Anteil der Unternehmen, die mindestens einmal im jeweiligen Meldejahr mit Kreditbeschränkungen konfrontiert waren, umfasst etwaige Beschränkungen betreffend der Höhe, der Laufzeit und die Konditionen der Kredite, wie auch die gänzliche Ablehnung eines Kredites durch die Bank.

## 7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Im **Jahr 2025** blieb das Umfeld für die Sachgütererzeugung herausfordernd. Konjunkturschwäche und Wettbewerbsdruck hielten an, während sich wichtige europäische Absatzmärkte nur zögerlich stabilisierten. Zudem dämpften die hohe Unsicherheit sowie ein ungünstiges Kosten- und Finanzierungsumfeld die Investitionsneigung. Die Auswertung der Sonderfragen zur Neueinführung von Produkten und Dienstleistungen im **WIFO-Konjunkturtest** spiegelt diese Herausforderungen wider. Die **Aufwendungen** für Produkt- und Dienstleistungsneueinführungen lagen 2025 **nahe am langfristigen Durchschnitt** (6,8 Punkte, Ø 2015/2024: 6,9 Punkte). Gleichzeitig dominierte eine Strategie der Zurückhaltung: mehr als die Hälfte der Unternehmen hielt die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr konstant (56,2%). Die **Planungen für 2026** fielen dagegen wieder deutlich expansiver aus (6,4 Punkte, Ø 2015/2024: 5,5 Punkte), 37,1%

der befragten Unternehmen planen eine Ausweitung und 56,5% ein gleichbleibendes Ausgabenniveau.

Der Anteil der Unternehmen mit **Produkt- oder Dienstleistungsneueinführungen** erholte sich 2025 weiter und stieg auf **26,6%**, blieb aber weit unter dem Niveau von 2016 (34,9%). Der Anteil der Unternehmen mit Kreditneuverträgen nahm leicht zu (27,7%). Dies signalisiert eine vorsichtige Ausweitung der künftigen Innovationsausgaben, zumal Unternehmen mit Kreditneuabschlüssen im Langfristvergleich häufiger neue Produkte oder Dienstleistungen einführen. Inwiefern die geplanten Investitionen tatsächlich umgesetzt werden, hängt aber entscheidend von der konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Entwicklung im Jahr 2026 ab. Neue Risiken wie der Iran-Krieg sind in den hier präsentierten Befragungsergebnissen vom Dezember 2025 noch nicht berücksichtigt.

## 8. Literaturhinweise

- Bristow, G., & Healy, A. (2018). Innovation and regional economic resilience: An exploratory analysis. *The annals of regional science*, 60(2), 265-284.
- Cefis, E., & Marsili, O. (2019). Good times, bad times: Innovation and survival over the business cycle. *Industrial and Corporate Change*, 28(3), 565-587.
- Friesenbichler, K., & Hölzl, W. (2026). Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 99(1), 27-35. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66502810>.

- Friesenbichler, K. S., Janger, J., Kügler, A., & Reinstaller, A. (2020). Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Forschungs- und Innovationsaktivität. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4150114>.
- Galindo-Rueda, F., & Verger, F. (2016). OECD Taxonomy of Economic Activities Based on R&D Intensity. *OECD Science, Technology and Industry Working Papers*, (2016/04). <https://doi.org/10.1787/5jlv73sqap8r-en>.
- Glocker, C., & Hölzl, W. (2022). A direct measure of subjective business uncertainty. *German Economic Review*, 23(1), 121-155.
- Gorodnyi, N. A. (2025). The Role of Innovations in the Resilience of Russian Companies in Global Value Chains. *Journal of Applied Economic Research*, 24(3), 990-1022.
- Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2026). Verhaltene Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026. *WIFO-Konjunkturtest*, (1). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66377096>.
- Hölzl, W., & Schwarz, G. (2014). Der WIFO-Konjunkturtest: Methodik und Prognoseeigenschaften. *WIFO-Monatsberichte*, 87(12), 835-850. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4096384>.
- Reinstaller, A. (2019). Produkteinführungen österreichischer Unternehmen und Konjunkturschwankungen. *WIFO-Monatsberichte*, 92(3), 173-182. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4141312>.
- Scheiblecker, M. (2026). Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 99(1), 17-26. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66502882>.

# Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Oberösterreich

## Eine sekundärstatistische Bestandsaufnahme

Peter Huber



In dieser Studie wird auf Basis umfangreicher Sekundärdaten die Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandortes Oberösterreich im Vergleich zu anderen hochentwickelten, sachgüterorientierten Regionen Europas untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass Oberösterreich bei zentralen Indikatoren wie Bruttoregionalprodukt, Arbeitsproduktivität und F&E-Aktivitäten weiterhin eine Spitzenposition einnimmt, während strukturelle Herausforderungen etwa bei Gründungsdynamik, Exportdiversifizierung und der Einbindung öffentlicher Forschung bestehen bleiben.

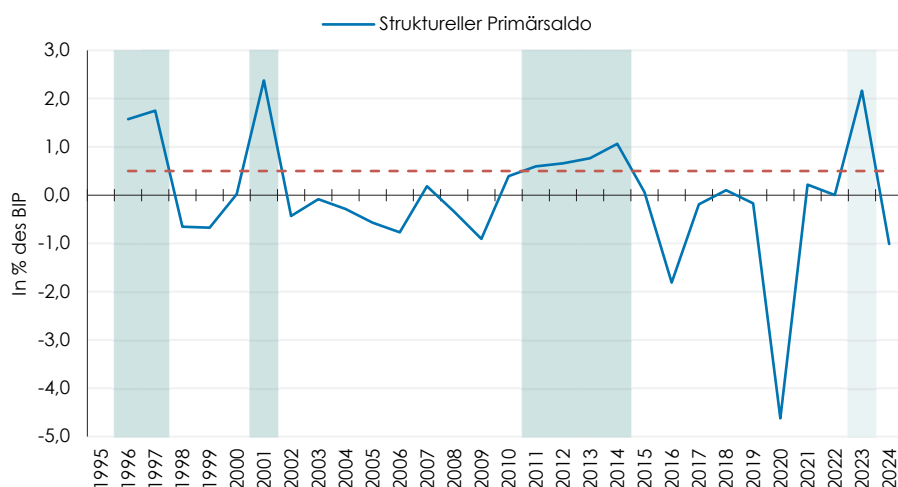
Im Auftrag der IO Innovation Orbit e.U. • Juli 2025 • 33 Seiten • Kostenloser Download:  
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60746618>

# Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat

Hans Pitlik

- Eine erfolgreiche gesamtsstaatliche Budgetkonsolidierung erfordert das strategische Zusammenwirken aller gebietskörperschaftlichen Ebenen.
- Budgetpolitische Konsolidierungsstrategien von Bund, Ländern und Gemeinden werden durch Einnahmen- und Ausgabenkompetenzen in der Finanzverfassung geprägt.
- Die Handlungsoptionen der Länder und Gemeinden für eine einnahmenbasierte Konsolidierung sind aufgrund ihrer geringen Abgabenautonomie sehr begrenzt.
- In früheren Konsolidierungsphasen setzte der Bund tendenziell auf die Einnahmenseite, die Länder und Gemeinden dagegen eher auf ausgabenseitige Maßnahmen, vor allem eine Kürzung von Investitionen.
- Die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen hängt an grundlegenden Strukturreformen.

## Entwicklung des strukturellen Primärsaldos



**"In den Budgetkonsolidierungsphasen seit 1995 überwogen auf Ebene der Länder und Gemeinden ausgabenseitige Maßnahmen. Betroffen waren besonders die öffentlichen Investitionen."**

Definiert man Budgetkonsolidierung als Verbesserung des strukturellen Primärsaldos um mindestens 0,5% des BIP gegenüber dem Vorjahr, können 1996/97, 2001, 2011 bis 2014 sowie 2023 als "Konsolidierungsjahre" gelten (Q: Statistik Austria; Bundesministerium für Finanzen, 2025).

# Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat

Hans Pitlik

## Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat

Österreichs öffentliche Haushalte stehen unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Eine erfolgreiche Budgetsanierung im Bundesstaat erfordert das strategische Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen. Die Aufteilung von Aufgaben und Ausgaben sowie die Zuordnung von Einnahmenkompetenzen bestimmen maßgeblich, über welche Handlungsspielräume Bund, Länder und Gemeinden bei der Budgetkonsolidierung verfügen. Eine statistische Analyse vergangener Konsolidierungsperioden zeigt einen tendenziell einkommenbasierten Schwerpunkt auf Bundesebene, während die subnationalen Gebietskörperschaften vorrangig auf ausgabenorientierte Maßnahmen setzten.

## Fiscal Consolidation in Austria's Federal System

Austria's public finances are currently under substantial consolidation pressure. In a federal system, successful fiscal adjustment requires strategic cooperation between all levels of government. The allocation of responsibilities for functions and expenditures, as well as the distribution of revenue-raising competences, critically determine the scope for fiscal consolidation available to the federal, state, and local levels. An empirical analysis of consolidation episodes in Austria since 1995 suggests that fiscal adjustment has tended to be revenue-based at the federal level, while subnational governments have primarily relied on expenditure-based measures.

**JEL-Codes:** H12, H70 • **Keywords:** Öffentliche Haushalte, Österreich, Budgetkonsolidierung

**Begutachtung:** Simon Loretz • **Wissenschaftliche Assistenz:** Stephan Schreml ([stephan.schreml@wifo.ac.at](mailto:stephan.schreml@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 19. 3. 2026

**Kontakt:** Hans Pitlik ([hans.pitlik@wifo.ac.at](mailto:hans.pitlik@wifo.ac.at))

## 1. Problemstellung

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zählt zu den drängendsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen in Österreich. Wiederholte Krisen – von der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und der folgenden Staatsschuldenkrise über die COVID-19-Pandemie bis hin zur Energiepreis- und Inflationskrise – ließen die Staatsverschuldung deutlich ansteigen. 2024 belief sie sich mit 394,8 Mrd. € bereits auf 79,9% der Wirtschaftsleistung. Im Jahr 2007 vor Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hatte sie noch 65,8% des BIP betragen.

Der Staatshaushalt besteht aus den vier institutionell verflochtenen Teilsektoren des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherung, deren fiskalische Entscheidungen einander wechselseitig beeinflussen. Die Schulden sind asymmetrisch verteilt: Auf die Bundesebene entfielen zum Jahresende 2024 86,5% der Gesamtschuld, auf Länder und Gemeinden 13,2% und auf die Sozialversicherung lediglich 0,3%. Die Defizite aller staatlichen Teilsektoren summierten sich 2024 auf 23,1 Mrd. €. Damit wurden die Vorgaben des neuen EU-Fiskalregelwerkes (Grossmann, 2024), das Referenzwerte für die Höhe und Entwicklung der öf-

fentlichen Schulden und des Budgetdefizites festlegt, deutlich verfehlt. Im Sommer 2025 eröffnete der ECOFIN-Rat erwartungsgemäß ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizites (ÜD-Verfahren)<sup>1)</sup>, das Österreich zu einem strengen Konsolidierungskurs verpflichtet. Im ÜD-Verfahren gilt die Einhaltung eines Nettoausgabenpfades, zumindest aber die Verringerung des strukturellen Primärdefizits um wenigstens 0,5% des BIP pro Jahr, als ausreichende Budgetanpassung.

Vor dem Hintergrund der prekären Haushaltslage hat die österreichische Bundesregierung im Mai 2025 ein Budgetsanierungspaket verabschiedet, das für 2025 – unter Anrechnung von Offensivmaßnahmen des Bundes – eine gesamtstaatliche Nettokonsolidierung von 6,4 Mrd. € vorsah (Bundesministerium für Finanzen, 2025a). Auf den Bund sollten 5,3 Mrd. € entfallen. Der Landes- und der Gemeindesektor sollten zusammen 0,2 Mrd. € beitrugen, die einerseits aus Mehreinnahmen durch Erhöhungen gemeinschaftlicher Bundesabgaben sowie andererseits aus nicht spezifizierten ausgabenbasierten Maßnahmen fließen sollten. Vom Sozialversicherungssektor wurde ein Konsolidierungsbeitrag von 0,9 Mrd. € erwartet.

<sup>1)</sup> Seit 1995 gab es insgesamt drei solche Verfahren gegen Österreich. So wurde ein ÜD-Verfahren 1995/96

und in den Jahren 2009 bis 2014 nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 vollzogen.

Budgetkonsolidierung ist keine ausschließliche Bundesaufgabe. Politisch steht der Bund den europäischen Institutionen gegenüber in der Pflicht, kann das gesamtstaatliche Defizit aber nur verringern, wenn die anderen Teilspektoren in die Sanierung eingebunden sind. Für den Erfolg einer gesamtstaatlichen Konsolidierungsstrategie ist daher die Koordination der politischen Ebenen von entscheidender Bedeutung. Gleichzeitig erzeugt die Architektur des Föderalismus politökonomische Anreizprobleme. Die Finanzverfassung

ist in Österreich durch eine starke Zentralisierung der Steuerkompetenzen, ein ausgeprägtes Verbundsystem gemeinschaftlicher Bundesabgaben sowie komplexe Aufgaben- und Ausgabenverflechtungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gekennzeichnet. Die institutionellen Arrangements beeinflussen maßgeblich die Möglichkeiten und Anreize der einzelnen staatlichen Ebenen, zu einer gesamtstaatlichen Budgetsanierung beizutragen.

**Konsolidierung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die das strategische Zusammenwirken aller gebietskörperschaftlichen Ebenen erfordert.**

## 2. Politische Ökonomik der Budgetkonsolidierung in föderalen Systemen

Unter Budgetkonsolidierung versteht man die Gesamtheit staatlicher Maßnahmen, die darauf abzielen und geeignet sind, das öffentliche Defizit abzubauen, eine drohende Neuverschuldung abzuwenden und bzw. oder die Staatschuld zu reduzieren. Es wird zwischen einnahmen- und ausgabenbasierter Konsolidierung unterschieden, je nachdem, wo der Schwerpunkt der Maßnahmen liegt (z. B. Alesina et al., 2019). Während erstere auf Steuererhöhungen oder die Ausweitung der Einnahmenbasis setzt, zielt letztere primär auf Ausgabenkürzungen oder Strukturformen ab, die die Dynamik der Ausgabenentwicklung einbremsen. Aus politökonomischer Perspektive ist die Frage, ob fiskalische Konsolidierungen die Popularität und Wiederwahlchancen von Regierungen signifikant verringern, noch nicht abschließend geklärt (Buti et al., 2009; Jacques & Haffert, 2021).

Wie zahlreiche Analysen zeigen, sind ausgabenbasierte Konsolidierungen im Durchschnitt nachhaltiger, wenngleich die neuere Evidenz mit Blick auf die makroökonomischen Auswirkungen eher gemischt ausfällt. Neben makroökonomischen Faktoren wie dem konjunkturellen Umfeld oder dem Zinsniveau beeinflussen Institutionen und Governance-Strukturen den Erfolg von Konsolidierungsstrategien (Balasundharam et al., 2023; Molnár, 2012).

In föderalen Staaten treten spezielle Koordinationsprobleme auf. Mehrere politische Ebenen verfügen über eigene Budgetkompetenzen, während fiskalische Entscheidungen häufig Spillover-Effekte auf andere Ebenen erzeugen. Entsprechend bestimmen die (autonomen oder verflochtenen) Entscheidungskompetenzen der politischen Akteure auf den gebietskörperschaftlichen Ebenen wesentlich die Möglichkeiten und Anreize, zur Budgetkonsolidierung beizutragen. Daraus ergeben sich verschiedene politökonomische Herausforderungen: Erstens können Konsolidierungsanstrengungen einzelner Gebietskörperschaften durch gegenläufiges Verhalten anderer Ebenen konterkariert werden. Zweitens können Maßnahmen einer politischen Ebene Einnahmen- oder Ausgabenpositionen anderer Ebenen beeinflussen (vertikale fiskalische Externalitäten). Und

drittens können einzelne Ebenen versuchen, Konsolidierungslasten auf andere Ebenen abzuwälzen (strategisches Verhalten).

Föderale Systeme haben sowohl Vorteile als auch Nachteile für die fiskalische Disziplin. Einerseits wirken intergovernmentaler Wettbewerb und Dezentralisierung potenziell disziplinierend. Andererseits können komplexe Verflechtungen zu politischen Blockaden führen, insbesondere dann, wenn Zuständigkeiten und Finanzierung nicht kongruent sind und politische Verantwortlichkeiten verschwimmen. Dementsprechend dominieren fiskalische Eigeninteressen der gebietskörperschaftlichen Ebenen oft den politischen Diskurs über Budgetsanierungsstrategien und die Lastenverteilung.

Ein wiederkehrendes Thema der politökonomischen Forschung ist die Rolle von Vetospielen und institutionellen Entscheidungsregeln. Je größer die Zahl der politischen Akteure ist, die an fiskalpolitischen Entscheidungen beteiligt sind, desto schwieriger kann die Umsetzung umfassender Konsolidierungsprogramme werden. Die Literatur thematisiert in diesem Zusammenhang seit langem Fiskaldisziplin und Erfolgchancen einer Konsolidierung in föderalen Staaten (z. B. Blöchliger, 2013; Braun, 2017; Pitlik, 2011). Gemäß der gängigen Vorstellung begünstigt die in föderalen Systemen größere Zahl von politischen Akteuren und Politikverflechtungen Entscheidungsblockaden (Tsebelis, 1995), weshalb eine gesamtstaatliche Budgetsanierung politisch schwerer umsetzbar sei als in unitarischen Systemen (Braun, 2017; Pitlik, 2011). Vor allem seien die Budgetbeschränkungen der nachgeordneten Einheiten (Länder, Gemeinden) aufgrund einer grundsätzlichen Solidarhaftungsvermutung weniger bindend und deren Konsolidierungsanstrengungen daher geringer. Hinzu kommt, dass unpopuläre Maßnahmen zwischen politischen Ebenen verschoben werden können. Regierungen können versuchen, fiskalische Anpassungen durch Transferkürzungen oder Aufgabenverlagerungen auf andere Ebenen abzuwälzen (Vis, 2016).

Vergleichende Studien zeigen, dass die Fiskaldisziplin mit der Abgabenaufonomie der subzentralen Einheiten zunimmt (z. B.

**Unterschiedliche institutionelle Ausprägungen des Föderalismus beeinflussen die budgetpolitischen Handlungsspielräume und -strategien der politischen Akteure.**

Asatryan et al., 2015; Foremny, 2014; Fornasari et al., 2000; Schaltegger & Feld, 2009). Glaubwürdig sanktionierte Fiskalregeln können zur Haushaltsdisziplin beitragen und die Konsolidierungspolitik auf allen politischen Ebenen unterstützen (Caselli & Reynaud, 2020; Debrun & Jonung, 2019;

Dovis & Kirpalani, 2020). Nachhaltige Sanierungsprogramme sind Ergebnis einer Kombination aus bindenden Fiskalregeln, glaubwürdigen Verpflichtungen und transparenter Politik (Aaskoven & Wiese, 2022; Brändle & Elsener, 2024).

### 3. Institutioneller Rahmen der Budgetkonsolidierung in Österreich

#### 3.1 Österreichischer Stabilitätspakt und Budgetpfad

Der Österreichische Stabilitätspakt (ÖStP) regelt die Haushaltskoordinierung im föderalen System und wurde eingeführt, um die EU-Vorgaben zur Haushaltsdisziplin der Mitgliedsländer auf der innerstaatlichen Ebene von Bund, Ländern und Gemeinden umzusetzen. Seit seiner Einführung im Jahr 1999

wurde der ÖStP mehrfach überarbeitet. Von spezieller Bedeutung war die im ÖStP 2012 erfolgte Umsetzung des EU-Fiskalpaktes in nationales Recht, die Bestimmungen zur Schulden- und Ausgabenbremse sowie eine Regelung über die Rückführung der Staatsverschuldung enthielt. Trotz der vereinbarten Mechanismen wurden die budgetären Zielsetzungen deutlich verfehlt.

Übersicht 1: Entwicklung des Finanzierungs- und Primärsaldos des Gesamtstaates und der Teilsektoren

|      | Budgetsaldo  |                             |                      | Primärsaldo |                             |                      |
|------|--------------|-----------------------------|----------------------|-------------|-----------------------------|----------------------|
|      | Gesamtstaat  | Bund und Sozialversicherung | Länder und Gemeinden | Gesamtstaat | Bund und Sozialversicherung | Länder und Gemeinden |
|      | In % des BIP |                             |                      |             |                             |                      |
| 1995 | - 6,2        | - 5,5                       | - 0,6                | - 2,2       | - 1,8                       | - 0,4                |
| 1996 | - 4,6        | - 4,5                       | 0,0                  | - 0,6       | - 0,8                       | 0,2                  |
| 1997 | - 2,6        | - 3,1                       | 0,5                  | 1,0         | 0,4                         | 0,6                  |
| 1998 | - 2,8        | - 2,9                       | 0,2                  | 0,8         | 0,5                         | 0,4                  |
| 1999 | - 2,6        | - 2,6                       | - 0,1                | 0,8         | 0,7                         | 0,1                  |
| 2000 | - 2,4        | - 2,2                       | - 0,2                | 1,2         | 1,1                         | 0,0                  |
| 2001 | - 0,7        | - 0,9                       | 0,2                  | 2,9         | 2,5                         | 0,5                  |
| 2002 | - 1,4        | - 1,3                       | - 0,1                | 2,1         | 1,9                         | 0,2                  |
| 2003 | - 1,8        | - 1,8                       | - 0,1                | 1,4         | 1,3                         | 0,1                  |
| 2004 | - 4,9        | - 4,7                       | - 0,2                | - 1,9       | - 1,8                       | - 0,1                |
| 2005 | - 2,6        | - 2,5                       | - 0,1                | 0,7         | 0,6                         | 0,1                  |
| 2006 | - 2,6        | - 2,2                       | - 0,4                | 0,6         | 0,8                         | - 0,2                |
| 2007 | - 1,4        | - 1,2                       | - 0,2                | 1,8         | 1,8                         | 0,1                  |
| 2008 | - 1,6        | - 1,3                       | - 0,3                | 1,4         | 1,4                         | 0,0                  |
| 2009 | - 5,4        | - 4,2                       | - 1,2                | - 2,2       | - 1,2                       | - 0,9                |
| 2010 | - 4,5        | - 3,1                       | - 1,3                | - 1,5       | - 0,4                       | - 1,1                |
| 2011 | - 2,5        | - 2,0                       | - 0,5                | 0,4         | 0,7                         | - 0,2                |
| 2012 | - 2,2        | - 2,0                       | - 0,2                | 0,6         | 0,6                         | 0,0                  |
| 2013 | - 2,0        | - 1,9                       | - 0,1                | 0,7         | 0,6                         | 0,1                  |
| 2014 | - 1,9        | - 1,9                       | 0,0                  | 0,5         | 0,4                         | 0,2                  |
| 2015 | - 0,5        | - 0,6                       | 0,1                  | 1,9         | 1,6                         | 0,3                  |
| 2016 | - 1,5        | - 1,0                       | - 0,4                | 0,6         | 0,9                         | - 0,3                |
| 2017 | - 0,8        | - 0,8                       | 0,0                  | 1,1         | 1,0                         | 0,1                  |
| 2018 | 0,2          | 0,0                         | 0,2                  | 1,8         | 1,6                         | 0,3                  |
| 2019 | 0,5          | 0,4                         | 0,1                  | 2,0         | 1,8                         | 0,2                  |
| 2020 | - 8,2        | - 7,4                       | - 0,8                | - 6,9       | - 6,1                       | - 0,7                |
| 2021 | - 5,7        | - 5,1                       | - 0,5                | - 4,6       | - 4,1                       | - 0,5                |
| 2022 | - 3,4        | - 4,0                       | 0,6                  | - 2,5       | - 3,1                       | 0,7                  |
| 2023 | - 2,6        | - 2,0                       | - 0,6                | - 1,4       | - 0,9                       | - 0,5                |
| 2024 | - 4,7        | - 3,6                       | - 1,1                | - 3,2       | - 2,2                       | - 0,9                |
| 2025 | - 4,5        | - 3,5                       | - 1,0                | - 2,8       | .                           | .                    |
| 2026 | - 4,2        | - 3,5                       | - 0,7                | - 2,3       | .                           | .                    |
| 2027 | - 3,5        | - 3,2                       | - 0,4                | - 1,4       | .                           | .                    |
| 2028 | - 3,0        | - 2,7                       | - 0,3                | - 0,8       | .                           | .                    |
| 2029 | - 2,8        | - 2,6                       | - 0,2                | - 0,4       | .                           | .                    |

Q: Statistik Austria, WIFO-Zusammenstellung. Ab 2025: Planwerte des Bundesministeriums für Finanzen (2025a).

Der neue ÖStP 2025 wurde im November 2025 politisch akkordiert und gilt rückwirkend ab 2024. Er regelt die Aufteilung des im Budgetpfad geplanten gesamtstaatlichen Defizits (Maastricht-Salden) auf die Teilsektoren. Die Zielvorgabe dient der Umsetzung des Fiskalstrukturpfades. Art. 5 sieht in einer ersten Phase bis 2029 die Aufteilung des Finanzierungssaldos zwischen Bundessektor (einschließlich Sozialversicherung) und Landesebene (einschließlich der Gemeinden und Wiens) im Verhältnis 73 : 27 vor, wobei die Länder den Gemeinden wiederum 20% ihres Defizitanteils einräumen. Für die Jahre ab 2030 werden keine fixen Saldenziele vereinbart, sondern aus den EU-Vorgaben zum Nettoausgabenpfad abgeleitet. Die im Pakt verankerten umfassenden Berichtspflichten der Subsektoren sollen sicherstellen, dass die Haushaltsführung aller Gebietskörperschaften transparenter wird. Neue Flexibilitätsklauseln sollen es ermöglichen, auf externe Schocks zu reagieren oder Anpassungen neu zu verhandeln.

Strukturelle Probleme des ÖStP 2012 blieben jedoch bestehen. So begründen Zielverfehlungen zwar verschärfte Berichtspflichten, eine finanzielle Sanktionierung ist jedoch nur angedacht, wenn die EU aufgrund einer gesamtstaatlichen Verletzung der europäischen Fiskalregeln finanzielle Sanktionen gegen Österreich verhängt. Der reformierte ÖStP stellt daher nur eine "weiche Schuldenbremse" dar. Die Wirksamkeit der Regeln hängt immer noch erheblich vom politischen Kooperationswillen der gebietskörperschaftlichen Ebenen ab.

Übersicht 1 zeigt für die Jahre ab 1995 die Entwicklung der gesamtstaatlichen Finanzierungs- und Primärsalden (um Zinszahlungen des Staates bereinigte Finanzierungssalden) in Relation zur Wirtschaftsleistung. Ab 2025 sind die Planwerte des Bundesministeriums für Finanzen angegeben (Bundesministerium für Finanzen, 2025a). Die Übersicht enthält auch die Finanzierungssalden von Bund und Sozialversicherung bzw. Landes- und Gemeindeebene auf Basis des im ÖStP 2025 vereinbarten Budgetpfades (Bundesministerium für Finanzen, 2025b). Während Bund und Sozialversicherung seit 1995 nur 2018 und 2019 kleine Budgetüberschüsse realisieren konnten, verzeichneten Länder- und Gemeindeebene gemeinsam in immerhin acht Jahren positive Finanzierungssalden.

### 3.2 Rahmenbedingungen einer einnahmenseitigen Budgetkonsolidierung

Der österreichische Bundesstaat weist im internationalen Vergleich föderaler Systeme einnahmenseitig stark zentralisierte Strukturen auf (z. B. Blöchliger & Kantorowicz, 2015). Die formalen Entscheidungs- und Ertragskompetenzen bestimmen maßgeblich, welche Budgetkonsolidierungsstrategien von

Bund, Ländern und Gemeinden verfolgt werden können.

Rund 91% des Abgabenaufkommens werden vom Bund und etwa 84% in Form gemeinschaftlicher Bundesabgaben eingehoben, die auf die gebietskörperschaftlichen Ebenen verteilt werden. Die rechtliche Gestaltungskompetenz liegt beim Bund, Verbundanteile werden im Finanzausgleich per Bundesgesetz festgelegt. Auch die Gestaltung der Sozialbeiträge fällt unter die Bundeskompetenz. Diese institutionelle Konstruktion hat Konsequenzen für die Konsolidierungspolitik im Bundesstaat: Während ein Konsolidierungsbeitrag höherer ausschließlicher Bundesabgaben vollständig beim Bund verbleibt, haben Erhöhungen der gemeinschaftlichen Bundesabgaben auch positive Effekte auf die Haushalte der Länder und Gemeinden. Der Bund kann nur einen Teil der Mehreinnahmen zur Sanierung des Bundeshaushaltes einbehalten.

Die Abgabengestaltungsautonomie der Länder und Gemeinden ist dagegen nur rudimentär ausgeprägt. Auf Länderebene beschränkt sich die Gestaltungshoheit im Wesentlichen auf den Wohnbauförderungsbeitrag, der seit 2018 als Landessteuer klassifiziert ist. Vom Recht, den Steuersatz anzupassen, hat 2026 erstmals Wien (als Bundesland) Gebrauch gemacht. Darüber hinaus gibt es kaum gestaltbare, fiskalisch relevante Landessteuern. Steuern auf Gemeindeebene, deren Erträge zu 100% den Gemeinden zustehen, sind die Grund- und die Kommunalsteuer. Sie sind bundesgesetzlich geregelt. Das Hebesatzrecht ist als Gestaltungselement der Grundsteuer fast obsolet. Nahezu alle Gemeinden heben den Höchstsatz ein – auch deshalb, weil die Grundsteuerbemessungsgrundlage völlig veraltet ist. Somit sind Bundesländer und Gemeinden bei der Gestaltung der Steuereinnahmen fast vollständig vom Bundesgesetzgeber abhängig. Nur bei Verwaltungsabgaben, Gebühren, Leistungserlösen, Kostenbeiträgen sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung haben Länder und Gemeinden gewisse Gestaltungsfreiheiten.

Die primäre Abgabenverteilung wird durch ein komplexes System oft zweckgebundener Zuweisungen, Zuschüsse und Kostenerstattungen ergänzt. Bundestransfers finanzieren einen Teil der Ausgaben von Ländern und Gemeinden für Bildung (vor allem für die Gehälter der Landeslehrer:innen, Kinderbetreuung und Elementarbildung), Gesundheit (vor allem Zweckzuschüsse zur Spitalfinanzierung, Kostentragungen gemäß Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz) sowie diverse Bedarfszuweisungen. Ferner besteht ein Netz wechselseitiger Transferbeziehungen zwischen den Ländern und ihren Gemeinden zum Ausgleich von Sonderbedarfen oder zur Abgeltung spezieller Auf-

**Auch der reformierte innerösterreichische Stabilitätspakt ist auf den Kooperationswillen der politischen Ebenen angewiesen.**

**Die Steuergesetzgebungskompetenzen sind in Österreich auf der Bundesebene konzentriert; die Steuerhoheit der Länder und Gemeinden ist dagegen unterentwickelt.**

**Die Handlungsspielräume der Länder und Gemeinden für eine einnahmenbasierte Budgetkonsolidierung sind sehr begrenzt.**

**Kürzungen innerstaatlicher Transfers und Zuschüsse entlasten zwar den Bundeshaushalt, sind aber für das gesamtstaatliche Budget ein Nullsummenspiel.**

wendungen und Lasten auf landesgesetzlicher Grundlage.

Im föderalen Institutionengefüge stehen Kürzungen von Transfers und Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt Einnahmenausfälle der Länder und Gemeinden in gleicher Höhe gegenüber. Für den Staatshaushalt sind solche Kürzungen daher ein Nullsummenspiel (Foremny et al., 2017; Vamallie & Hulbert, 2013<sup>2</sup>). Transfers und Zuschüsse sind allerdings in mehrjährigen Finanzausgleichsgesetzen oder Vereinbarungen nach Art. 15a des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) geregelt und kurzfristig nur begrenzt veränder-

bar. Die Fixierung der Steuerverteilungsschlüssel, der Zuschüsse und Kostentragungen im Finanzausgleich setzt Kürzungen enge rechtliche und politische Grenzen. Im Verhältnis Bund und Sozialversicherung kommt die rechtlich verpflichtende Deckung der Defizite in der Pensionsversicherung aus dem Bundeshaushalt (Ausfallhaftung) hinzu. Der Ausgleich des Budgets der Pensionsversicherung impliziert ein Defizit des Bundes in gleicher Höhe<sup>3</sup>). Damit stößt auch die Interpretation sektoraler Haushaltssalden an Grenzen, da sich die fiskalischen Ergebnisse der Teilsektoren wechselseitig bedingen.

Übersicht 2: **Haupteinnahmequellen der Teilsektoren**  
2024, nicht konsolidiert

|                                           | Bund  | Sozialversicherung | Länder | Gemeinden |
|-------------------------------------------|-------|--------------------|--------|-----------|
|                                           |       | Mrd. €             |        |           |
| Steuern                                   | 127,3 | 0,0                | 3,0    | 6,5       |
| Sozialbeiträge                            | 11,5  | 65,5               | 1,5    | 0,5       |
| Produktionserlöse                         | 11,8  | 0,2                | 3,8    | 7,1       |
| Laufende Transfers und Vermögenstransfers | 4,9   | 26,9               | 40,4   | 28,6      |
| Vermögenseinkommen                        | 3,8   | 0,2                | 1,1    | 1,0       |
| Insgesamt                                 | 159,3 | 92,8               | 49,8   | 43,7      |

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 2 illustriert die ausgeprägte Einnahmenasymmetrie der staatlichen Teilsektoren (Abgrenzung nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG). Steuern werden nicht nur rechtlich fast ausschließlich vom Bund gestaltet, sondern fließen in der Oberverteilung auch primär dem Bund zu. Länder und Gemeinden partizipieren an den Steuereinnahmen in Form von innerstaatlichen Transfers (einschließlich der Ertragsanteilsverteilung). Produktionserlöse entstehen auf allen Ebenen, während Einnahmen aus Gewinnausschüttungen und Zinseinnahmen vorwiegend beim Bund anfallen.

### 3.3 Rahmenbedingungen einer ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung

Die Möglichkeiten einer ausgabenseitigen Budgetkonsolidierung sind im österreichischen Bundesstaat in besonderer Weise durch institutionelle Faktoren eingeschränkt. Die Aufgaben- und Ausgabenzuordnung ist durch eine Mischung zentraler und dezentraler Verantwortlichkeiten gekennzeichnet, die mit einem ausgeprägten horizontalen und vertikalen Abstimmungsbedarf zwischen den staatlichen Ebenen einhergeht. In zahlreichen Politikfeldern bestehen Aufgaben-

überschneidungen, gemeinschaftliche Kostentragungen und funktionale Verflechtungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Bußjäger & Eller, 2022). Mit Ausnahme der Verteidigung, die zur Gänze beim Bund liegt, ist die Ausgabenverantwortung in allen funktionalen Aufgabenbereichen auf die staatlichen Teilsektoren verteilt (Abbildung 1).

Isolierte Konsolidierungsmaßnahmen einzelner Ebenen stoßen unter diesen Bedingungen rasch an Grenzen, da sie häufig externe Rückwirkungen entfalten. So können Einsparungen auf einer Ebene Kostenverschiebungen auf andere Ebenen nach sich ziehen ("fiscal shifting"), ohne dass sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verbessert. Gleichzeitig entstehen Anreize zu strategischem Verhalten: Jede politische Ebene hat ein Interesse daran, Anpassungslasten auf andere Ebenen zu verlagern oder strukturelle Reformen zu verzögern.

Ein Teil der Ausgaben ist durch rechtliche Verpflichtungen determiniert. Dazu zählen gesetzlich verankerte Leistungsansprüche (z. B. Pensionen und Sozialtransfers) sowie vertragliche Bindungen (z. B. im Personalbereich oder bei internationalen Verpflichtungen).

<sup>2</sup>) Durch "fiskalisches Aushungern" könnten die subnationalen Gebietskörperschaften zu eigenen Konsolidierungsanstrengungen bewogen werden (z. B. Fuest et al., 2019; Marattin et al., 2022). Die Wirksamkeit einer solchen Strategie ist jedoch nicht gesichert.

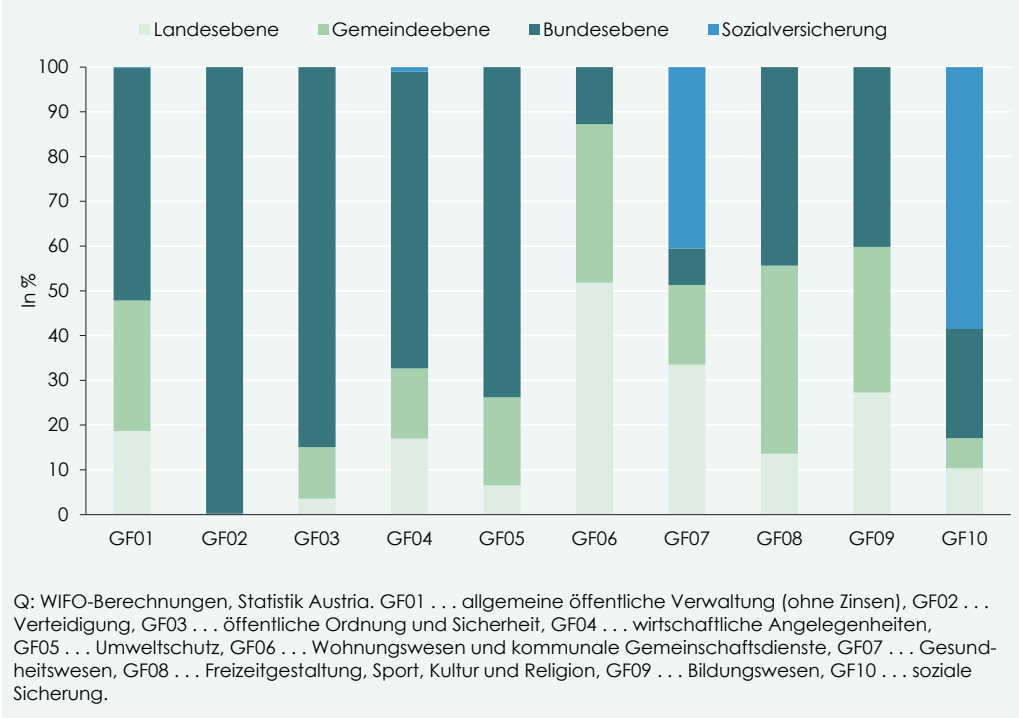
<sup>3</sup>) Aufgrund der engen Verflechtung der Entscheidungsverantwortlichkeiten und der Budgets ist es sinnvoll, Bundesebene und Sozialversicherung mit Blick auf Konsolidierungen gemeinsam zu betrachten.

tungen), die sich der kurzfristigen budgetpolitischen Steuerung teilweise entziehen. Dem gegenüber stehen Ermessensausgaben, die zumeist diskretionär angepasst werden können. Dazu zählen Teile des Sachaufwands (Vorleistungen), der Förderungen sowie der öffentlichen Investitionen. Kurzfristige Konsolidierungserfolge sind primär in diesen Kategorien zu erwarten.

Mittel- bis langfristig erfordert eine nachhaltige ausgabenseitige Konsolidierung strukturelle Reformen, die auf eine dauerhafte Veränderung der Ausgabendynamik durch Eingriffe in institutionelle und rechtliche Rah-

menbedingungen abzielen. Strukturreformen können erhebliche Effizienzpotenziale erschließen, entfalten jedoch kurzfristig meist nur geringe budgetäre Effekte. Da viele Aufgabenbereiche – insbesondere Gesundheit, Bildung oder Pflege – durch gemeinsame Finanzierungs- und Entscheidungsstrukturen geprägt sind, erfordern Reformen stets Verhandlungen zwischen den staatlichen Ebenen. Unterschiedliche Präferenzen, institutionelle Vetopositionen und Eigeninteressen bürokratischer Akteure führen dabei häufig zu Verzögerungen oder suboptimalen Kompromisslösungen (Pitlik, 2017).

Abbildung 1: Anteil der staatlichen Teilsektoren an den Primärausgaben nach funktionalen Ausgabenkategorien  
2024



Übersicht 3: Ausgaben der Teilsektoren in ökonomischer Gliederung  
2024, konsolidiert

|                           | Bund        | Sozialversicherung | Länder      | Gemeinden   | Insgesamt    |
|---------------------------|-------------|--------------------|-------------|-------------|--------------|
|                           | Mrd. €      |                    |             |             |              |
| Personalausgaben          | 21,6        | 2,7                | 17,2        | 14,3        | 55,8         |
| Vorleistungen             | 14,5        | 1,4                | 8,0         | 10,6        | 34,5         |
| Sozialausgaben            | 24,0        | 80,4               | 9,7         | 5,7         | 119,7        |
| Bruttoinvestitionen       | 11,2        | 0,2                | 2,7         | 5,6         | 19,7         |
| Förderungen <sup>1)</sup> | 19,7        | 0,4                | 8,6         | 4,3         | 33,0         |
| Zinsausgaben              | 6,8         | 0,0                | 0,3         | 0,2         | 7,3          |
| Sonstige                  | 1,0         | 0,1                | 0,8         | 0,7         | 2,6          |
| <b>Insgesamt</b>          | <b>98,6</b> | <b>85,3</b>        | <b>47,3</b> | <b>41,5</b> | <b>272,7</b> |

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Transaktionen mit Förderungscharakter.

**Strukturreformen haben ausgabenseitig hohes Einsparpotenzial, sind aber kurzfristig kaum budgetwirksam und politisch schwer durchsetzbar.**

Die Ausprägung fiskalischer Rigiditäten unterscheidet sich zudem zwischen den Gebietskörperschaften. Im Bundeshaushalt und in der Sozialversicherung dominieren großvolumige Transferausgaben, die auf individuellen Rechtsansprüchen beruhen. Auch Zinsausgaben stellen eine kurzfristig kaum beeinflussbare Größe dar, die durch das bestehende Schuldenniveau und die Kapitalmarktbedingungen bestimmt wird. Auf Ebene der Länder und Gemeinden erzeugen demografische Entwicklungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Elementarbildung und soziale Dienste anhaltenden Ausgabendruck (Pitlik et al., 2018; Pitlik & Loretz, 2022). Gleichzeitig sind Ausgaben oft durch bundesgesetzliche Vorgaben oder Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG gebunden, die den kurzfristigen Anpassungsspielraum zusätzlich einschränken. Auf Gemeindeebene entfällt ein großer Teil der Ausgaben auf Daseinsvorsorge und Infrastruktur. Spiel-

räume bestehen vor allem bei Investitionen oder Instandhaltungsmaßnahmen. Die empirische Evidenz legt nahe, dass diese Ausgaben in Konsolidierungsphasen überproportional gekürzt oder aufgeschoben werden (Schick, 2010; Vamalle & Hulbert, 2013; Vuchelen & Caekelbergh, 2010).

Im Jahr 2024 entfielen in Österreich rund 32,6% der gesamten Staatsausgaben auf die Länder und Gemeinden. Diese verantworteten mehr als die Hälfte der Personalausgaben (56,5%) und der Vorleistungen (53,9%) sowie einen erheblichen Anteil der öffentlichen Investitionen (42,3%) und Förderausgaben (39,2%). Gleichzeitig tragen sie nur einen geringen Anteil der Zinsausgaben. Länder und Gemeinden sind in nahezu allen staatlichen Aufgabenbereichen tätig, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen, wo sie jeweils mehr als die Hälfte der Ausgaben tätigen.

## 4. Gesamtstaatliche Konsolidierungsepisoden in Österreich

### 4.1 Konsolidierungsphasen

Die wesentliche Zielgröße einer Budgetsanierung und Anknüpfungspunkt für die Messung des Konsolidierungserfolgs ist üblicherweise die Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos. Nominelle Salden sind jedoch von der jeweiligen Konjunkturlage beeinflusst und geben nur begrenzt Auskunft über die fiskalpolitische Ausrichtung (Molnár, 2012; Wagschal & Wenzelburger, 2009). Aus theoretischer Perspektive ist der zyklisch angepasste Primärsaldo, gegebenenfalls korrigiert um budgetäre Einmaleffekte (struktureller Primärsaldo), der beste Indikator zur Messung des Konsolidierungserfolgs. Signifikante Verbesserungen des strukturellen Primärsaldos um mindestens 0,5% des BIP sind auch im fiskalischen Regelwerk der EU ein zentraler Erfolgsmaßstab. Devries et al. (2011), Gupta et al. (2017) oder Adler et al. (2024) wählen zur analytischen Abgrenzung konjunkturgetriebener und politikbasierter Schwankungen des Defizites einen "narrativen" oder "Action-based"-Ansatz. Zur Identifikation beziehen sie sich auf parlamentarische Berichte, Reden und Budgetdokumente. Politische Ankündigungen ziehen freilich nicht immer statistisch messbare Budgetveränderungen nach sich.

Seit dem EU-Beitritt Österreichs im Jahr 1995 war die heimische Fiskalpolitik in mehreren Jahren auf eine Verbesserung der öffentlichen Budgetsalden ausgerichtet (Pitlik & Loretz, 2022). Konsolidierungsphasen standen meist im Zusammenhang mit europäischen Anforderungen aus dem Stabilitäts-

und Wachstumspakt oder makroökonomischen Krisensituationen. Es lassen sich insbesondere drei Konsolidierungsepisoden identifizieren<sup>4</sup>): Die Konsolidierung 1996/97 stand im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf die Europäische Währungsunion. Um die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, musste Österreich sein Budgetdefizit deutlich reduzieren. Eine zweite Konsolidierungsphase setzte zu Beginn der 2000er-Jahre ein. Das Ziel der damaligen Bundesregierung war die Erreichung eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Staatshaushalts ("Nulldefizit"). Die dritte Konsolidierungsphase begann nach der Finanzmarkt- und der Staatsschuldenkrise. In mehreren Konsolidierungspaketen beschloss die amtierende Bundesregierung ausgaben- und einnahmenpolitische Maßnahmen. Parallel wurden im ÖStP 2012 strengere Budgetregeln für alle staatlichen Ebenen eingeführt.

Abbildung 2 zeigt die jährliche Veränderung des gesamtstaatlichen strukturellen Primärsaldos seit 1996. Definiert man Budgetkonsolidierung als Verbesserung um mindestens 0,5% des BIP gegenüber dem Vorjahr (strichlierte Referenzlinie), können 1996/97, 2001, 2011 bis 2014 sowie 2023 als "Konsolidierungsjahre" gelten. Das Jahr 2023 wird nach dem narrativen Ansatz dennoch nicht als "Konsolidierungsjahr" eingestuft. Der strukturelle Primärsaldo verbesserte sich zwar um 2,2 Prozentpunkte gegenüber 2022, da das Auslaufen temporärer COVID-19-Hilfen den Haushalt entlastete. Politisch gab es aber weder ein Sparpaket, noch wurden Abgaben und Steuern aktiv erhöht. Stattdessen

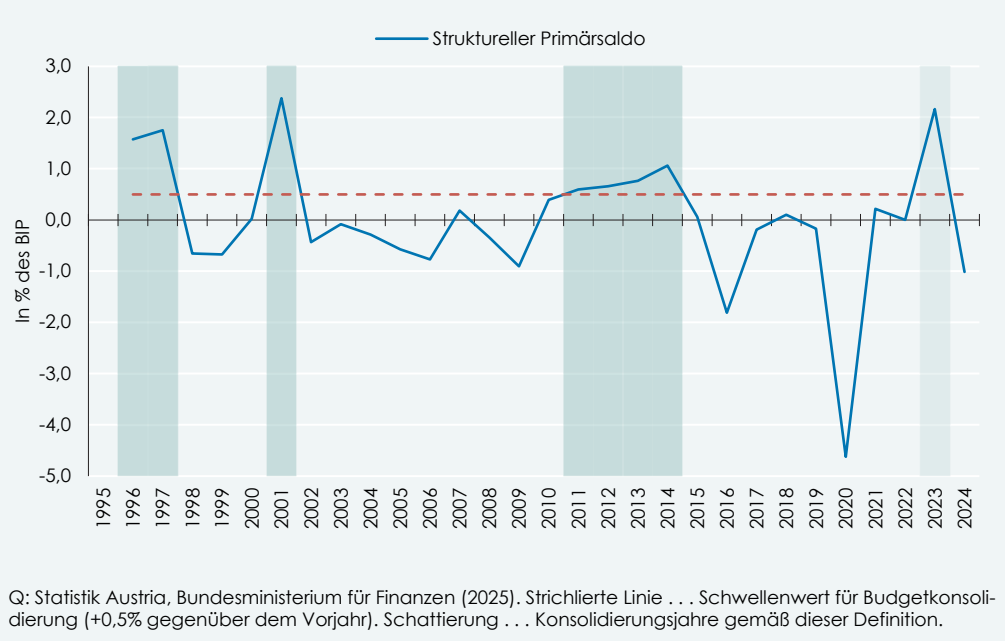
<sup>4</sup>) In einer Inhaltsanalyse der Budgetreden österreichischer Finanzminister:innen in den Jahren 1992 bis 2018 stellen Karremans und Kaltenleithner (2021) fest, dass

der politische Diskurs über Budgetkonsolidierung nach dem Krisenjahr 2009 einen immer prominenteren Platz einnahm.

wurden Maßnahmen wie der Klimabonus, die Strompreisbremse und die Abschaffung der kalten Progression umgesetzt, die auf-

grund der nominellen Einkommenssteigerungen budgetär zunächst kaum negative Effekte hatte.

Abbildung 2: Entwicklung des strukturellen Primärsaldos



## 4.2 Statistische Analyse der Konsolidierungsepisoden

In einem nächsten Schritt wurde untersucht, inwieweit sich die Fiskalpolitik der staatlichen Subsektoren systematisch zwischen Konsolidierungsjahren und anderen Jahren unterschied. Eine direkte Messung der Konsolidierungsbeiträge und -strategien einzelner staatlicher Ebenen ist methodisch anspruchsvoll. Veränderungen der Budgetsalden können sowohl auf politische Entscheidungen als auch auf den Konjunkturverlauf oder institutionelle Änderungen zurückzuführen sein.

Eine Option zur Untersuchung der Konsolidierungspolitik besteht darin, die Entwicklung zentraler fiskalischer Variablen in Konsolidierungsjahren mit jener in anderen Jahren zu vergleichen. Mittels einer einfachen Zeitreihenanalyse lässt sich prüfen, ob wesentliche fiskalische Variablen der Teilsektoren systematisch von einer Dummy-Variable für die Konsolidierungsjahre (1996, 1997, 2001, 2011 bis 2014) beeinflusst werden. Alle Fiskalvariablen wurden als Veränderung zum Vorjahr (in Mrd. € zu Preisen des Jahres 2020) gemessen und mittels BIP-Deflator preisbereinigt. Zum Zweck der Analyse wurde auf ESGV-Daten zurückgegriffen.

Die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben ist eng mit der Konjunktur verknüpft. Daher wurde in den Schätzungen das reale Wirtschaftswachstum als Kontrollvariable berücksichtigt. Fiskalmaßnahmen können aber selbst konjunkturelle Effekte auslösen. Um diese Wechselwirkung zu adressieren, erfolgte die Schätzung mittels "Two-Stage-Least-Squares" (2SLS). Dabei wurde das reale BIP-Wachstum in Österreich mit jenem der EU 27 instrumentiert. Die wirtschaftliche Entwicklung in der EU ist eng mit jener Österreichs korreliert, beeinflusst die österreichische Fiskalpolitik aber nur indirekt. Tests der Instrumentenvalidität zeigen, dass das verwendete Instrument statistisch geeignet ist und keine Hinweise auf eine Verletzung der Instrumentenannahmen bestehen<sup>5)</sup>. Die Analyse kann zwar keine kausalen Effekte i. e. S. identifizieren, ermöglicht jedoch eine erste empirische Einschätzung der Rolle der staatlichen Teilsektoren in Konsolidierungsphasen.

In der ESGV-Systematik ist Wien als Gemeinde klassifiziert. Für die Analyse wurden die Länder- und die Gemeindeebene zusammengefasst, damit weder der Sonderstatus Wiens als Bundesland und Gemeinde noch unterschiedlich geregelte Aufgabenverteilungen zwischen Bundesländern und Ge-

<sup>5)</sup> Da in Zeitreihendaten häufig Autokorrelation und Heteroskedastizität auftreten, wurden robuste Newey-West-Standardfehler verwendet. Temporäre fiskalische Sonderereignisse in den Jahren 2004 (ÖBB-Kapitalzuschuss) und 2020 (Ausbruch der COVID-19-Pan-

demie) wurden mittels Indikatorvariable abgebildet. Die Ausgabensprünge in diesen Jahren hätten sonst die Konsolidierungsergebnisse in den Folgejahren nach oben verzerrt.

meinden die Ergebnisse verzerren. Bund und Sozialversicherung wurden aufgrund der identischen budgetären und politischen Verantwortungen als einheitliche Ebene modelliert. Um Finanzflüsse zwischen Bund und Sozialversicherung bzw. zwischen Ländern und Gemeinden wurde bereinigt (konsolidiert).

Übersicht 4 zeigt die nicht durch Wachstumseffekte oder Sonderfaktoren getriebenen Abweichungen der jährlichen Einnahmen- oder Ausgabenentwicklung in Konsolidierungsjahren im Vergleich zu "Normaljahren" ohne Konsolidierung (in Mrd. € zu Preisen des Jahres 2020).

Übersicht 4: **Abweichung der jährlichen Einnahmen- bzw. Ausgabenveränderung in Konsolidierungsjahren im Vergleich zu "Normaljahren" ohne Konsolidierung**

|                                                    | Gesamtstaat                   | Bund und Sozialversicherung | Länder und Gemeinden |
|----------------------------------------------------|-------------------------------|-----------------------------|----------------------|
|                                                    | In Mrd. € zu Preisen von 2020 |                             |                      |
| <b>Einnahmen</b>                                   |                               |                             |                      |
| Insgesamt                                          | 2,71*                         | 2,62*                       | 0,67                 |
| Steuern                                            | 3,59***                       | 3,64***                     | – 0,05               |
| Sozialbeiträge                                     | 0,25                          | 0,24                        | 0,01                 |
| Produktionserlöse                                  | – 0,71*                       | – 0,17                      | – 0,54**             |
| Transfereinnahmen (ohne innerstaatliche Transfers) | 0,02                          | 0,10                        | – 0,07               |
| Vermögenseinkommen (u. a. Ausschüttungen)          | – 0,38*                       | – 0,47**                    | 0,08                 |
| <b>Innerstaatliche Transfers des Bundessektors</b> |                               |                             |                      |
| Insgesamt                                          |                               |                             | 1,00                 |
| Ertragsanteile                                     |                               |                             | 0,52                 |
| Innerstaatliche Transfers (ohne Ertragsanteile)    |                               |                             | 0,48                 |
| <b>Ausgaben (ökonomische Gliederung)</b>           |                               |                             |                      |
| Primärausgaben insgesamt                           | – 2,36*                       | – 1,24                      | – 1,11*              |
| Personalausgaben                                   | – 0,78***                     | – 0,40***                   | – 0,38**             |
| Vorleistungen                                      | – 0,50                        | – 0,20                      | – 0,31               |
| Sozialausgaben                                     | – 0,92*                       | – 0,72                      | – 0,20*              |
| Investitionen                                      | – 0,68*                       | – 0,23                      | – 0,45***            |
| Förderungen <sup>1)</sup>                          | 0,56                          | 0,35                        | 0,21                 |

Q: WIFO. 2SLS-Schätzungen ("Two-Stage-Least-Squares") mit robusten Newey-West-Standardfehlern. \* . . . signifikant auf einem Niveau von 10%, \*\* . . . signifikant auf einem Niveau von 5%, \*\*\* . . . signifikant auf einem Niveau von 1%, Kontrollvariablen: reales BIP-Wachstum (instrumentiert mit dem BIP-Wachstum der EU 27), Indikatorvariablen für 2004/2020. – <sup>1)</sup> Transaktionen mit Förderungscharakter. Konsolidierungsjahre: 1996, 1997, 2001, 2011 bis 2014. Beobachtungszeitraum: 1995 bis 2024.

**Die statistische Analyse der Konsolidierungsphasen seit 1995 zeigt eine tendenziell einnahmenbasierte Konsolidierung auf Bundesebene und ausgabenbasierte Maßnahmen auf subnationaler Ebene.**

Gesamtstaatlich weichen die Einnahmen (+2,7 Mrd. €) etwas stärker ab als die Ausgaben (–2,4 Mrd. €). Die Einnahmenseite ist nur auf der Bundesebene (einschließlich Sozialversicherung) statistisch signifikant, jedoch nicht auf subnationaler Ebene<sup>6)</sup>. Gleiches gilt für die höheren Steuereinnahmen (Bund +3,6 Mrd. €). Die Sozialbeiträgeinnahmen wuchsen in Konsolidierungsjahren nicht nachweisbar kräftiger als in anderen Jahren. Einnahmeseitig ist bemerkenswert, dass die Bundesebene in Konsolidierungsjahren 0,5 Mrd. € weniger an Vermögenseinkommen (vor allem Gewinnausschüttungen von Unternehmen im Staatseigentum) lukrierte. Im Landes- und Gemeindesektor waren 0,5 Mrd. € niedrigere Einnahmen aus marktlichen Produktionserlösen zu verzeichnen. Dies ist eine mögliche Folge von Ausgliederungen zum Zweck der Budgetsanierung,

wenn die ausgegliederte Einheit dann tatsächlich vollständig außerhalb des Staatssektors nach ESVG klassifiziert wird.

Innerstaatliche Transfers des Bundes an Länder und Gemeinden stiegen in Konsolidierungsjahren zwar kräftiger als in anderen Jahren, die Effekte sind trotz eines deutlich höheren Anstiegs der Steuereinnahmen aber nicht statistisch signifikant. Dies gilt nicht nur für Kostentragungen und Zweckzuschüsse, sondern auch für die Ertragsanteile. Die Schätzergebnisse deuten darauf hin, dass Mehreinnahmen aus Steuererhöhungen tendenziell für den Bundeshaushalt reserviert sind und nur teilweise an die Länder und Gemeinden weitergegeben werden<sup>7)</sup>.

Auf der Ausgabenseite finden sich statistisch signifikante Effekte vor allem auf subnatio-

<sup>6)</sup> Da die Gesamteinnahmen auch intersektorale Transfers beinhalten, ergeben die Summen der Teilspektoren nicht die Summe des Gesamtstaates.

<sup>7)</sup> 1996 wurde im Finanzausgleich ein Konsolidierungsbeitrag der Länder und Gemeinden zugunsten des Bundes als Vorwegabzug nach der vertikalen Verteilung der Steuereinnahmen eingerichtet. Dahinter

stand die Idee, dass die subnationalen Einheiten von Steuererhöhungen des Bundes über höhere Ertragsanteile mit profitieren und dass Teile dieser Mehreinnahmen wieder abgeschöpft werden sollten. Mit dem Finanzausgleichsgesetz 2008 (FAG 2008) wurde der Konsolidierungsbeitrag in zwei Stufen bis 2011 wieder abgeschafft.

naler Ebene. In Konsolidierungsjahren war die Ausgabendynamik der Länder und Gemeinden besonders bei Personalaufwendungen (–0,4 Mrd. €) und Investitionen (–0,45 Mrd. €) deutlich eingebremst. Negativ betroffen waren auch die Sozialleistungen der subnationalen Einheiten. Auf der Bundesebene (einschließlich Sozialversicherung) findet sich ein ähnlich starker negativer Effekt nur bei den Personalausgaben. Die Schätzergebnisse deuten zwar auf gedämpfte Sozialausgaben des Bundes in Konsolidierungsphasen hin, liefern aber keinen robusten statistischen Beleg dafür, dass Sozialausgaben systematisch Teil der Konsolidierungspolitik sind. Die Ergebnisse stehen vielmehr im Einklang mit der hohen institutio-

nellen und politischen Rigidität dieser Ausgabenkategorie.

Obwohl sie oft Ermessensausgaben sind, zeigte sich zwar ein negativer, aber kein signifikanter Einfluss von Konsolidierungen auf Vorleistungen. Entgegen den Erwartungen gibt es auch keine Evidenz dafür, dass die Ausgaben für Förderungen in Konsolidierungsjahren auf irgendeiner staatlichen Ebene gesunken wären. Eine mögliche Ursache für beide Resultate ist, dass ESG-wirksame budgetäre Ausgliederungen zwar zu Einsparungen bei den Personalkosten des Staates führen, diese jedoch durch höhere Ausgaben für die Zukäufe von Leistungen nichtstaatlicher Anbieter (teilweise) kompensiert werden.

## 5. Schlussbemerkungen

Budgetkonsolidierung kann sowohl einnahmen- als auch ausgabenbasiert erfolgen. Die Strategie wird politisch entschieden, ist aber im föderalen Kontext auch von institutionellen Rahmenbedingungen beeinflusst. Ebenenübergreifende Abhängigkeiten und Wechselwirkungen fiskalpolitischer Entscheidungen erhöhen die Komplexität des gesamtstaatlichen Konsolidierungsprozesses beträchtlich. In Aufgabenfeldern mit hohem Ausgabenwachstum und Effizienzpotenzialen – etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich – sind mehrere staatliche Ebenen gemeinsam verantwortlich. Gleichzeitig handelt es sich um politisch sensible Bereiche, in denen kurzfristig mit erheblichem Widerstand gegen Ausgabenkürzungen oder Strukturreformen zu rechnen ist.

Eine nachhaltige Budgetkonsolidierung darf sich nicht auf die Bewirtschaftung der Ermes-

sensausgaben beschränken. Während kurzfristige Kürzungen zur Defizitbegrenzung im laufenden Fiskaljahr notwendig sind, hängt die langfristige Tragfähigkeit der Staatsfinanzen an grundlegenden Reformen. Die Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung im Rahmen einer großen Strukturreform bleibt die zentrale ordnungspolitische Baustelle des österreichischen Föderalismus. Eine substantiell höhere Abgabenautonomie der Länder und Gemeinden könnte überdies nicht nur Effizienzanreize setzen, sondern auch mehr Optionen für eine ausgewogene Konsolidierung eröffnen. In den Verhandlungen im Rahmen der Reformpartnerschaft und bei den Vorbereitungen des nächsten Finanzausgleichs müssen die notwendigen Schritte in Richtung einer grundlegenden Reform der föderalen Architektur gesetzt werden.

## 6. Literaturhinweise

- Aaskoven, L., & Wiese, R. (2022). How Fiscal Rules Matter for Successful Fiscal Consolidations: New Evidence. *CESifo Economic Studies*, 68(4), 414-433. <https://doi.org/10.1093/cesifo/ifac011>.
- Adler, G., Allen, M. C., Ganelli, M. G., & Leigh, M. D. (2024). An Updated Action-based Dataset of Fiscal Consolidation. *IMF Working Papers*, (2024/210). <https://doi.org/10.5089/9798400289811.001>.
- Alesina, A., Favero, C., & Giavazzi, F. (2019). Effects of Austerity: Expenditure- and Tax-based Approaches. *Journal of Economic Perspectives*, 33(2), 141-162. <https://doi.org/10.1257/jep.33.2.141>.
- Asatryan, Z., Feld, L. P., & Geys, B. (2015). Partial fiscal decentralization and sub-national government fiscal discipline: Empirical evidence from OECD countries. *Public Choice*, 163(3), 307-320. <https://doi.org/10.1007/s11127-015-0250-2>.
- Balasundharam, V., Basdevant, O., Benicio, D., Ceber, A., Kim, Y., Mazzone, L., Selim, H., & Yang, Y. (2023). Fiscal Consolidation: Taking Stock of Success Factors, Impact, and Design. *IMF Working Papers*, (2023/063). <https://doi.org/10.5089/9798400235221.001>.
- Blöchliger, H. (2013). Fiscal Consolidation Across Government Levels – Part 1. How Much, What Policies? *OECD Economics Department Working Papers*, (1070). <https://doi.org/10.1787/5k43nrx99zd6-en>.
- Blöchliger, H., & Kantorowicz, J. (2015). Fiscal constitutions: The fundamental drivers of intergovernmental fiscal policy. In Kim, J., & Blöchliger, H. (Hrsg.), *Institutions of Intergovernmental Fiscal Relations: Challenges Ahead* (53-80). OECD.
- Brändle, T., & Elsener, M. (2024). Do fiscal rules matter? A survey of recent evidence. *Swiss Journal of Economics and Statistics*, 160(1), 11. <https://doi.org/10.1186/s41937-024-00128-z>.

- Braun, D. (2017). Konsolidierung in föderalen Staaten. In Croissant, A., Kneip, S., & Petring, A. (Hrsg.), *Demokratie, Diktatur, Gerechtigkeit* (307-329). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-16090-6\\_15](https://doi.org/10.1007/978-3-658-16090-6_15).
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2025a). Strategiebericht 2025 bis 2028 und 2026 bis 2029 gem. § 14 BHG 2013. Budgetbericht 2025 und 2026 gem. § 42 Abs. 3 BHG 2013.
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2025b). *Österreichischer Stabilitätspakt 2025*.
- Bußjäger, P., & Eller, M. (Hrsg., 2022). *Handbuch der österreichischen Finanzverfassung*. Institut für Föderalismus.
- Buti, M., Turrini, A., Van Den Noord, P., & Biroli, P. (2009). Defying the "Juncker curse": Can reformist governments be re-elected? *Empirica*, 36(1), 65-100. <https://doi.org/10.1007/s10663-008-9093-0>.
- Caselli, F., & Reynaud, J. (2020). Do fiscal rules cause better fiscal balances? A new instrumental variable strategy. *European Journal of Political Economy*, 63, 101873. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2020.101873>.
- Debrun, X., & Jonung, L. (2019). Under threat: Rules-based fiscal policy and how to preserve it. *European Journal of Political Economy*, 57, 142-157. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2018.09.001>.
- Devries, P., Guajardo, J., Leigh, D., & Pescatori, A. (2011). A New Action-Based Dataset of Fiscal Consolidation. *IMF Working Papers*, (2011/128). <https://doi.org/10.5089/9781455264407.001>.
- Dovis, A., & Kirpalani, R. (2020). Fiscal Rules, Bailouts, and Reputation in Federal Governments. *American Economic Review*, 110(3), 860-888. <https://doi.org/10.1257/aer.20181432>.
- Foremny, D. (2014). Sub-national deficits in European countries: The impact of fiscal rules and tax autonomy. *European Journal of Political Economy*, 34, 86-110. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2014.01.003>.
- Foremny, D., Sacchi, A., & Salotti, S. (2017). Decentralization and the duration of fiscal consolidation: Shifting the burden across layers of government. *Public Choice*, 171(3-4), 359-387. <https://doi.org/10.1007/s11127-017-0441-0>.
- Fornasari, F., Webb, S. B., & Zou, H. (2000). The Macroeconomic Impact of Decentralized Spending and Deficits: International Evidence. *Annals of Economics and Finance*, 1(2), 403-433.
- Fuest, C., Neumeier, F., & Stöhlker, D. (2019). Tax cuts starve the beast! Evidence from Germany. *CESifo Working Papers*, (8009). <https://www.econstor.eu/handle/10419/215011>.
- Grossmann, B. (2024). Österreichischer Finanzausgleich und der neue Fiskalrahmen der EU. In Bauer, H., Biwald, P., & Mitterer, K. (Hrsg.), *Finanzausgleich 2024: Ein Handbuch* (432-449). Verlag Österreich.
- Gupta, M. S., Jalles, J. T., Mulas-Granados, M. C., & Schena, M. (2017). Governments and Promised Fiscal Consolidations: Do They Mean What They Say? *IMF Working Papers*, (2017/39). <https://www.imf.org/en/publications/wp/issues/2017/02/23/governments-and-promised-fiscal-consolidations-do-they-mean-what-they-say-44690>.
- Jacques, O., & Haffert, L. (2021). Are governments paying a price for austerity? Fiscal consolidations reduce government approval. *European Political Science Review*, 13(2), 189-207. <https://doi.org/10.1017/S1755773921000035>.
- Karremans, J., & Kaltenleithner, J. (2021). Is Austrian budgetary policy still "political"? A cross-time comparison of budget speeches. *Österreichische Zeitschrift Für Politikwissenschaft*, 50(1), 1-14. <https://doi.org/10.15203/ozp.3440.vol50iss1>.
- Maraffin, L., Nannicini, T., & Porcelli, F. (2022). Revenue vs expenditure based fiscal consolidation: The pass-through from federal cuts to local taxes. *International Tax and Public Finance*, 29(4), 834-872. <https://doi.org/10.1007/s10797-021-09682-1>.
- Molnár, M. (2012). Fiscal Consolidation: Part 5. What Factors Determine the Success of Consolidation Efforts? *OECD Economics Department Working Papers*, (936). [https://www.oecd.org/en/publications/fiscal-consolidation-part-5-what-factors-determine-the-success-of-consolidation-efforts\\_5k9h28mzp57h-en.html](https://www.oecd.org/en/publications/fiscal-consolidation-part-5-what-factors-determine-the-success-of-consolidation-efforts_5k9h28mzp57h-en.html).
- Pitlik, H. (2011). Finanzpolitische Krisenbewältigung und Konsolidierung: Sind föderative Staaten im Nachteil? In Hrbek, R., & Bußjäger, P. (Hrsg.), *Finanzkrise, Staatsschulden und Föderalismus – Wege der Krisenbewältigung* (21-37). Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung.
- Pitlik, H. (2017). Österreich 2025 – Verwaltungsreform zwischen Effizienzstreben und Reformwiderständen. Ein Überblick. *WIFO-Monatsberichte*, 90(3), 205-217. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4121601>.
- Pitlik, H., Klien, M., & Loretz, S. (2018). *Ausgabendynamik in den Budgets der Gebietskörperschaften im Lichte einer aufgabenorientierten vertikalen Finanzmittelverteilung*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4139992>.
- Pitlik, H., & Loretz, S. (2022). *Budgetkonsolidierung und Finanzausgleichssystem*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/21832680>.
- Schaltegger, C. A., & Feld, L. P. (2009). Are fiscal adjustments less successful in decentralized governments? *European Journal of Political Economy*, 25(1), 115-123. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2008.08.002>.
- Schick, A. (2010). Post-crisis fiscal rules: Stabilising public finance while responding to economic aftershocks. *OECD Journal on Budgeting*, 10(2), 35.
- Tsebelis, G. (1995). Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism. *British Journal of Political Science*, 25(3), 289-325. <https://doi.org/10.1017/S0007123400007225>.
- Vamallie, C., & Hulbert, C. (2013). Sub-national Finances and Fiscal Consolidation: Walking on Thin Ice. *OECD Regional Development Working Papers*, (2013/02). <https://doi.org/10.1787/5k49m8c4kcf3-en>.

- Vis, B. (2016). Taking Stock of the Comparative Literature on the Role of Blame Avoidance Strategies in Social Policy Reform. *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, 18(2), 122-137. <https://doi.org/10.1080/13876988.2015.1005955>.
- Vuchelen, J., & Caekelbergh, S. (2010). Explaining public investment in Western Europe. *Applied Economics*, 42(14), 1783-1796. <https://doi.org/10.1080/00036840701736180>.
- Wagschal, U., & Wenzelburger, G. (2009). Determinanten der Haushaltskonsolidierung der Bundesländer (1992-2006). *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 3(1), 33-58. <https://doi.org/10.1007/s12286-009-0021-x>.

**5/2025** Konjunktur in Österreich weiter schwach • Konjunktureinschätzungen blieben im Frühjahr verhalten. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2025 • Hartnäckige Konjunkturschwäche belastet den Arbeitsmarkt • Exporte und Industriekonjunktur im Abschwung. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2024

**6/2025** Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit • Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024 • Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029 • Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen

**7/2025** Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025 • Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025 • Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich

**8/2025** Konjunkturbelebung lässt in Österreich weiter auf sich warten • Stabilisierung der Konjunktureinschätzungen zu Sommerbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2025 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig • Drei Jahrzehnte Landwirtschaft und Agrarpolitik im Ländervergleich. Eine Fallstudie zu Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz

**9/2025** Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt • Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig • Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025. Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

**10/2025** Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026 • Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030 • Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen • Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich

**11/2025** Konjunktur in Österreich verläuft flach • Konjunktureinschätzungen kaum verändert. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2025 • Digitalisierung in Österreich: Die Rolle der künstlichen Intelligenz am Arbeitsplatz • Oliver Fritz, Heimischer Tourismus zieht immer mehr Gäste an • Unsicherheitsabhängige Konfidenzintervalle für WIFO-Konjunkturprognosen

**12/2025** Anzeichen einer Stabilisierung der Industriekonjunktur • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2025. Schwerpunktthema: Die Preisentwicklung im Tourismus als Wettbewerbsfaktor • Die WIFO-Schnellschätzung: Revisionsanalyse und Kurzbeschreibung der Methode • Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten. Neue Evidenz aus einer dynamischen Mikrosimulation

**1/2026** Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026 • Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025 • Schutzwälder in Österreich. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

**2/2026** Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt • Zögerliche Verbesserung der Konjunktureinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026 • Europäische Industriepolitik im Wandel • Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung. Euroconstruct-Prognose bis 2028

## Präsident

**Dr. Harald Mahrer**

## Vizepräsidentin

**Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

## Vorstand

**Mag. Jochen Danninger (kooptiert)**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

**Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher (kooptiert)**, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank

**Anton Matile**, Landeshauptmann von Tirol

## Kuratorium

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

## WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagel-

## Direktorium

**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

## Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

## Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidmuc, Marian Fink, Simon Finster, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Szergej Licsagin, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Afanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Simon Rütten, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Viktoria Szenkurök, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

## Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

## Vizepräsidentin

**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

**Barbara Novak, MA (kooptiert)**, Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien

**Mag. Tobias Schweitzer (kooptiert)**, Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

**Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell**

**Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

versicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

## WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Hendrik Mahlkow, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Birgit Niessner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Tobias Thomas, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Gabriel Haintz, Kathrin Hofmann, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Stephan Schreml, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

## Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Christopher Arndt, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klotz, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Romana Lüftner, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Merinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

